KrimZ KRIMINOLOGISCHE ZENTRALSTELLE e.V.

Lebenslange Freiheitsstrafe und Sicherungsverwahrung

Dauer und Gründe der Beendigung in den Jahren 2011 und 2012 mit einer Stichtagserhebung zur lebenslangen Freiheitsstrafe

von

Axel Dessecker

Wiesbaden 2013

KrimZ KRIMINOLOGISCHE ZENTRALSTELLE e.V.

Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden

Telefon: (0611) 15758–0
Fax: (0611) 15758–10
Email: a.dessecker@krimz.de

© Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und der Justizverwaltungen der Länder.

Sie ist in einer elektronischen Fassung zugänglich:
http://www.krimz.de/index.php?id=texte
http://d-nb.info/997862017
http://rzblx1.uni-regensburg.de/ezeit/

ISSN 1869-4764

Vorwort

Der vorliegende Bericht zur Dauer der beiden unbefristeten Sanktionen des deutschen Kriminalrechts, die eine Unterbringung im Justizvollzug zur Folge haben, und den Gründen ihrer Beendigung in den Jahren 2011 und 2012 ist der zehnte zu dieser Erhebungsreihe, die von der KrimZ seit 2002 durchgeführt wird. Der Aufbau der Darstellung orientiert sich im Wesentlichen an den Forschungsberichten zu den Vorjahren, die bis 2004 von Silke Kröniger bearbeitet wurden. Ergebnisse zur Praxis der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) wurden zuletzt für das Jahr 2006 dargestellt (Dessecker 2008).

Zu danken ist den Justizverwaltungen der Länder, welche die Datenerhebung nachhaltig unterstützten, vor allem aber den Personen in den Justizvollzugsanstalten und Ministerien, die unsere Erhebungsbogen ausgefüllt haben. An der KrimZ haben Dario Piccinno und Annika Krick alle Daten eingegeben, die erforderlichen Berechnungen ausgeführt und die umfangreichen Tabellen im Anhang erstellt.

Wiesbaden, im Dezember 2013 Axel Dessecker

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung **1**

1.1 Rechtliche Grundlagen unbefristeter Sanktionen 1
1.2 Gerichtliche Sanktionsentscheidungen 4
1.3 Vollzugsbelegung 6
1.4 Vollzugsdauer 8

2 Rückwirkende Erhebungen zur lebenslangen Freiheitsstrafe **13**

2.1 Überblick 13
2.1.1 Ende der Strafe und Entlassung 13
2.1.2 Geschlecht und Nationalität 14
2.1.3 Alter 14
2.1.4 Maßgebliche Straftaten 15
2.1.5 Vergleiche nach Bundesländern 17
2.2 Dauer und Gründe der Beendigung 17
2.2.1 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 17
2.2.2 Gründe der Beendigung 20
2.2.3 Vergleiche nach Bundesländern 21
2.2.4 Zur Entwicklung im zeitlichen Längsschnitt 22
2.3 Zusammenfassung und Diskussion 25

3 Stichtagserhebung zur lebenslangen Freiheitsstrafe **29**

3.1 Ziel der Erhebung 29
3.2 Erhebungsumfang und Ausfälle 29
3.3 Soziodemografische und strafrechtliche Daten 30
3.4 Bisherige Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 32
3.5 Weitere Forschungsansätze 35
3.6 Zusammenfassung 39

4 Rückwirkende Erhebungen zur Sicherungsverwahrung 41
4.1 Überblick 41
4.1.1 Ende der Sicherungsverwahrung und Entlassung 41
4.1.2 Geschlecht und Nationalität 42
4.1.3 Alter 42
4.1.4 Rechtsgrundlage der Anordnung und maßgebliche Straftaten . . . 44
4.1.5 Zur Möglichkeit von Vergleichen nach Bundesländern 45
4.2 Dauer und Gründe der Beendigung 45
4.2.1 Sicherungsverwahrung und vorangehende Freiheitsstrafe 45
4.2.2 Gründe der Beendigung 47
4.2.3 Zur Entwicklung im zeitlichen Längsschnitt 48
4.3 Zusammenfassung und Diskussion 50

Literaturverzeichnis 55

A Tabellenanhang 65

B Erhebungsbogen 101

Abbildungsverzeichnis

1 Gerichtliche Anordnungen der lebenslangen Freiheitsstrafe und Sicherungsverwahrung nach der Strafverfolgungsstatistik (1950–2011) 5

2 Entwicklung der Belegungszahlen im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe und Sicherungsverwahrung nach der Strafvollzugsstatistik (1961–2013) 7

3 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe bei ehemaligen Gefangenen nach Art der Beendigung (2011 und 2012) 19

4 In Freiheit entlassene Gefangene mit lebenslanger Strafe: Haftdauer in ausgewählten Bundesländern (2011 und 2012) 21

5 Verteilung der bis zum Stichtag tatsächlich erreichten Strafdauer 33

6 Altersverteilungen bei der Sicherungsverwahrung (2011) 43

Tabellenverzeichnis

1 Verurteilungen zu lebenslanger Freiheitsstrafe nach Delikt (Strafverfolgungsstatistik, 1991–2011) 16
2 Dauer lebenslanger Freiheitsstrafen bis zu einer Entlassung 23
3 Gründe der Beendigung lebenslanger Freiheitsstrafen im Vergleich 23

4 Erhebungsgruppe im Vergleich zur Grundgesamtheit 31
5 Verteilung der bis zum Stichtag tatsächlich erreichten Strafdauer (Jahre) nach Ländern 34
6 Schätzwerte zur Dauer lebenslanger Freiheitsstrafen in Deutschland nach Wachstums- und Beendigungsraten (Basisjahr 2012) 38

7 Dauer der Sicherungsverwahrung bis zur Entlassung 49
8 Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung im Vergleich 49

1 Einleitung

Im deutschen Strafrecht existieren drei Grundformen freiheitsentziehender Sanktionen, deren Dauer vom Gesetz nicht befristet und auch nicht durch das gerichtliche Urteil bestimmt, sondern erst während des Vollstreckungsverfahrens konkretisiert wird: die lebenslange Freiheitsstrafe (§ 38 I StGB), die Sicherungsverwahrung (§§ 66–66b StGB) und die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB). Der vorliegende Bericht konzentriert sich wie in den Vorjahren auf die lebenslange Freiheitsstrafe und die Sicherungsverwahrung, die beide in Justizvollzugsanstalten vollstreckt werden.

1.1 Rechtliche Grundlagen unbefristeter Sanktionen

Die lebenslange Freiheitsstrafe wird vor allem in den Tatbeständen des Mordes (§ 211 StGB) und des Völkermordes (§ 6 I VStGB) als absolute Strafe angedroht; dasselbe gilt für bestimmte Formen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 I Nr. 1 und 2 VStGB) und der Kriegsverbrechen gegen Personen (§ 8 I Nr. 1 VStGB). Darüber hinaus ist sie die Höchststrafe nach verschiedenen Qualifikationstatbeständen wie der sexuellen Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge (§ 178 StGB), des Raubes mit Todesfolge (§ 251 StGB) und der Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c StGB). Bei manchen Delikten kann die lebenslange Freiheitsstrafe auch in besonders schweren Fällen verhängt werden, die durch Regelbeispiele konkretisiert werden, etwa bei Staatsschutzdelikten wie Landesverrat (§ 94 II StGB) oder friedensgefährdenden Beziehungen (§ 100 II StGB).

Das Mindestmaß der lebenslangen Freiheitsstrafe bestimmt § 57a I 1 Nr. 1 StGB mit einer Verbüßungsdauer von 15 Jahren. Eine längere, aber vom Gesetz nicht definierte Mindestverbüßungszeit ergibt sich, wenn im Urteil oder in einem späteren Gerichtsbeschluss eine „besondere Schwere der Schuld des Verurteilten" festgestellt wurde (Kett-Straub 2011, 201 ff.). Darüber hinaus müssen für eine Aussetzung des Strafrests zur Bewährung weitere Voraussetzungen vorliegen, insbesondere eine günstige Gefährlichkeitsprognose.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts lässt es zu, dass eine lebenslange Freiheitsstrafe auch über das Maß der besonderen Schwere der Schuld hinaus und letztlich

bis zum Tod vollzogen wird.[1] Sie betont gerade neuerdings aber auch, dass die verfassungsrechtliche Kontrolldichte nach dem Übermaßverbot mit zunehmender Dauer einer Freiheitsentziehung zunimmt:

> „Vor allem wenn die bisherige Dauer der Vollstreckung der lebenslangen Freiheitsstrafe die Mindestverbüßungszeit übersteigt und eine besondere Schwere der Schuld des Verurteilten die weitere Vollstreckung nicht mehr oder (...) von vornherein nicht gebietet, gewinnt der Anspruch des Verurteilten auf Achtung seiner Menschenwürde und seiner Persönlichkeit zunehmendes Gewicht für die Anforderungen, die an die für eine zutreffende Prognoseentscheidung erforderliche Sachverhaltsaufklärung zu stellen sind. Das Vollstreckungsgericht hat sich daher auch von Verfassungs wegen um eine möglichst breite Tatsachenbasis für seine Prognoseentscheidung zu bemühen und alle prognoserelevanten Umstände besonders sorgfältig zu klären."[2]

Die Sicherungsverwahrung ist dagegen eine Maßregel der Besserung und Sicherung, die erst im Anschluss an eine Freiheitsstrafe vollstreckt wird. Seit 1998 wurde ihr Anwendungsbereich mehrfach erweitert. Zwar wurden nach einer Neuordnung dieser Maßregel, die mit Beginn des Jahrs 2011 in Kraft getreten war,[3] durch das Bundesverfassungsgericht die meisten Vorschriften über die Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig erklärt. Dabei stützte sich das Gericht jedoch ausschließlich auf das mit diesem Urteil ausdifferenzierte Gebot eines hinreichenden „Abstands" zur Freiheitsstrafe und ihrem Vollzug.[4] Dementsprechend hält das jüngste Gesetz zur bundesrechtlichen Umsetzung des Abstandsgebotes im Recht der Sicherungsverwahrung[5] an dem Konzept des Neuordnungsgesetzes fest.

Alle Formen der Sicherungsverwahrung, auch der in den letzten Jahren eingeführte Vorbehalt der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung (§ 66a StGB) und die nachträgliche Anordnung der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung (§ 66b StGB), setzen voraus, dass die verurteilte Person als gefährlich bezeichnet wird. So fordert die Vorschrift

[1] BVerfG, Beschlüsse vom 28. Juni 1983 – 2 BvR 539/80 u.a. (= BVerfGE 64, 261 <272>) und 8. November 2006 – 2 BvR 578/02 u.a. (= BVerfGE 117, 71); zu der letztgenannten Entscheidung Kinzig (2007).

[2] BVerfG, Beschluss vom 30. April 2009 – 2 BvR 2009/08 (= NJW 2009, 1941 <1942>).

[3] Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung und zu begleitenden Regelungen vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I 2300).

[4] BVerfG, Urteil vom 4. Mai 2011 – 2 BvR 2333/08 u.a. (= BVerfGE 128, 326); zur weiteren Interpretation BVerfG, Beschluss vom 20. Juni 2012 – 2 BvR 1048/11 (= BVerfGE 131, 268). Zu der Leitentscheidung BVerfGE 128, 326 liegen zahlreiche Besprechungen vor, etwa von Bartsch (2011), Dessecker (2011a) und Drenkhahn & Morgenstern (2012).

[5] Gesetz vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I 2425).

des § 66 I 1 Nr. 4 StGB, dass der Verurteilte nach einer Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten „infolge eines Hanges zu erheblichen Straftaten, namentlich zu solchen, durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden, zum Zeitpunkt der Verurteilung für die Allgemeinheit gefährlich ist". Eine Entlassung aus dem Vollzug der Sicherungsverwahrung ist in erster Linie im Anschluss an eine Aussetzung zur Bewährung vorgesehen (§ 67d II StGB). Darüber hinaus sieht § 67d III StGB eine gerichtliche Erledigungserklärung nach (mindestens) 10 Jahren vor, wenn keine schweren Straftaten gegen persönliche Rechtsgüter drohen.

Was die Anordnungsentscheidungen der Gerichte betrifft, werden sich die Gesetzesänderungen von 2011 und 2013, mit denen die traditionelle Form der Maßregel eingeschränkt und dafür die vorbehaltene Sicherungsverwahrung ausgeweitet wurde, in der Praxis der Gerichte und des Justizvollzugs vielfach erst mit erheblicher Verzögerung auswirken. Nach Art. 316e I und II EGStGB ist auf Taten, die bis zum Ende des Jahres 2010 begangen wurden, nämlich grundsätzlich das bisher geltende Recht anzuwenden. Ähnliches gilt nach Art. 316f I EGStGB für die jüngsten Gesetzesänderungen.

Im Strafvollzug gelten für Gefangene, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen, nur wenige Sondervorschriften. So bestehen bei lebenslanger Freiheitsstrafe nach den meisten Justizvollzugsgesetzen besondere Wartefristen vor der Möglichkeit der Gewährung bestimmter vollzugsöffnender Maßnahmen, vor allem von Langzeitausgang, Freistellung oder Urlaub aus der Haft, die überwiegend 10 Jahre (§ 13 III StVollzG, § 9 III 2 JVollzGB III Baden-Württemberg, § 13 VI HStVollzG, § 38 III 2 StVollzG Mecklenburg-Vorpommern, § 13 IV NJVollzG, § 45 III 2 LJVollzG Rheinland-Pfalz, § 38 III 2 SLStVollzG, § 38 III 2 SächsStVollzG), in Bayern 12 Jahre betragen (Art. 14 III BayStVollzG). In Brandenburg (§ 48 II JVollzG) wird für Lockerungen bei dieser Gefangenengruppe keine besondere Wartefrist festgelegt, aber eine Zustimmungspflicht der Aufsichtsbehörde. In Hamburg wurde die früher bestehende Wartefrist abgeschafft. Der für zehn Bundesländer erarbeitete Musterentwurf[6] sah in § 38 III 2 für die Gewährung von Langzeitausgang in der Regel eine Wartefrist von 5 Jahren vor, wurde aber diesbezüglich von keinem Land übernommen.

Für den Vollzug der Sicherungsverwahrung gelten seit 1. Juni 2013 neben einer bundesrechtlichen Rahmenvorschrift (§ 66c StGB) in allen Bundesländern eigenständige Vollzugsgesetze, die das verfassungsrechtliche Abstandsgebot umsetzen und sich in Einzelheiten unterscheiden. § 66c I Nr. 1 StGB schreibt vor, dass eine umfassende Behandlungs-

[6] Musterentwurf eines Landesstrafvollzugsgesetzes vom 23. August 2011 (`http://www.thueringen.de/imperia/md/content/text/justiz/strafvollzugsgesetz_musterentwurf_110906.pdf`).

untersuchung durchgeführt werden muss, auf deren Grundlage ein individueller Vollzugsplan zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben ist. Ziel aller Behandlungsmaßnahmen ist eine Minderung der Gefährlichkeit, die eine Entlassung auf Bewährung oder eine Erledigung der Maßregel ermöglicht (§ 66c I Nr. 1 b StGB). Schließlich fordert § 66c I Nr. 3 StGB geeignete vollzugsöffnende Maßnahmen, Entlassungsvorbereitungen und die Ermöglichung einer nachsorgenden Betreuung in Freiheit.

Die geschilderten Voraussetzungen gelten uneingeschränkt für das allgemeine Strafrecht, also bei Taten Erwachsener, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. Das Jugendstrafrecht kennt keine lebenslange Strafe; das Höchstmaß der Jugendstrafe beträgt für Heranwachsende 15 Jahre (§ 105 III 2 JGG). Wenn für Heranwachsende das allgemeine Strafrecht angewandt wird, kann das Gericht an Stelle von lebenslanger Freiheitsstrafe eine zeitige Strafe bis zu 15 Jahren verhängen (§ 106 I JGG); eine lebenslange Freiheitsstrafe bleibt gleichwohl grundsätzlich zulässig (Ostendorf 2013, Rn. 4 zu § 106). Die traditionelle Sicherungsverwahrung ist nicht vorgesehen (§§ 7 I, 106 III 1 StGB). Bei Jugendlichen und Heranwachsenden kann die Sicherungsverwahrung jedoch vorbehalten werden (§§ 7 II, 106 III 2 und IV JGG). Nach Erledigung einer psychiatrischen Unterbringung kommt auch eine nachträgliche Sicherungsverwahrung in Betracht (§§ 7 IV, 106 VII JGG).

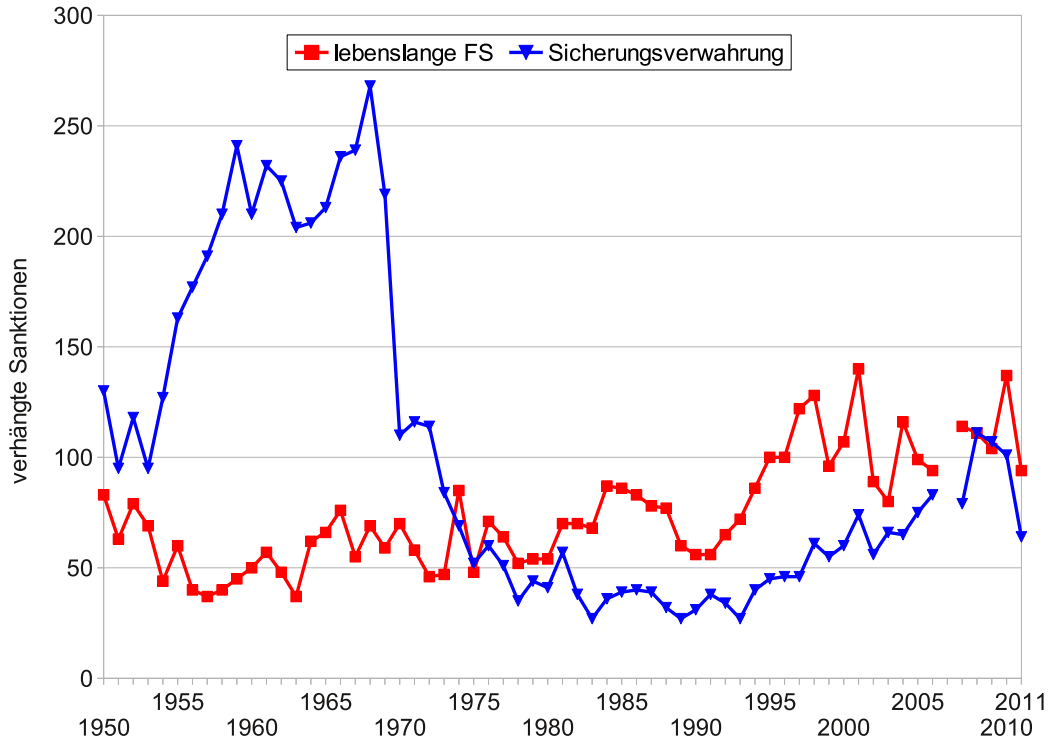
Im Justizvollzug zu beachten sind schließlich die nationalen und internationalen Regelungen des Grund- und Menschenrechtsschutzes. Ausformuliert für die besondere Gruppe der Gefangenen mit langen Strafen werden sie in der Empfehlung Rec (2003) 23 des Ministerkomitees des Europarats zur Behandlung der zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten und anderen Langzeitgefangenen durch die Strafvollzugsverwaltungen (Bundesministerium der Justiz et al. 2004).

1.2 Gerichtliche Sanktionsentscheidungen

Die Strafverfolgungsstatistik ermöglicht einen Blick auf die Sanktionspraxis seit 1950, die veröffentlichten Tabellen beschränken sich geografisch allerdings bis in die jüngste Zeit auf die westlichen Bundesländer einschließlich Berlins. Eine flächendeckende Durchführung für Deutschland wurde in dieser Statistik erst 2007 erreicht (Statistisches Bundesamt 2012a, 10).

Die Kurve der lebenslangen Freiheitsstrafen stieg seit der Gründung der Bundesrepublik bei kurzfristigeren Schwankungen etwas an (Abbildung 1). Fast 50 Jahre lang lagen die Verurteilungszahlen in den westlichen Bundesländern deutlich unter 100 Fällen pro Jahr. Höhere Werte wurden erst seit 1995 registriert. Seit 2007 betrug die jährliche Durch-

Abbildung 1: Gerichtliche Anordnungen der lebenslangen Freiheitsstrafe und Sicherungsverwahrung nach der Strafverfolgungsstatistik (1950–2011)



schnittszahl der bundesweit registrierten Anordnungen 112. Zuletzt wurden – für das Jahr 2011 – 94 Verurteilungen zu lebenslanger Freiheitsstrafe registriert; im Vorjahr 2010 waren es dagegen 137.

Die Kurve für die Sicherungsverwahrung verlief bis in die 1. Hälfte der 1970er Jahre weit oberhalb der Häufigkeiten lebenslanger Freiheitsstrafen, seit dem Inkrafttreten der Strafrechtsreform auf einem viel niedrigeren Niveau. Die Schwelle von 100 Anordnungen pro Jahr wurde erstmals seit 1973 wieder in der Gegenwart überschritten. In den zehn Jahren zwischen 1987 und 1996 waren es durchschnittlich 36 Verurteilungen pro Jahr, in den Jahren zwischen 1997 und 2006 immerhin 64 und aufgrund der bundesweiten Registrierung seit 2007 im Mittel mehr als 92 Anordnungen. Zuletzt wurden – für das Jahr 2011 – 64 Anordnungen der Sicherungsverwahrung verzeichnet, im Vorjahr 2010 aber 101 Anordnungsfälle. Angebracht ist der Hinweis, dass die Statistik die Anordnungen freiheitsentziehender Maßregeln nach den Erfahrungen der empirischen Forschung nicht vollständig wiedergibt.[7]

[7] Allgemein zur Aussagekraft der Strafrechtspflegestatistiken in diesem Sanktionsbereich Heinz (2006, 897 ff.), zur Sicherungsverwahrung Böhm (2010, 767) und Kinzig (1996, 158).

Seit 1998 wurde der Anwendungsbereich der Sicherungsverwahrung bekanntlich mehrfach erweitert. Die neuen Formen des Vorbehalts der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung (§ 66a StGB) und der nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung (§ 66b StGB) werden jedoch in der Strafverfolgungsstatistik nicht erfasst. Nach einer jährlichen Stichtagserhebung im Justizvollzug lag die Anzahl der Strafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung zuletzt bei 18 (Ansorge 2013, 44). Nachträglich angeordnete Maßregeln werden dort nicht ausgewiesen. Aus einer Erhebung von Richtern am Bundesgerichtshof ergibt sich jedoch, dass solche Anordnungen durch die Revisionsinstanz seit 2004 nur in 17 Fällen bestätigt wurden (Boetticher 2013, 154).

1.3 Vollzugsbelegung

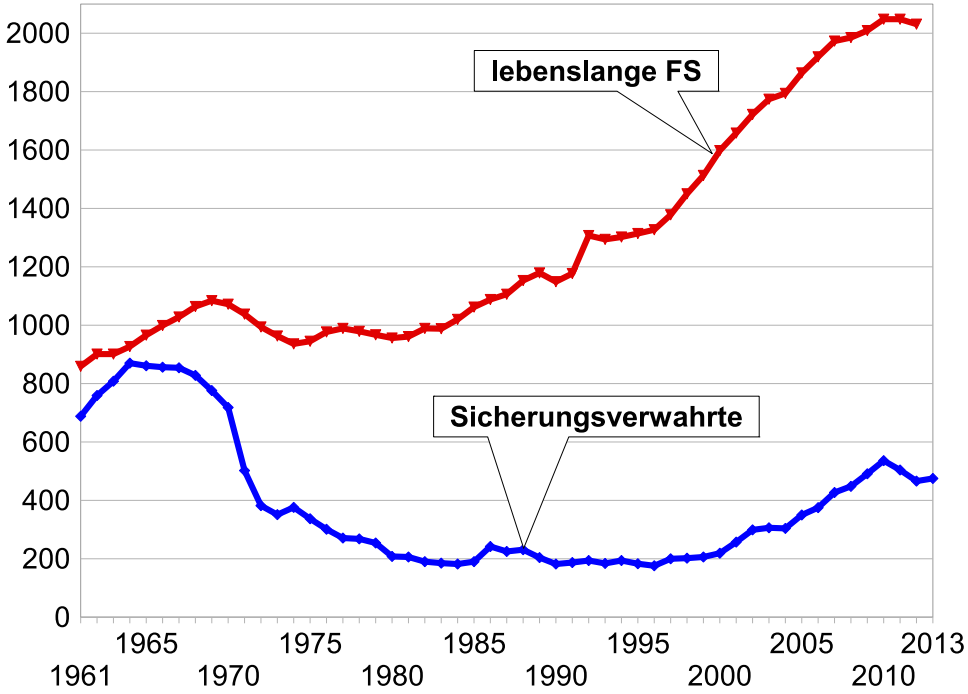
Über die langfristige Entwicklung der Belegungszahlen im Justizvollzug liegen Stichtagszahlen der Strafvollzugsstatistik vor. Seit Anfang der 1990er Jahre handelt es sich um bundesweite Angaben (Abbildung 2).[8]

Die Zahlen der Gefangenen, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen, sind schon seit der Strafrechtsreform der frühen 1970er Jahre fast kontinuierlich angestiegen. Nach einem ersten Höhepunkt im Jahr 1969, als in der Bundesrepublik und Berlin (West) bereits fast 1.100 Gefangene mit einer lebenslangen Strafe gezählt wurden, wurde diese Marke seit 1987 zu jedem Stichtag überschritten. Seit 2007 befinden sich bundesweit rund 2.000 Gefangene im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe; Ende März 2012 waren es 2.031 Gefangene (Statistisches Bundesamt 2012b, 13).

Niedrigere Belegungszahlen zeigt die Kurve für die Sicherungsverwahrung, deren bisher höchste Werte jedenfalls im hier betrachteten Zeitraum seit der Einführung der Strafvollzugsstatistik mit 870 Untergebrachten bereits im Jahr 1964 erreicht wurden. In den frühen 1980er Jahren und bis 1996 lagen die Zahlen unter 200 Sicherungsverwahrten. Die Gesetzesänderungen der letzten Jahre wirken sich auf die Belegungszahlen im Vollzug teilweise erst mit Verzögerung aus. Im Frühjahr 2011 waren 504 Personen in der Sicherungsverwahrung, ein Jahr später waren es noch 466. Im Hinblick auf diesen spürbaren Rückgang innerhalb einiger Monate ist ein Zusammenhang mit der aktuellen men-

[8] Die neueste Veröffentlichung, die hier durchgängig berücksichtigt werden kann, ist Statistisches Bundesamt (2012b). Aktuellere Zahlen der Bestandsstatistik liegen für die Sicherungsverwahrung (Statistisches Bundesamt 2013), nicht aber für die lebenslange Freiheitsstrafe vor.

Abbildung 2: Entwicklung der Belegungszahlen im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe und Sicherungsverwahrung nach der Strafvollzugsstatistik (1961–2013)



schenrechtlichen[9] und verfassungsrechtlichen Rechtsprechung sowie mit der zu Beginn des Jahres 2011 in Kraft getretenen Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung wahrscheinlich. Gleichwohl hat sich die Zahl der Untergebrachten bei längerfristiger Betrachtung seit 1996 fast verdreifacht. Im Sommer 2013 waren nach der Bestandsstatistik 491 Personen in der Sicherungsverwahrung (Statistisches Bundesamt 2013, 7), womit sich die Belegungszahlen wieder dem Niveau vom Frühjahr 2011 annähern.

Der Vergleich der Sicherungsverwahrung und der lebenslangen Freiheitsstrafe müsste auch auf der Ebene der Vollzugsstatistiken die Strafgefangenen einbeziehen, gegen welche die Maßregel erst angeordnet oder vorbehalten ist, die sich aber noch im Vollzug der vorgeschalteten Freiheits- oder Jugendstrafe befinden. Diese Gruppe wird in der amtlichen Statistik nicht gesondert ausgewiesen. Einer Stichtagserhebung im Justizvollzug ist

[9] Zum Rückwirkungsverbot bei der Sicherungsverwahrung EGMR, Kammerurteil vom 17. Dezember 2009, M. ./. Deutschland – 19359/04 (= EuGRZ 2010, 25); zur Interpretation etwa Bachmann & Goeck (2010), Kinzig (2010a) und Renzikowski (2011).

zu entnehmen, dass die Zahl dieser „potentiellen Sicherungsverwahrten" in den letzten Jahren immer deutlich höher lag als die der Untergebrachten (Ansorge 2013, 44).

Auch sonst sind die Belegungszahlen zahlreichen Einflüssen unterworfen, die hier nicht im einzelnen untersucht werden. Dazu gehören die Entwicklung der registrierten (schweren) Kriminalität, der Begutachtungspraxis – psychowissenschaftliche Gutachten sind für die Sicherungsverwahrung gesetzlich vorgeschrieben (§ 246a StPO), werden aber typischerweise auch in Verfahren wegen Tötungsdelikten erstattet, welche die Praxis der lebenslangen Freiheitsstrafe nach wie vor prägen – und der von den Strafgerichten getroffenen Sanktionsentscheidungen, aber auch die Entlassungspraxis und die Aufenthaltsdauer im Vollzug. Die Haftzahlen in den Vollzugsanstalten, die jeweils für den Langstrafenvollzug und die Sicherungsverwahrung zuständig sind, können sich zudem regional unterschiedlich entwickeln.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass Gefangene mit unbefristeten Sanktionen nur einen kleinen Anteil der Population in den Justizvollzugsanstalten bilden. So befanden sich Ende März 2012 rund 67.700 Personen in den bundesweit 186 Vollzugsanstalten, darunter 3 % lebenslang Gefangene und 0,7 % Sicherungsverwahrte.

1.4 Vollzugsdauer

Die tatsächliche Vollzugsdauer der unbefristeten Sanktionen lässt sich den Statistiken des Statistischen Bundesamtes zum Straf- und Maßregelvollzug nicht entnehmen. Gleichwohl besteht ein großes Interesse an diesen Informationen. Dies veranlasste das Bundesministerium der Justiz, im Jahre 2001 eine Umfrage unter den Landesjustizverwaltungen zur tatsächlichen Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe, der Sicherungsverwahrung und der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus zu initiieren. Die Daten dieser Erhebung wurden für die weitere Analyse der KrimZ übermittelt. Die Auswertung ergab allerdings, dass die in Tabellenform zusammengefassten Ergebnisse aufgrund des heterogenen Antwortverhaltens der Länder unvollständig und empirisch wenig aussagekräftig waren (Kriminologische Zentralstelle 2001).

Um bundesweit vergleichbare Ergebnisse zu erhalten, regte die KrimZ regelmäßige standardisierte Erhebungen mit einheitlichem Zeitintervall an. Dieser Vorschlag wurde von der Mitgliederversammlung im Dezember 2001 angenommen. Seitdem wurden – möglichst für alle Bundesländer – jährlich diejenigen Personen erfasst, bei denen die lebenslange Freiheitsstrafe, die Sicherungsverwahrung oder (bis 2006) die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus beendet wurde. Mit dieser weiten Definition der

Erhebungsgruppen sollten alle Verurteilten ermittelt werden, die regulär aus dem Vollzug entlassen wurden oder deren Aufenthalt im Vollzug in anderer Weise abgeschlossen ist.

Mit Hilfe anonymisierter und standardisierter Erhebungsbogen wurden die Daten zu den Verurteilten mit lebenslanger Freiheitsstrafe und den Sicherungsverwahrten über die Landesjustizverwaltungen, die Daten zu den Maßregelpatienten über die Gesundheits- und Sozialministerien erhoben. Beginnend mit der Umfrage für 2007 wurde die Erhebung angesichts begrenzter personeller Kapazitäten auf die beiden Sanktionen beschränkt, für die der Justizvollzug zuständig ist, also auf die lebenslange Freiheitsstrafe und die Sicherungsverwahrung. Wegen weitgehender Überschneidungen mit einer parallelen Erhebung (Ansorge 2013) wurden Daten zur Sicherungsverwahrung nur bis zum Jahr 2011 gesammelt. Zum Vollzug der Sicherungsverwahrung und der vorgelagerten Freiheits- und Jugendstrafe wird in Abstimmung mit den Landesjustizverwaltungen eine umfassendere Erhebung geplant, die zu einem Stichtag im März 2014 erstmals durchgeführt werden soll. Für die lebenslange Freiheitsstrafe soll die vorliegende Erhebungsreihe auch über das Jahr 2012 hinaus fortgeführt werden.

Der vorliegende Bericht enthält im Anschluss an die bisherige Berichtsreihe hauptsächlich die Ergebnisse der zehnten Umfrage der KrimZ für das Jahr 2011 (zur lebenslangen Freiheitsstrafe und zur Sicherungsverwahrung) und der elften Umfrage für das Jahr 2012 (zur lebenslangen Freiheitsstrafe). Für die wichtigsten Variablen werden Zeitreihen seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2002 dargestellt. Darüber hinaus schildert Kapitel 3 die Ergebnisse einer ebenfalls 2012 durchgeführten Stichtagserhebung im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe.

Die Aussagekraft aller erhobenen Daten zur Bestimmung der Vollzugsdauer unbefristeter Sanktionen hängt zunächst davon ab, dass von den zuständigen Vollzugsbehörden der Länder die (ehemaligen) Gefangenen, welche die Voraussetzungen der Abfrage erfüllen, gemeldet und die Erhebungsbogen vollständig ausgefüllt werden. Da über diese Daten hinaus keine weiteren personen- oder verfahrensbezogenen Informationen zur Verfügung stehen, sind nur beschränkte Plausibilitätskontrollen möglich. Im Vergleich mit anderen empirischen Untersuchungen können sich kleinere Abweichungen ergeben.[10]

Für die Bestimmung der tatsächlichen oder noch zu erwartenden Dauer von Aufenthalten im Vollzug freiheitsentziehender Sanktionen kommen mehrere Methoden in Be-

[10] So geht die bundesweite Rückfalluntersuchung von Jehle et al. (2010, 63) von der Angabe des Bundeszentralregisters aus, dass 2004 insgesamt 39 Gefangene aus dem Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe entlassen wurden. An die KrimZ wurden für dieses Jahr 36 Entlassungen gemeldet. Zur Sicherungsverwahrung teilte das Bundeszentralregister 16 Entlassungen im Jahr 2004 mit, an die KrimZ wurden durch die Landesjustizverwaltungen 15 Fälle gemeldet.

tracht, von denen keine den anderen insgesamt überlegen ist (Dessecker 2012, 83 ff.). Die den Kapiteln 2 und 4 sowie den früheren Forschungsberichten dieser Reihe zugrunde liegende Methode einer nachträglichen Bestimmung der Vollzugsdauer anhand beendeter Freiheitsentziehungen wird wegen des relativ geringen Erhebungsaufwands in der kriminologischen Forschung wie auch in der kriminalpolitischen Diskussion nicht selten eingesetzt.[11] Die mittlere Zeitdauer, die eine Entlassungskohorte – eine Menge von Personen, die während desselben Zeitraums, also etwa innerhalb eines Kalenderjahrs, aus dem Vollzug entlassen wurden – im Vollzug verbracht hat, ist aus statistischen Gründen jedoch ein schlechter Indikator für die zu erwartende Vollzugsdauer von Gefangenen, die ihre Strafe erst antreten. Dies gilt insbesondere für sehr lange Vollzugsaufenthalte und deutliche Veränderungen der Zugangszahlen. Unter der Bedingung zunehmender Vollzugspopulationen wird die zu erwartende Vollzugsdauer um mehrere Jahre unterschätzt (Lynch & Sabol 1997; Patterson & Preston 2008).

Demgegenüber folgt die Stichtagserhebung zur lebenslangen Freiheitsstrafe (Kapitel 3) einem anderen Ansatz. Sie ist insofern umfassender angelegt, als sie auf die gesamte Vollzugspopulation bezogen ist, die sich zu einem festgelegten Stichtag im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe befindet. Damit werden auf der anderen Seite auch Gefangene einbezogen, die sich erst kurze Zeit in Haft befinden. Und die auf diese Weise ermittelte bisher verstrichene Aufenthaltszeit wird immer nur einen mehr oder weniger großen Teil der insgesamt zu erwartenden Vollzugsdauer ausmachen.

Ein dritter Weg zur Bestimmung der Vollzugsdauer würde von einer Gruppe von Verurteilten ausgehen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums, z.B. innerhalb eines Kalenderjahrs, rechtskräftig zu einer unbestimmten Sanktion verurteilt worden sind. Für diese Verurteilungskohorte könnte auf längere Sicht ermittelt werden, wie lange sich die einzelnen Verurteilten im Justizvollzug aufhalten und aus welchen Gründen die Vollzugsaufenthalte enden. Da bei der lebenslangen Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung mit jahrzehntelangen Vollzugsdauern zu rechnen ist, müssten die Datenerhebungen über einen entsprechend langen Zeitraum wiederholt werden. Eine solche langfristig angelegte Untersuchung liegt bisher nicht vor.

Gleichgültig, welcher Methode im konkreten Fall der Vorzug gegeben wird, bezieht sich die vorliegende Studie insgesamt auf Sanktionen, die auf lange Freiheitsentziehung angelegt sind. Wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde, sind die Zahlen der Strafgefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrten langfristig im Anstieg be-

[11] Siehe als Beispiele Anttila & Westling (1965); BVerfG, Urteil vom 21. Juni 1977 – 1 BvL 14/76 (= BVerfGE 45, 187 <204>); Freiberg & Biles (1975, 51 ff.); Greenfeld (1995); Griffin & O'Donnell (2012, 613 f.); Lynch (1993); Müller-Isberner et al. (2007); Seifert (2007, 43).

griffen. Im Hinblick auf die kriminalpolitische Diskussion über diese Sanktionen und ihre Wirksamkeit ist darauf hinzuweisen, dass die in der Rückschau ermittelten Angaben zur Vollzugsdauer allein für Verurteilte gelten, deren Aufenthalt im Justizvollzug bereits beendet ist. Der Schluss auf die zu erwartende Vollzugsdauer von Personen, die sich noch im Justizvollzug befinden oder gegen die aktuell eine lebenslange Freiheitsstrafe verhängt oder die Sicherungsverwahrung angeordnet wird, ist unzulässig.

2 Rückwirkende Erhebungen zur lebenslangen Freiheitsstrafe

2.1 Überblick

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Länderumfrage über solche Strafgefangenen dargestellt, bei denen die lebenslange Freiheitsstrafe in den Jahren 2011 und 2012 beendet wurde („ehemalige Lebenslängliche"). Die gesamte Gruppe umfasste 105 Personen im Jahr 2011 und 99 Personen im Jahr 2012. Zu dieser Gruppe gehörten nicht nur die Verurteilten, die tatsächlich in Freiheit entlassen wurden, sondern auch solche, die im Vollzug verstarben, ins Ausland abgeschoben oder ausgeliefert wurden.

Eine Teilgruppe von 66 Personen (2011) bzw. 63 Personen (2012) wird als die der „entlassenen Lebenslänglichen" bezeichnet. Gemeint sind die ehemaligen Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe, bei denen im jeweiligen Bezugsjahr der Strafrest gemäß § 57a StGB zur Bewährung ausgesetzt wurde. Wären in den beiden Erhebungsjahren Begnadigungen vorgekommen, so wären aus Gründen der Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen auch diese Fälle mitgezählt worden.

2.1.1 Ende der Strafe und Entlassung

Vergleichsdaten über die Gesamtzahl aller in den Jahren dieser Erhebung einsitzenden Gefangenen, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßten, liegen nicht vor. Die amtliche Strafvollzugsstatistik ermittelt Angaben über die am 31. März, 31. August und 30. November einsitzenden Gefangenen, die für den erstgenannten Stichtag in ausführlicherer Form veröffentlicht werden. Zum Stichtag 31. März 2011 verbüßten danach bundesweit 2.048 Personen eine lebenslange Freiheitsstrafe; diese Gesamtzahl ging bis zum 31. März 2012 auf 2.031 zurück. Unter diesen Gefangenen befanden sich im März 2011 genau 100 Frauen, deren Zahl während des folgenden Jahrs auf 110 anstieg (Statistisches Bundesamt 2012b, 12). Da bei diesen langen Freiheitsstrafen schon aufgrund der gesetzlichen Mindestverbüßungszeit von 15 Jahren (§ 57a I 1 Nr. 1 StGB) von einer mindestens einjährigen Verweildauer im Vollzug ausgegangen werden kann, lässt sich damit annähernd

angeben, dass im Jahr 2011 der Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe bei 5,1 % der einsitzenden Gefangenen beendet wurde; 2012 waren es 4,9 %.

Für die Untersuchungsfrage „Wie lang ist lebenslang?" ist vor allem die Teilgruppe der Verurteilten relevant, die in Freiheit entlassen wurden; dies waren in beiden Erhebungsjahren rund 63 % der Gefangenen, deren Strafe beendet war. Bezogen auf die jeweils an den Stichtagen der Strafvollzugsstatistik im März zur Verbüßung einer lebenslangen Strafe einsitzenden Gefangenen, wurden 3,2 % im Jahr 2011 und 3,1 % im Jahr 2012 entlassen.

2.1.2 Geschlecht und Nationalität

Der Männeranteil von rund 95 % unter den zu den Stichtagen im März 2011 und 2012 im Strafvollzug lebenslang einsitzenden Strafgefangenen entsprach ungefähr der Geschlechterverteilung bei den ehemaligen Lebenslänglichen der Berichtsjahre. 2011 waren es 101 Männer (96 %; Tabelle A.1) und 2012 noch 91 Männer (92 %, Tabelle A.15).[1] Im Jahr 2012 wurden in der Erhebung also verhältnismäßig viele Frauen erfasst.

Der Anteil der deutschen Staatsangehörigen lag in beiden Erhebungsjahren unter allen ehemaligen Gefangenen erheblich niedriger als unter den in Freiheit entlassenen Personen. 2011 waren es 72 % unter den ehemaligen Gefangenen, aber 94 % unter den entlassenen; 2012 nur 69 % unter allen ehemaligen Gefangenen und 95 % unter den entlassenen. Die Strafvollstreckung der ausländischen Gefangenen wird also überwiegend nicht durch eine Entlassung innerhalb Deutschlands beendet, sondern meist nach § 456a StPO wegen aufenthaltsrechtlicher Maßnahmen (2011: 21 von 30 Fällen, Tabelle A 9; 2012: 20 von 31 Fällen, Tabelle A 21). Wesentlich seltener erfolgten Überstellungen zur weiteren Vollstreckung der Strafe im Ausland. Diese Gefangenen stammten aus verschiedenen ost- und südeuropäischen Ländern; in jeweils zwei Fällen handelte es sich um Italien und Rumänien.

2.1.3 Alter

Wie die Tabellen A.2 und A.16 zeigen, waren die mittleren Altersjahrgänge zwischen 40 und 50 Jahren in beiden Erhebungsjahren am häufigsten vertreten, wobei diese Altersgruppe 2012 noch etwas mehr im Vordergrund stand als im Vorjahr. Keiner der entlassenen Gefangenen war jünger als 36 Jahre alt. Die Hälfte der Gefangenen, deren lebenslange Freiheitsstrafe in den Bezugsjahren beendet wurde, war älter als 51 Jahre (2011) bzw. älter als 50 Jahre (2012). Zum Beendigungszeitpunkt waren 16–18 % der Gesamtgruppe 60 bis

[1] Die mit dem Buchstaben A bezeichneten Tabellen finden sich im Anhang (unten S. 65 ff.)

unter 70 Jahre alt, einige der ehemaligen Gefangenen (2011 immerhin 7 %) waren sogar noch älter.

Unter den zum Stichtag Ende März 2011 lebenslang einsitzenden Strafgefangenen dürfte der Altersdurchschnitt etwas niedriger gelegen haben (Statistisches Bundesamt 2011, 17). In dieser Stichtagszählung der amtlichen Strafvollzugsstatistik erschienen immerhin 5 % Gefangene unter 30 Jahren, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßten – eine Altersgruppe, in der sich nur einer der ehemaligen Lebenslänglichen dieser Erhebung befand. Für März 2012 ergab die eigene Stichtagserhebung für das Lebensalter der Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe einen Median von 47 Jahren (unten S. 30).

Vergleicht man die Altersverteilung der aus dem Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe entlassenen Gefangenen im zeitlichen Längsschnitt seit dem Jahr 2002 (Tabelle A.3), so lassen sich von Jahr zu Jahr gewisse Verschiebungen erkennen. Zwar waren die 40–50-Jährigen in allen Erhebungsjahren mit am stärksten vertreten. Doch variierte ihr Anteil zwischen 35 % im Jahr 2011 und 63 % im Jahr 2006; zuletzt lag er 2012 bei 43 %. Der arithmetische Mittelwert des Lebensalters bei Entlassung aus dem Vollzug lag in sieben von elf Erhebungen im Bereich zwischen 50 und 52 Jahren. Der für das Erhebungsjahr 2011 bestimmte Mittelwert von 52 Jahren und 10 Monaten war der höchste seit Beginn der Erhebungsreihe.

2.1.4 Maßgebliche Straftaten

Bereits die Betrachtung der strafrechtlichen Voraussetzungen lässt erwarten, dass Tötungsdelikte als Gegenstand der Verurteilung im Vordergrund stehen werden. Tatsächlich wurde für die beiden Berichtsjahre nur ein einziger Beendigungsfall gemeldet, in dem die Verurteilung wegen eines anderen Tatbestands – nämlich wegen Raubes mit Todesfolge (§ 251 StGB) – erfolgt war. Im Übrigen handelte es sich außer in zwei Fällen des Totschlags ausschließlich um Mord; darunter befanden sich noch fünf Verurteilungen nach § 112 StGB der DDR.

Da die Strafvollzugsstatistik insoweit keine deliktsspezifischen Vergleiche gestattet, bietet sich lediglich ein Rückgriff auf die Verurteilungsdaten der Strafverfolgungsstatistik an. Tabelle 1 (S. 16) enthält eine Aufstellung der Verurteilungsdelikte seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie zeigt, dass lebenslange Freiheitsstrafen über lange Zeit fast ausschließlich wegen Mordes verhängt wurden. Seit 1991 waren es zu 96 % Verurteilungen wegen § 211 StGB, zu 2 % solche wegen Raubes oder räuberischer Erpressung mit Todesfolge, zu 1 % solche wegen Totschlags und im Übrigen vereinzelte Fälle der sexuellen Nötigung und Vergewaltigung, des erpresserischen Menschenraubs und der Gei-

selnahme, der Brandstiftungs- und Explosionsdelikte oder des sexuellen Missbrauchs von Kindern (jeweils mit Todesfolge), darüber hinaus auch ein Fall eines Staatsschutzdelikts.[2]

Dass lebenslange Freiheitsstrafen fast ausschließlich wegen Mordes verhängt werden, gilt nicht nur für die letzten Jahre seit 1991. Es handelt sich um eine langjährige Praxis der Rechtsprechung, die in der Bundesrepublik bereits seit Inkrafttreten des Grundgesetzes besteht (Dessecker 2009; Weber 1999, 43).

Tabelle 1: Verurteilungen zu lebenslanger Freiheitsstrafe nach Delikt (Strafverfolgungsstatistik, 1991–2011)*

	N	§ 211 StGB	sonstige Delikte (StGB)
1991	56	54	1 §§ 94–100a, 1 § 212
1992	65	64	1 § 251
1993	72	71	1 § 212
1994	86	85	1 § 239a
1995	100	100	–
1996	100	99	1 § 251
1997	122	113	5 § 212, 4 § 251
1998	128	124	2 § 212, 2 § 251
1999	96	91	1 § 178, 1 § 212, 3 § 251
2000	107	103	1 § 178, 2 § 251, 1 § 306c
2001	140	136	1 § 212, 2 § 251, 1 § 306c
2002	89	80	1 § 178, 2 § 212, 1 § 239b, 5 § 251
2003	80	72	2 § 212, 1 § 239a, 5 § 251
2004	116	111	3 § 212, 2 § 251
2005	99	90	3 § 212, 6 § 251
2006	94	85	1 § 176b, 2 § 178, 2 § 212, 1 § 239a, 3 § 251
2007	114	111	1 § 212, 1 § 251, 1 DDR
2008	111	110	1 § 306c
2009	104	104	–
2010	137	133	2 § 212, 1 § 251, 1 § 308
2011	94	93	1 § 212

* bis 2006: westliche Bundesländer einschließlich Berlins

[2] Dass das Strafgesetzbuch der DDR, dessen § 112 I für Mord fakultativ eine lebenslange Freiheitsstrafe androhte, in der Tabelle nur einmal genannt wird, liegt teils an der verzögerten Einführung der Strafverfolgungsstatistik in den östlichen Bundesländern, teils daran, dass das Strafrecht der Bundesrepublik für wichtige Fallgruppen wie z.B. Tötungsdelikte unter Alkoholeinfluss das gem. § 2 III StGB anwendbare mildere Recht darstellt. Zwar erweist sich die Vorschrift des § 112 I StGB der DDR für andere Fälle gegenüber § 211 StGB als milder, so dass sie auf „Altfälle" auch nach der Vereinigung anzuwenden ist. Doch kommt dann auch die Verhängung einer zeitigen Freiheitsstrafe in Betracht (BGH, Urteil vom 20. Oktober 1993 – 5 StR 473/93 = BGHSt 39, 353).

2.1.5 Vergleiche nach Bundesländern

Für einen Ländervergleich (Tabellen A.4 und A.17) kann man bezogen auf die Stichtagspopulation der einsitzenden Gefangenen mit lebenslangen Freiheitsstrafen bundesweit für beide Berichtsjahre von einem durchschnittlichen Beendigungsanteil von rund 5 % ausgehen. 2011 und 2012 wurde in fast allen Bundesländern der Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe in mindestens einem Fall beendet. Im Verhältnis der Beendigungen zur jeweiligen Stichtagspopulation zeigten sich wie in den Vorjahren große regionale Unterschiede.

Diese Unterschiede finden sich in der kleineren Gruppe der in Freiheit entlassenen Lebenslänglichen wieder, für die bundesweit ein Entlassungsanteil von etwas mehr als 3 % ermittelt wurde. Zwei Bundesländer, in deren Vollzugsanstalten grundsätzlich lebenslange Freiheitsstrafen vollzogen wurden, haben im Berichtsjahr 2011 keinen dieser Gefangenen entlassen. Andererseits gab es mehrere Länder, in denen verhältnismäßig mehr Verurteilte aus einer lebenslangen Freiheitsstrafe entlassen wurden als im bundesweiten Mittel.

Insgesamt sind solche Vergleiche aufgrund der geringen Fallzahlen jedoch stark von Einzelfallentscheidungen abhängig; dies gilt besonders für kleinere Bundesländer. Deshalb kann sich die Position eines Landes in einer solchen vergleichenden Betrachtung von Jahr zu Jahr stark verschieben.

2.2 Dauer und Gründe der Beendigung

2.2.1 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe

In beiden Berichtsjahren hatte zum Zeitpunkt der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe rund die Hälfte der Verurteilten aufgrund des aktuell vollstreckten Urteils eine Gesamtzeit von 15–20 Jahren im Strafvollzug verbracht, beträchtliche Anteile sogar mehr als 20 Jahre (Tabellen A.5 und A.18). Nicht ungewöhnlich waren auch Aufenthalte im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe im Bereich von 10 bis unter 15 Jahren.

Besonders kurze Vollzugsdauern der lebenslangen Freiheitsstrafe von weniger als 5 Jahren wurden bei vier Personen im Jahr 2011 und zwei Personen im Jahr 2012 gemeldet. Keiner dieser Gefangenen wurde regulär entlassen. In einem dieser Fälle wurde der Verurteilte nach Verbüßung von knapp 4 Jahren zur weiteren Vollstreckung der Strafe nach Italien überstellt, bei einem anderen Gefangenen wurde die Strafvollstreckung nach weniger als 3 Jahren wegen schwerer Krankheit unterbrochen (§ 455 StPO).

Die Vollzugsdauer streute unter den Beendigungsfällen des Berichtsjahrs 2011 insge-

samt zwischen 1 Jahr und 6 Monaten und rund 39 Jahren, im Berichtsjahr 2012 zwischen knapp 3 und mehr als 40 Jahren. Die Hälfte der ehemaligen Gefangenen des Berichtsjahrs 2011 hatte mehr als 15½ Jahre im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe verbracht; für das Berichtsjahr 2012 ergab sich ebenfalls ein Median über 15 Jahren. Die arithmetischen Mittelwerte wichen angesichts mehrerer extrem langer Vollzugsaufenthalte jeweils um rund 2 Jahre deutlich nach oben ab. Ein Widerruf einer früheren Aussetzung der lebenslangen Freiheitsstrafe wurde 2011 in vier und 2012 in zwei Fällen mitgeteilt. Die gesamte Vollzugsdauer der lebenslangen Freiheitsstrafe lag bei diesen Verurteilten zwischen 17 und mehr als 30 Jahren; sie überschritt die Mittelwerte der Vollzugsdauer also recht deutlich.

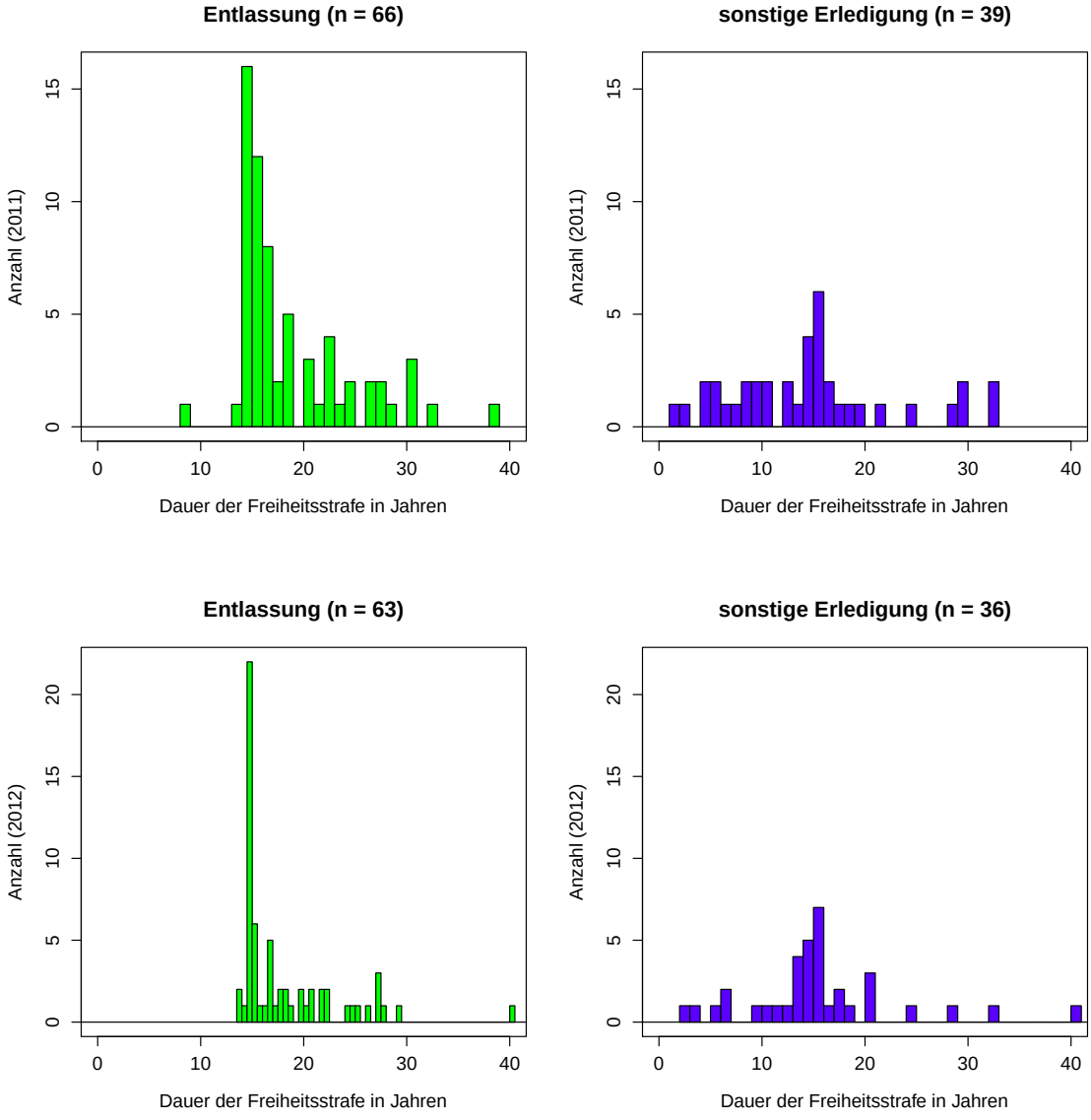
Bei den wenigen Frauen, deren lebenslange Freiheitsstrafe in den Berichtsjahren 2011 und 2012 beendet wurde, lag die Aufenthaltsdauer im Justizvollzug ausnahmslos in dem mittleren Bereich um 15 Jahre (Tabellen A.7 und A.19). Die Vollzugsdauer der ausländischen ehemaligen Gefangenen streute vor allem im Jahr 2011 ähnlich breit wie diejenige der Untersuchungsgruppe insgesamt.

Bezieht man das Alter der ehemaligen Lebenslänglichen auf die Vollzugsdauer, so ist zu erwarten, dass die Gefangenen, deren Strafe erst nach längerer Zeit beendet wird, auch ein höheres Lebensalter erreicht haben. In der Tat war der größte Teil der Verurteilten mit einer Verbüßungsdauer von 15 bis 20 Jahren in der bedeutsamsten Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen zu finden; das gilt für beide Erhebungsjahre (Tabellen A.8 und A.20). Die ehemaligen Gefangenen, die über 25 Jahre verbüßt hatten, waren deutlich älter. Die Personen über 70 Jahre hatten mit einer Ausnahme – bei diesem Gefangenen erfolgte eine Strafunterbrechung nach § 455 StPO – im Vergleich eine besonders lange Strafe hinter sich.

Bei der kleineren Gruppe der in Freiheit Entlassenen dauerte die lebenslange Freiheitsstrafe in beiden Berichtsjahren länger als in der Erhebungsgruppe insgesamt. Der für Verzerrungen durch Extremwerte weniger anfällige Median betrug 16 Jahre 3 Monate für das Jahr 2011 und 15 Jahre 7 Monate für das Jahr 2012 (Tabellen A.5 und A.18). Das arithmetische Mittel fiel 2011 mit knapp 19 Jahren entsprechend höher aus als für das Jahr 2012. Die Höchstwerte der beiden Berichtsjahre erreichten mit einer Verbüßungsdauer von jeweils mehr als 40 Jahren zwei Gefangene, von denen einer im Justizvollzug verstarb, während der andere entlassen wurde.

Eine grafische Darstellung der Vollzugsdauer im Vergleich der in Freiheit Entlassenen und der ehemaligen Lebenslänglichen mit einer sonstigen Beendigung des Aufenthalts im Strafvollzug findet sich in Abbildung 3. Die Histogramme zeigen, dass sich relativ

Abbildung 3: Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe bei ehemaligen Gefangenen nach Art der Beendigung (2011 und 2012)



kurze Aufenthaltsdauern im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe vor allem bei den Gefangenen finden, die nicht entlassen wurden. Andererseits konzentrieren sich die Aufenthaltsdauern der Entlassenen im Bereich von 15 Jahren – das kommt 2012 besonders deutlich zum Ausdruck. Sowohl die Verteilungen der in Freiheit Entlassenen als auch die der ehemaligen Lebenslänglichen mit einer sonstigen Beendigung dürften wesentlich die gesetzliche Mindestverbüßungsdauer vor einer Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung (§ 57a I Nr. 1 StGB) reflektieren.

2.2.2 Gründe der Beendigung

Die nach § 57a StGB gesetzlich vorgesehene Aussetzung des Strafrestes einer lebenslangen Freiheitsstrafe erfolgte 2011 bei 66 und 2012 bei 63 Verurteilten, deren Aufenthalt im Strafvollzug endete, also jeweils bei knapp 2/3 der Erhebungsgruppe (Tabellen A.9 und A.21). Darunter befanden sich im Berichtsjahr 2011 alle vier Frauen, 2012 fünf von acht Frauen. Als zweithäufigster Beendigungsgrund erschienen aufenthaltsrechtliche Entscheidungen, die ausschließlich ausländische Staatsangehörige betreffen. Gnadenentscheidungen kamen in den beiden Berichtsjahren nicht vor.

Im Berichtsjahr 2011 sind zehn, 2012 neun Verurteilte während der Verbüßung ihrer lebenslangen Freiheitsstrafe verstorben, unter denen vier Suizid begingen. Die Gesamtzahl der im Vollzug Verstorbenen entsprach je nach Berichtsjahr einem Anteil von 10–12 % aller Verurteilten, deren lebenslange Freiheitsstrafe beendet wurde. Von allen im Vollzug Verstorbenen war nur einer über 70 Jahre alt (Tabellen A.10 und A.22).

Während die Strafrestaussetzungen überwiegend nach 15- bis 20-jähriger Verbüßungszeit erfolgten (Tabellen A.11 und A.23), fällt auf, dass die gesetzliche Mindestdauer von 15 Jahren in mehreren Fällen unterschritten wurde. Soweit es sich dabei um Zeiträume in der Größenordnung bis zu einigen Monaten handelt, erscheint es plausibel anzunehmen, dass beispielsweise die Verbüßung von Untersuchungshaft, die auf die Strafe anzurechnen wäre, in diesen Fällen nicht exakt mitgeteilt wurde.[3] Das Absehen von weiterer Strafvollstreckung aufgrund aufenthaltsrechtlicher Entscheidungen erfolgte seltener als teilweise in den Vorjahren vor Erreichen der 15-Jahres-Grenze, die nach der Rechtsprechung bei den Fällen des § 456a StPO nicht eingreift.[4] Frühzeitigere Abschiebungen bei lebens-

[3] Für einen Gefangenen, der 2011 nach einem komplizierten Vollstreckungsverlauf mit mehreren Aussetzungen und Widerrufen erneut entlassen wurde, konnte die zuletzt zuständige Anstalt nur noch eine Mindestverbüßungsdauer von knapp 9 Jahren ermitteln.

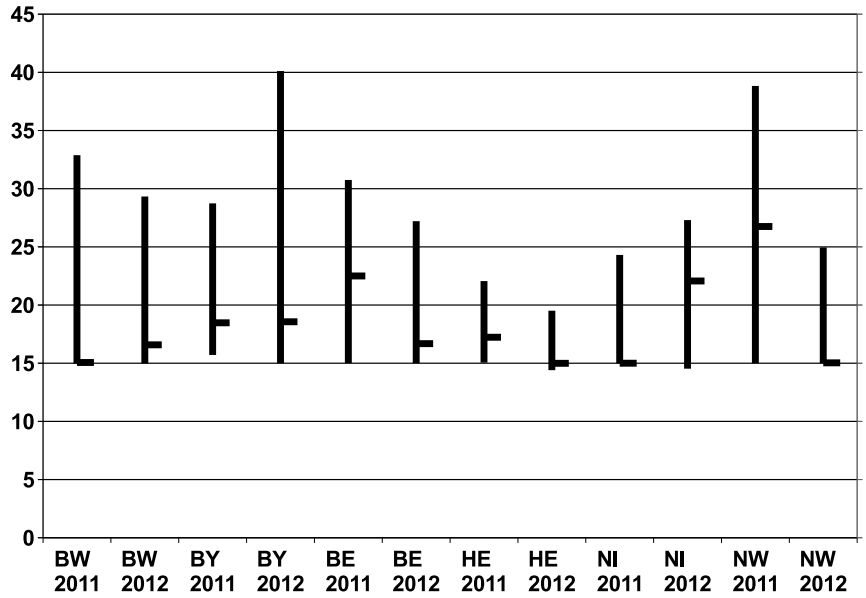
[4] OLG Frankfurt, Beschluss vom 28. März 1992 – 3 VAs 39/92 (= NStE Nr. 2 zu § 456a StPO); OLG Hamm, Beschluss vom 6. November 2012 – III-1 VAs 104/12 (Juris); OLG Karlsruhe, Beschluss vom 10. August 2007 – 2 VAs 10/07 (= NStZ 2008, 222 <223 f.>).

langen Freiheitsstrafen werden durch Richtlinien der Landesjustizverwaltungen teilweise deutlich erleichtert.[5]

2.2.3 Vergleiche nach Bundesländern

Abbildung 4 zeigt die Verteilungsmaße der Haftdauer – Median, Minimum und Maximum – für die Gruppe der in Freiheit entlassenen Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe und die sechs Bundesländer, in denen 2011 mehr als fünf Entlassungen verzeichnet wurden. Das Maß der Abweichungen nach oben und unten wird durch die Länge der senkrechten Balken veranschaulicht. Deutlich werden damit nicht nur erhebliche Spannweiten der Aufenthaltsdauern, sondern auch Unterschiede der länderspezifischen Medianwerte. Zudem zeigt die Betrachtung, dass die Entlassungspraxis innerhalb eines Bundeslands von Jahr zu Jahr deutlich variieren kann. Ohnehin führt die rückwirkende Erhebung für den Zeitraum des jeweils zurückliegenden Jahrs selbst in bevölkerungsreichen Ländern zu sehr geringen absoluten Zahlen, die stark von Einzelfällen bestimmt werden.

Abbildung 4: In Freiheit entlassene Gefangene mit lebenslanger Strafe: Haftdauer in ausgewählten Bundesländern (2011 und 2012)



[5] Siehe z.B. § 6 des Runderlasses des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa vom 13. Dezember 2010 – 4725 - III/C2 - 2010/1289 - III/A (JMBl. 190): Maßnahmen nach § 456a StPO „in der Regel nicht vor Verbüßung von 13 Jahren".

Differenzierte Vergleiche zur Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe für alle Bundesländer enthalten die Tabellen A.12–13 und A.24–25. Wie sich die einzelnen Beendigungsgründe für die Bundesländer darstellen, ist den Tabellen A.14 und A.26 zu entnehmen. Im Vergleich zu der bundesweiten Verteilung zeigen sich einige länderspezifische Abweichungen. Während im Jahr 2011 von 13, im Jahr 2012 von fast allen Ländern mindestens eine Aussetzung zur Bewährung mitgeteilt wurde, konzentrierten sich Beendigungen der lebenslangen Freiheitsstrafe aufgrund aufenthaltsrechtlicher Entscheidungen auf eine kleinere Anzahl von Bundesländern.

2.2.4 Zur Entwicklung im zeitlichen Längsschnitt

Im Überblick können mittlerweile über 500 Entlassungsfälle aus den Jahren 2002 bis 2012 betrachtet werden (Tabelle 2). Im gesamten Zeitraum hatte die Hälfte der aus der Verbüßung einer lebenslangen Freiheitsstrafe Entlassenen mehr als 17 Jahre im Justizvollzug verbracht. Wegen eines nicht zu vernachlässigenden Anteils besonders langer Vollzugsaufenthalte – jede 9. Person war länger als 25 Jahre im Vollzug – lag der arithmetische Mittelwert deutlich darüber.

Im zeitlichen Verlauf ist eine gewisse Fluktuation erkennbar. Wählt man den Median als Maß für die mittlere Haftdauer, so hat diese zwischen 2002 und 2005 von 17 auf 19 Jahre zugenommen; für die zwischen 2007 und 2009 Entlassenen verharrte sie im Bereich von rund 16 Jahren. War das Bezugsjahr 2010 durch den bisher höchsten Anteil besonders langer Verbüßungszeiten von mindestens 25 Jahren und eine relativ hohe mittlere Haftdauer gekennzeichnet, sind die Mittelwerte und die Anteile extrem langer Vollzugsaufenthalte seither wieder zurückgegangen. Das letzte Berichtsjahr 2012 wies im Vergleich mit der gesamten Zeitreihe einen Mittelwert auf, der kaum von dem Gesamtmittelwert abwich, während der Median in diesem Jahr besonders niedrig ausfiel.

Daten zur Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe liegen auch für länger zurückliegende Zeiträume vor. Weber (1999, 59) hat für die Entlassungen aufgrund einer Strafaussetzung zwischen 1982 und 1989 einen Wert von 18 Jahren 7 Monaten errechnet, und für Gnadenentscheidungen in der Zeit zwischen 1945 und 1975, also vor der Einführung des § 57a StGB, wurde aufgrund einer Umfrage des Bundesverfassungsgerichts bei den Landesjustizverwaltungen sogar ein Median von etwas mehr als 20 Jahren ermittelt (Laubenthal 1987, 106). Doch ergeben sich keine Anhaltspunkte für eine lineare Entwicklung. Ohnehin wäre die Annahme, lebenslange Freiheitsstrafen würden „immer kürzer", allzu vereinfacht. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die vorliegenden Daten wesentlich durch die größeren und bevölkerungsreicheren Bundesländer beeinflusst sind, die auch über eine

Tabelle 2: Dauer lebenslanger Freiheitsstrafen bis zu einer Entlassung

Entlassungsjahr	N	Median in Jahren	Mittelwert in Jahren	Anteil $\geq$ 25 Jahre
2002	33	17,0	18,1	6 %
2003	42	17,4	18,2	5 %
2004	36	18,3	19,8	14 %
2005	36	19,0	18,4	6 %
2006	41	17,0	17,8	7 %
2007	54	16,2	17,9	9 %
2008	63	16,1	18,1	6 %
2009	43	16,2	19,3	19 %
2010	60	17,8	19,7	22 %
2011	66	16,3	19,0	15 %
2012	63	15,6	18,3	13 %
2002–2012	537	17,0	18,6	12 %

Tabelle 3: Gründe der Beendigung lebenslanger Freiheitsstrafen im Vergleich

	N	Aussetzung	Ausland	Tod*	Suizid	Sonstiges
2002	45	33	6	3	1	2
2003	59	42	8	5	3	1
2004	54	36	6	10	2	–
2005	48	36	6	4	–	2
2006	61	41	12	3	3	2
2007	78	54	16	5	1	2
2008	91	63	16	8	2	2
2009	74	43	22	7	2	–
2010	90	60	18	8	2	2
2011	105	66	24	10	3	2
2012	99	63	24	9	1	2
2002–2012	804	537	158	72	20	17

* ohne Selbsttötungen

umfangreichere Vollzugspopulation verfügen. Der Anteil der besonders langen Vollzugsaufenthalte von 25 Jahren und darüber ist erheblichen Schwankungen unterworfen. Vor allem aber werden alle diejenigen Gefangenen mit lebenslangen Strafen, die im jeweiligen Berichtsjahr nicht entlassen wurden (und möglicherweise nie entlassen werden), in dieser rückwirkenden Datenerhebung systematisch ausgeblendet.

Tabelle 3 bietet einen Überblick zur Entwicklung der Beendigungsgründe des Vollzugs lebenslanger Freiheitsstrafen seit dem Jahr 2002. Auch diese Darstellung lässt Anstiege und Rückgänge der Fallzahlen erkennen. Ein klarer Trend ergibt sich nicht. Etwa parallel zur Gesamtzahl der Beendigungen entwickelte sich die Zahl der im Gesetz als Regelfall vorgesehenen Entlassungen nach einer Aussetzung des Strafrests zur Bewährung (§ 57a I StGB), auf die insgesamt ein Anteil von mehr als ⅔ aller Beendigungen des Vollzugs entfiel. Ausweisungen und andere Maßnahmen, die zu einem Absehen von der Strafvollstreckung in Deutschland (§ 456a StPO) und einer Überstellung an ausländische Behörden führen, machten insgesamt fast 20 % aller Beendigungsfälle aus. Seit 2006 zeichnet sich ab, dass ihre Bedeutung zunimmt.

Die Gesamtzahl der im Vollzug Verstorbenen (einschließlich der Selbsttötungen) entsprach über die gesamte Erhebung einem Anteil von über 11 % aller Verurteilten, deren lebenslange Freiheitsstrafe beendet wurde.[6] Allerdings berücksichtigt die Erhebung im Justizvollzug weder den Gesundheitszustand der Gefangenen noch die Lebenszeit nach einer Haftentlassung. Es gibt ehemalige Gefangene, bei denen die Freiheitsstrafe kurz vor deren (erwartetem) Tod ausgesetzt oder nach § 455 IV StPO unterbrochen wurde; die letzteren Fälle sind als „sonstige Beendigungsgründe" aufgeführt. Wie zusätzliche Angaben von Vollzugsanstalten gelegentlich zeigten, verstarben manche Gefangenen, deren lebenslange Freiheitsstrafe unterbrochen wurde, innerhalb weniger Tage nach dieser Entscheidung.

Die Todesfälle im Vollzug verweisen auf die Problematik von Haftschäden durch langjährige Freiheitsentziehungen, die für die Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die lebenslange Freiheitsstrafe eine wichtige Rolle spielte[7] und neuerdings wieder verstärkt diskutiert wird (Fiedeler 2003; Hillenkamp 2009, 316; Newcomen 2005). Neuere empirische Untersuchungen über die psychischen und somatischen Auswirkungen langer Freiheitsentziehungen unter den Bedingungen des deutschen Justizvollzugs liegen

[6] Nach den bei Weber (1999, 55 f.) zusammengestellten Angaben lag dieser Anteil in früheren Jahrzehnten teilweise deutlich höher.

[7] BVerfG, Urteil vom 21. Juni 1977 – 1 BvL 14/76 (= BVerfGE 45, 187 <206 ff., 229 ff.>).

nur in sehr beschränktem Umfang vor.[8] Aus der internationalen Forschung ergeben sich einige Anhaltspunkte, dass die Mortalität bei der Verbüßung von Freiheitsstrafen deutlich höher liegen kann als in der Allgemeinbevölkerung.[9] Gegen solche Vergleiche lässt sich einwenden, dass die Gesundheitsrisiken von Inhaftierten aus anderen Gründen höher ausfallen können als im Durchschnitt der Bevölkerung, so dass die Allgemeinbevölkerung keine angemessene Kontrollgruppe darstellt (Dirkzwager et al. 2012).

2.3 Zusammenfassung und Diskussion

Von 204 Strafgefangenen, deren lebenslange Freiheitsstrafe in den Jahren 2011–12 beendet wurde, wurden 129 nach Aussetzung des Strafrestes gem. § 57a StGB in Freiheit entlassen. Dies entsprach in jedem dieser Jahre einem Anteil von mehr als 3 % der jeweils am Stichtag 31. März einsitzenden Gefangenen mit lebenslangen Strafen. Weitere 48 ehemalige Gefangene wurden aus Deutschland ausgewiesen oder sonst ausländischen Behörden überstellt, 23 verstarben im Vollzug, darunter begingen vier Suizid.

Die Hälfte der 2011 aus dem Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe Entlassenen hatte mehr als 16 Jahre und 3 Monate verbüßt, durchschnittlich waren diese Gefangenen rund 19 Jahre im Justizvollzug. Bei den 2012 Entlassenen lagen diese Werte mit 15 Jahren und 7 Monaten (Median) bzw. 18 Jahren und 4 Monaten (arithmetisches Mittel) etwas niedriger. In beiden Berichtsjahren handelte es sich weit überwiegend um Männer im Lebensalter von durchschnittlich 50–53 Jahren, die wegen Tötungsdelikten verurteilt worden waren; zum weitaus größten Teil besaßen sie die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die hier geschilderten Ergebnisse beruhen auf einer nachträglichen Bestimmung von Haftzeiten. Diese Methode bietet den Vorteil, dass nur mit hoher Wahrscheinlichkeit abgeschlossene Vollstreckungsverläufe einbezogen und sich die Werte nicht nachträglich erhöhen werden. Zwar ist nicht ausgeschlossen, dass die Strafaussetzung nach §§ 57a III, 56f StGB widerrufen wird. Über solche Fälle wird auch im Rahmen dieser Erhebung berichtet. Doch zeigt die kriminologische Rückfallforschung, dass solche Widerrufe einer Strafaussetzung nach der Entlassung aus dem Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe nur selten zu erwarten sind. Nach der bundesweiten Legalbewährungsstudie von Jehle et al. (2003,

[8] Bennefeld-Kersten (2009, 142 ff.); Konrad (1994). Zur internationalen Forschung etwa Leigey (2010, 249 ff.) und Zamble (1992).

[9] Das gilt insbesondere bei Gefangenen mit besonders langen Vollzugsaufenthalten und solche in höherem Lebensalter (Freiberg & Biles 1975, 97 und 169; Mumola 2007) und für bestimmte Todesursachen wie z.B. Lungenentzündung (Fazel & Benning 2006). Die in epidemiologischen Studien weitgehend ausgeklammerte Frage, inwieweit es sich dabei um Haftschäden handelt, verlangt einen erheblichen methodischen Aufwand.

59) wurden während eines Beobachtungszeitraums von vier Jahren nach einer Entlassung aus lebenslanger Freiheitsstrafe knapp 21 % der früheren Gefangenen erneut verurteilt; diese Rückfallquote lag noch unter derjenigen bei Geldstrafen. Mehr als die Hälfte der neuen Verurteilungen betraf zudem lediglich Geldstrafen, was einen Widerruf der Strafaussetzung unwahrscheinlich machte. In der neueren bundesweiten Rückfalluntersuchung ergab sich, dass innerhalb von drei Jahren nach der Entlassung 23 % der Gefangenen, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßt hatten, erneut verurteilt wurden, die Mehrheit darunter wiederum lediglich zu einer Geldstrafe (Jehle et al. 2010, 63). Auch die internationale Forschung zeigt, dass Personen, die wegen eines Tötungsdelikts verurteilt und nach einer langen Freiheitsstrafe entlassen werden, nur selten und mit weniger schweren Taten rückfällig werden (Griffin & O'Donnell 2012, 614; Langan & Levin 2002, 61 ff.; Mauer et al. 2004, 23 f.; Neuilly et al. 2011, 163).

Der hier verfolgte Ansatz ermöglicht internationale Vergleiche mit Ländern, welche die Haftdauer bereits in der Vollzugsstatistik auf ähnliche Weise ermitteln oder für die vergleichbare Untersuchungen vorliegen (Kett-Straub 2011, 72). Ein Beispiel ist England und Wales, wo die absoluten Verurteilungs- und Entlassungszahlen höher liegen als in Deutschland; dort ist die mittlere Aufenthaltsdauer von Gefangenen, die nach einer zwingend vorgesehenen lebenslangen Strafe (wegen Mordes) aus dem Vollzug entlassen wurden, längerfristig auf 16 bis 17 Jahre angestiegen (Ministry of Justice 2013a, A.3.5).

Aus Frankreich liegt eine empirische Untersuchung vor, nach der die mittlere Haftdauer aller 151 Gefangenen, die in der Zeit zwischen 1995 und 2004 aus dem Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe (*réclusion criminelle à perpétuité*) oder nach Umwandlung einer zunächst verhängten Todesstrafe (*peine de mort commuée*) entlassen wurden, nach dem Median mehr als 19 Jahre betrug, wobei einer von fünf Verurteilten länger als 22 Jahre in Haft verbracht hatte. Nach einer Stichtagszählung zum 1. Mai 2005 belief sich die durchschnittliche Haftdauer der 562 Gefangenen im Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe auf 15,3 Jahre (Kensey 2005).

Bei solchen Vergleichen ist zu beachten, dass die prozentualen Anteile von Gefangenen mit lebenslangen Strafen in den europäischen Ländern weit auseinander klaffen. Während der Anteil dieser Gefangenengruppe in Deutschland nach der jüngsten europäischen Vergleichsstatistik[10] mit 3,4 % etwas über dem europäischen Mittelwert aller Mitgliedsstaaten des Europarats liegt, für die entsprechende Daten zugänglich sind, erreicht ihr Anteil in Frankreich nicht einmal 1 % der Strafgefangenen. Am unteren Ende des Spektrums stehen

[10] Aebi & Delgrande (2013, 102 ff.). Zusätzliche Daten zu englischsprachigen Ländern außerhalb Europas bei Griffin & O'Donnell (2012, 612).

Länder wie etwa die Niederlande, deren Strafrecht die lebenslange Freiheitsstrafe vorsieht, deren Strafrechtspraxis aber kaum von dieser Sanktion Gebrauch macht. Am oberen Ende liegt Nordirland mit mehr als 18 % Gefangenen, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen. Die Werte, die im Rahmen solcher internationalen Vergleiche betrachtet werden können, hängen selbstverständlich von den Regeln des nationalen Sanktionenrechts ab. So findet sich in Frankreich ein erheblicher Anteil von Gefangenen, die zeitige Freiheitsstrafen von 20 Jahren und mehr verbüßen – eine Sanktionskategorie, die das deutsche Recht überhaupt nicht vorsieht.

Die Fallzahlen der Beendigungen einer lebenslangen Freiheitsstrafe in Deutschland liegen im Verhältnis zu den andauernden Strafverbüßungen relativ niedrig, so dass atypische Einzelfälle ein großes Gewicht erhalten können. Gerade bei besonders langen Strafen und einer zurückhaltenden Beendigungspraxis läuft die Konzentration auf abgeschlossene Vollzugsaufenthalte Gefahr, nur einen kleinen Ausschnitt abzubilden. Die große Menge der aktuell inhaftierten Gefangenen wird nur bei Stichtagszählungen berücksichtigt, wie sie etwa in der Strafvollzugsstatistik üblich sind. Eine solche Stichtagserhebung bezüglich der Haftdauer aller zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Strafgefangenen wird im folgenden Kapitel geschildert.

3 Stichtagserhebung zur lebenslangen Freiheitsstrafe

3.1 Ziel der Erhebung

Die in Kapitel 2 dargestellten Ergebnisse zur Dauer lebenslanger Freiheitsstrafen aufgrund einer retrospektiven Bestimmung der Haftzeiten weisen trotz der relativ einfachen Erhebung und der Möglichkeit der Betrachtung längerer Zeitreihen verschiedene Nachteile auf. Bemängelt wird insbesondere, dass diese Erhebungen „nur über die tatsächlich Entlassenen" informieren; „nicht jeder zu lebenslanger Freiheitsstrafe [Verurteilte] wird indes entlassen" (Heinz 2012, 96). Abgesehen von der Einbeziehung auch der Beendigungsfälle trifft diese Kritik im Kern zu. Die retrospektive Erhebung kann angesichts langjähriger Vollzugsaufenthalte jedes Jahr nur einen kleinen Teil der Vollzugspopulation erfassen. Wer nie entlassen wird, fällt im Extremfall erst mit seinem Tod in die Erhebungsgruppe. Die Anzahl der Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe liegt um ein Vielfaches über der Zahl derjenigen, die in einem beliebigen Jahr entlassen wurden (oben S. 14).

In der Literatur gelegentlich angemahnte (Heinz 2012, 96) statistische Angaben über die bisherige Verbüßungsdauer noch inhaftierter Verurteilter liegen für die lebenslange Freiheitsstrafe bisher nur aus einer eigenen Vorstudie für Hessen (Dessecker 2012) sowie aus der internationalen Forschung vor, etwa aus Frankreich (Kensey 2005) und aus Österreich (Pilgram 1989).

3.2 Erhebungsumfang und Ausfälle

Zum Stichtag 31. März 2012 wurde erstmals eine Stichtagserhebung über die Gefangenen mit lebenslangen Freiheitsstrafen in allen Bundesländern durchgeführt. Die Erhebungstabelle enthielt Angaben über Vollzugsanstalt, Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, (schwerste) Tat, Strafbeginn und (voraussichtliches) Strafende, besondere Schwere der Schuld, Überhaftnotierung, Beginn und Ende vorangegangener Untersuchungshaft, Beginn und Ende dreier Unterbrechungszeiträume sowie ein Feld für zusätzliche Bemer-

kungen, in dem auch weitere Vollstreckungszeiträume eingetragen werden konnten.

In anonymisierter Form erhoben wurden Vollzugsdaten über rund 1.900 Strafgefangene, die zum Stichtag in 90 Vollzugsanstalten einsaßen. Der Vergleich mit der auf denselben Stichtag bezogenen Strafvollzugsstatistik (Tabelle 4) zeigt, dass die Erhebung annähernd vollständig ausgefallen ist. Lediglich in Hessen kam es zu quantitativ bedeutsamen Ausfällen, da sich nicht alle Vollzugsanstalten, in denen Gefangene mit lebenslanger Freiheitsstrafe einsaßen, an der Erhebung beteiligten.

Soweit die veröffentlichen Tabellen der Strafvollzugsstatistik einen Vergleich soziodemografischer Merkmale mit der eigenen Erhebung gestatten, kann letztere als annähernd repräsentativ für Deutschland gelten. Die Altersverteilung der Erhebungsgruppe entsprach weitgehend der Verteilung der Grundgesamtheit, wobei sich Ausfälle eher in den jüngeren Altersgruppen konzentrierten. Der Frauenanteil lag in der Erhebungsgruppe geringfügig unter dem Wert der Strafvollzugsstatistik.

3.3 Soziodemografische und strafrechtliche Daten

Die betroffenen Gefangenen waren zum Stichtag 31. März 2012 zwischen 22 und 91 Jahre alt; jeder zweite von ihnen war älter als 47 Jahre. Unter ihnen befanden sich 92 Frauen (4,8 %) und 421 ausländische Staatsangehörige (22,1 %).

Als schwerste Anlasstat wurden in fast allen Fällen Tötungsdelikte angegeben. Dabei handelte es sich erwartungsgemäß – bezogen auf alle Verurteilten – zu 96 % um Mord (§ 211 StGB); hinzu kamen immerhin 44 Gefangene, die nach § 112 StGB der DDR verurteilt worden waren. Weitere 23 Gefangene verbüßten eine lebenslange Strafe wegen Totschlags in einem besonders schweren Fall (§ 212 II StGB). Eine besondere Schwere der Schuld (§ 57a I 1 Nr. 2 StGB) wurde in 29 % der Fälle angenommen.

Der Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe begann zwischen 1963 und einem Datum unmittelbar vor dem Stichtag. Lediglich 7 % der Verurteilten saßen nicht vor Beginn der Strafvollstreckung in Untersuchungshaft ein. Bei mehr als 11 % der Verurteilten wurde der Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe mindestens einmal unterbrochen. Weitere freiheitsentziehenden Sanktionen, die Einfluss auf den Vollstreckungsverlauf haben können (§ 454b StPO), waren in rund 18 % der Fälle notiert. Die große Mehrzahl dieser Sanktionen waren zeitige Freiheitsstrafen, doch handelte es sich in immerhin 4,6 % aller Fälle um eine Unterbringung in der Sicherungsverwahrung. Offenbar hat die Zulassung der Kombination beider unbefristeten freiheitsentziehenden Sanktionen durch die Rechtsprechung und den Gesetzgeber (Kett-Straub 2011, 313 ff.) dazu geführt, dass diese von den Ge-

Tabelle 4: Erhebungsgruppe im Vergleich zur Grundgesamtheit

	Stichtagserhebung	Strafvollzugsstatistik*
Deutschland	1.901	2.031
Baden-Württemberg	251	252
Bayern	279	274
Berlin	110	114
Brandenburg	70	71
Bremen	1	1
Hamburg	49	57
Hessen	112	195
Mecklenburg-Vorpommern	33	34
Niedersachsen	191	205
Nordrhein-Westfalen	438	452
Rheinland-Pfalz	114	116
Saarland	30	31
Sachsen	91	93
Sachsen-Anhalt	61	62
Schleswig-Holstein	35	36
Thüringen	36	38
Altersgruppen (Jahre)**		
21 – 25	3	9
25 – 30	62	81
30 – 35	155	182
35 – 40	255	265
40 – 45	322	341
45 – 50	336	364
50 – 55	284	312
55 – 60	205	203
60 – 65	134	132
65 – 70	61	81
70 und mehr	65	61
Geschlecht (Anteil Frauen)	4,8 %	5,4 %

* Statistisches Bundesamt (2012b)

** 1 fehlender Wert

richten tatsächlich in einigen Fällen praktiziert wird.[1] Mindestens eine Haftunterbrechung wurde für knapp 12 % der Verurteilten registriert.

3.4 Bisherige Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe

Bei der Berechnung der bis zum Stichtag verstrichenen Haftzeit wurde der Zeitraum zwischen Strafbeginn und Stichtag um die gesamte Dauer der Untersuchungshaft und sonstige Anrechnungszeiten erhöht, während alle Unterbrechungen subtrahiert wurden. Die auf diese Weise berechnete bisherige Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe zum Stichtag belief sich auf mindestens 94 Tage (also etwa 3 Monate) und im Höchstfall auf 47 Jahre und wenige Wochen. Ein Viertel der Gefangenen war zum Stichtag höchstens 6 Jahre in Haft, die Hälfte jedoch mehr als 10 Jahre und 7 Monate, und jeder vierte Gefangene hatte bereits eine Vollzugsdauer von mehr als 15 Jahren und 3 Monaten hinter sich gebracht. Diese Verteilung wird in Abbildung 5 grafisch dargestellt.

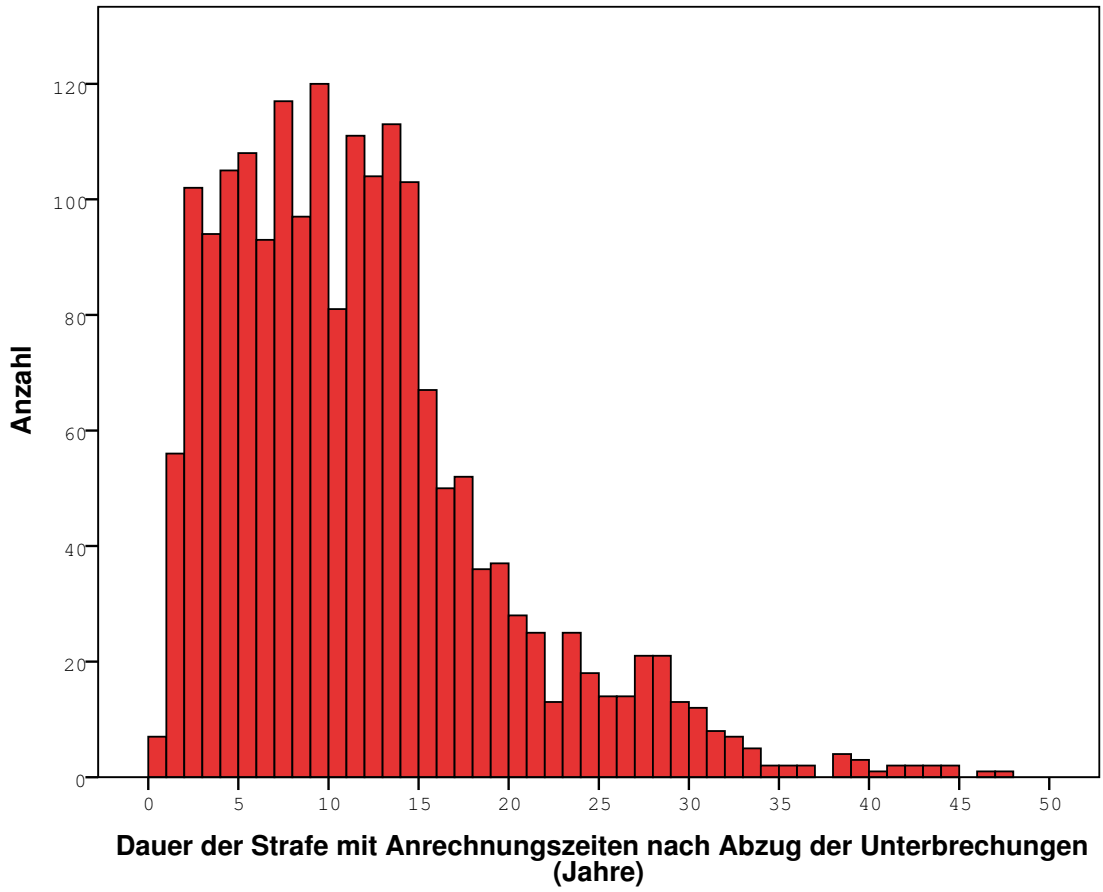
Im Verlauf nimmt die erreichte Strafdauer bis zu einem Wert von 3 Jahren rapide zu, weil die meisten Gefangenen, deren Verurteilung erst vor kurzer Zeit rechtskräftig geworden ist, während des Strafverfahrens bereits längere Zeit in der Untersuchungshaft verbracht haben. Jeder zweite Verurteilte, bei dem eine solche Anrechnungszeit berücksichtigt wurde, hatte mehr als 15 Monate Untersuchungshaft hinter sich.

Nach dem Wert von 15 Jahren Haftdauer geht die Verteilungskurve in einem ι-förmigen Verlauf zurück. Das reflektiert die gesetzliche Mindestverbüßungsdauer des § 57a I Nr. 1 StGB. Ihren Höhepunkt erreicht die Verteilung der Strafdauer aber schon bei einem Wert von rund 10 Jahren – danach ist in der grafischen Darstellung ein deutlicher Einschnitt zu erkennen.

Dies könnte darauf hindeuten, dass nach etwa 10 Jahren Verbüßungszeit bei einigen ausländischen Gefangenen im Hinblick auf aufenthaltsrechtliche Maßnahmen von der weiteren Vollstreckung der Strafe abgesehen wird (§ 456a StPO). Entsprechende Hinweise ergeben sich aus der retrospektiven Erhebung (oben S. 20). In der Tat lag die mittlere erreichte Haftdauer der ausländischen Gefangenen in der Stichtagserhebung nach dem Median bei knapp 9 Jahren, die der deutschen dagegen bei 11 ¼ Jahren. Betrachtet man die von den Gefangenen bis zum Stichtag erreichte Haftdauer unter dem Gesichtspunkt ihrer Staatsangehörigkeit, so ergeben sich deutlich voneinander abweichende Verteilun-

[1] Nach der Erhebung von Ansorge (2013, 44) gab es am 31. März 2012 sogar 94 Strafgefangene mit lebenslanger Freiheitsstrafe, gegen die zugleich die Sicherungsverwahrung angeordnet oder vorbehalten worden war.

Abbildung 5: Verteilung der bis zum Stichtag tatsächlich erreichten Strafdauer



gen: während die der deutschen Gefangenen mit Ausnahme des starken Einschnitts nach dem Wert von 10 Jahren der in Abbildung 5 gezeigten Gesamtverteilung ähnelt, zeigt die der ausländischen Gefangenen eine stärkere Konzentration bei kürzeren Haftdauern. Rund 90 % der ausländischen Gefangenen blicken auf eine erreichte Haftdauer von bis zu 16 Jahren zurück, und nur beim restlichen Zehntel liegt die Haftdauer über diesem Wert; bei den deutschen Staatsangehörigen der Erhebungsgruppe wird die 90 %-Grenze erst bei einer Haftdauer von 24 Jahren erreicht, und das letzte Zehntel hat noch längere Haftzeiten zurückgelegt. Die Haftdauer ausländischer Gefangener fällt signifikant kürzer aus als die der deutschen Staatsangehörigen.[2]

Weitere Auswertungen zeigen, dass sich die Strafdauer bei männlichen und weiblichen Gefangenen unterscheidet und die Feststellung einer besonderen Schwere der Schuld die

[2] Rangsummentest nach Wilcoxon, $p < 0{,}01$.

zum Stichtag gemessene Haftzeit erhöht.[3] Während die Hälfte der Männer länger als 10 Jahre und 10 Monate in Haft war, erreichte der Median bei den Frauen nur einen Wert von rund 9 ½ Jahren. Wurde eine besondere Schwere der Schuld festgestellt, so betrug die mit dem Median gemessene mittlere Haftdauer fast 14 Jahre; in den „Normalfällen" der lebenslangen Freiheitsstrafe ohne besondere Schwere der Schuld lag der Median dagegen bei 9 ½ Jahren.

Aufgrund der bundesweiten Erhebung können die Verteilungen in den meisten Bundesländern betrachtet werden (Tabelle 5).

Tabelle 5: Verteilung der bis zum Stichtag tatsächlich erreichten Strafdauer (Jahre) nach Ländern*

Land	N	Median	Minimum	Maximum
Baden-Württemberg	251	9,96	1,12	47,07
Bayern	279	9,09	1,52	46,86
Berlin	110	12,55	1,27	43,14
Brandenburg	70	14,60	0,42	39,72
Hamburg	49	11,57	1,53	27,05
Mecklenburg-Vorpommern	33	11,53	1,43	31,93
Niedersachsen	191	9,93	0,83	31,14
Nordrhein-Westfalen	438	11,11	0,39	44,11
Rheinland-Pfalz	114	12,78	1,82	41,80
Saarland	30	9,18	1,33	42,96
Sachsen	91	11,73	0,26	30,10
Sachsen-Anhalt	61	10,08	1,06	31,42
Schleswig-Holstein	35	5,53	0,99	16,31
Thüringen	36	9,68	0,73	25,60
Deutschland	1.901	10,59	0,26	47,07

* ohne Bremen und Hessen

Mit Ausnahme von Bremen, wo regelmäßig keine lebenslangen Freiheitsstrafen vollzogen werden und daher zum Stichtag nur Daten über einen einzigen Gefangenen vorlagen, beträgt die Anzahl der Gefangenen in den Ländern mindestens 30. Die beiden letzten Spalten der Tabelle, die über die niedrigsten und höchsten Haftdauern in einem Land Auskunft geben, zeigen die jeweilige Spannweite der erreichten Haftdauer, sind aber notwendig stark von Einzelfällen geprägt. Wesentlich robuster gegenüber den Einflüssen dieser Extreme sind die länderspezifischen Medianwerte der erreichten Strafdauer. Dabei weist

[3] Rangsummentest nach Wilcoxon, $p < 0{,}01$.

jeweils die Hälfte der Länder Medianwerte auf, die über bzw. unter dem bundesweit ermittelten Wert liegen. Solche regionalen Unterschiede sind nicht ungewöhnlich. Sie sind bei der Verhängung und Vollstreckung kriminalrechtlicher Sanktionen erfahrungsgemäß zu erwarten, zumal in einem Justizsystem, das föderal organisiert ist.[4] Die aufgrund der begrenzten Erhebung vorhandenen Daten gestatten allerdings keine weiteren Auswertungen, die beispielsweise der Frage nach Auswirkungen regional unterschiedlicher Sanktionierungsstile nachgehen könnten.

3.5 Weitere Forschungsansätze

Während die rückwirkenden Erhebungen zur lebenslangen Freiheitsstrafe sich auf die Abgänge aus dem Justizvollzug konzentrieren, liefert die Stichtagserhebung einen aktuellen Querschnitt der Vollzugspopulation. Das bedeutet zugleich, dass auch bei der Stichtagserhebung lediglich retrospektiv untersucht werden kann, welche Haftzeiten bis zum Messzeitpunkt aufgelaufen sind. Und die Stichtagserhebung fasst eine Erhebungsgruppe von Gefangenen zusammen, deren Strafverbüßung zu unterschiedlichen Zeiten begonnen hat und deren Strafantritt in Fällen besonders langer Haftdauer bereits mehrere Jahrzehnte zurückliegen kann.

Dieser Einschränkung könnte man begegnen, indem eine Gruppe von Verurteilten prospektiv untersucht wird, die ihre Strafen gemeinsam in einem begrenzten Zeitraum, etwa innerhalb eines Jahres, angetreten haben (Heinz 2013, 326 Fn. 15). Auf diese Weise könnte man im Längsschnitt betrachten, wie sich die Strafpraxis einer bestimmten historischen Periode in den folgenden Jahren im Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe auswirkt und wie der Anteil der im Justizvollzug verbleibenden Gefangenen über die Zeit zurückgeht. Eine solche Untersuchung einer Verurteiltenkohorte würde allerdings den gravierenden Nachteil aufweisen, dass sie nicht nur sehr aufwendig wäre, sondern auch über Jahrzehnte ausgedehnt werden müsste, bis aussagekräftige Ergebnisse vorliegen. Es verwundert nicht, dass solche Untersuchungen in der Kriminologie nur selten durchgeführt werden und sich üblicherweise nicht in erster Linie mit Fragen der Sanktionspraxis beschäftigen.

Eine weniger aufwendige Alternative besteht in der Heranziehung von Prognoseverfahren, die bei aller Unsicherheit gewisse Schlüsse auf zukünftige Entwicklungen zulassen. Es ist klar, dass die zum Stichtag erfassten Gefangene sich weiterhin im Justizvollzug be-

[4] Einige Beispiele liefern Drenkhahn (2013), Langer (1994) und Schott et al. (2004).

finden werden. Von wenigen Ausnahmen[5] abgesehen, ist jedoch unbestimmt, wie lange diese noch hinzukommende Verbüßungszeit dauern wird. Prognosen der Vollzugsdauer unterscheiden sich von umfassenderen Bemühungen, die Entwicklung der Gesamtzahl aller Gefangenen im Justizvollzug eines Landes aufgrund von Zeitreihen amtlicher Statistiken vorherzusagen. Gefangene, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen, erscheinen in solchen Untersuchungen allenfalls als Teilgruppe einer umfassenderen Population von Gefangenen mit „langfristigen" Strafen (Metz 2013, 416 ff.).

Eine Möglichkeit liegt in Aussagen über die voraussichtliche Dauer der Strafverbüßung von Gefangenen, die aktuell in den Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe gelangen – ähnlich wie nach den routinemäßigen Berechnungen der Bevölkerungsstatistik zur Lebenserwartung Neugeborener. Es ist kein Zufall, dass verschiedenen methodologischen Vorschlägen ihre Herkunft aus der Bevölkerungsforschung anzumerken ist, also aus einer Disziplin, die sich typischerweise mit weit umfangreicheren Populationen beschäftigt als die empirische Sanktionsforschung. Für solche Prognosen der Vollzugsdauer kommen verschiedene methodologische Zugänge in Betracht, die im Rahmen der Vorstudie diskutiert wurden (Dessecker 2012, 88). Aufgrund der mittlerweile vorliegenden Daten zur Vollzugsdauer lebenslanger Freiheitsstrafen können solche Verfahren erprobt werden. Dabei wird sogleich deutlich, dass auch diese Methoden ihre Grenzen haben.

Vorgeschlagen worden ist etwa die Beendigungsrate, mit der die Anzahl der Beendigungen des Vollzugsaufenthalts in einem bestimmten Jahr auf die in diesem Zeitraum vorhandene Vollzugspopulation bezogen wird. In der einfachsten Form wird ein schlichter Quotient berechnet:

$$z = \frac{y}{x_r} ;$$

dabei steht y für die Vollzugspopulation in einem Bezugsjahr und x_r für die Anzahl der Beendigungen des Vollzugs in diesem Jahr (Butts & Adams 2001, 12 f.; Mauer et al. 2004, 34). Konkretisiert man die Vollzugspopulation als die Stichtagsbelegung der Strafvollzugsstatistik zum 31. März und bezieht sie auf alle Beendigungen des Vollzugs einer lebenslangen Freiheitsstrafe, lassen sich anhand der vorliegenden Daten Werte der zu erwartenden Vollzugsdauer für Deutschland insgesamt sowie für Bundesländer mit einer hinreichend großen Anzahl von Beendigungen ermitteln.

Diese einfache Formel berücksichtigt nur zwei von einer Vielzahl theoretisch möglicher Einflussfaktoren; dabei ist die aktuelle Entlassungspraxis stärker durch die Besonderheiten

[5] Ein konkreter Termin für das Strafende innerhalb weniger Wochen oder Monate nach dem Stichtag wurde nur für wenige Gefangene angegeben.

von Einzelfällen geprägt als die Population aller Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe. Zudem wird damit implizit angenommen, dass die Gesamtzahl der Gefangenen mit lebenslangen Strafen sich über die Zeit nicht verändert, was offensichtlich nicht zutrifft. Für eine nicht stabile Vollzugspopulation wird in der Literatur eine Wachstumskorrektur empfohlen, die zu einer komplexeren Gleichung führt.[6]

Tabelle 6 enthält Schätzungen für drei große Bundesländer, die im Basisjahr 2012 jeweils 16 Beendigungsfälle aufwiesen, sowie für Deutschland. In der zweiten Spalte ist die Beendigungsrate aufgeführt, die auf die Population der Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe bezogen wurde. Die in der dritten Spalte herangezogene Wachstumsrate bezieht sich auf die Veränderung dieser Population im Vergleich zum Vorjahr 2011, für das die in der Strafvollzugsstatistik veröffentlichten Daten der Länder herangezogen wurden. Spalte 4 zeigt die Mittelwerte der Aufenthaltsdauer für die im Basisjahr 2012 beendeten Vollzugsaufenthalte. Die mittlere Aufenthaltsdauer der stabilen Population (Spalte 5) wurde in der Stichtagserhebung festgestellt.

In der letzten Spalte der Tabelle werden die ermittelten Schätzungen der Vollzugsdauer aufgeführt. Es überrascht nicht, dass die auf diese Weise ermittelten Prognosen der Aufenthaltsdauer deutlich höhere Werte aufweisen als die im Rahmen der Stichtagserhebung ermittelten Medianwerte; diese liefern ja nicht mehr als eine Momentaufnahme zu einem Zeitpunkt, da der Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe noch für einen unbestimmt langen Zeitraum andauern wird.

Vergleicht man die Prognosen mit Erfahrungswerten zur Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe in den letzten Jahren, so zeigen sich teilweise Übereinstimmungen, teilweise auch deutliche Abweichungen. Wie sich zeigt, ergeben sich für Deutschland auf diese Weise Voraussagen einer Vollzugsdauer von mehr als 20 Jahren. Erwartungsgemäß überschreiten diese Werte die langjährigen Mittelwerte für die Vollzugsdauer entlassener Gefangener, denn sie beziehen sich auch auf die Untergruppe, die nicht entlassen wird.

Konzentriert man sich auf einzelne Bundesländer, wächst der Grad der Unsicherheit, weil bereits eine leichte Veränderung der Beendigungszahlen die vorhergesagten Werte stark beeinflussen kann. Dass hierbei regionale Unterschiede hervortreten, ist zu erwarten. Der vergleichsweise hohe Prognosewert für das Land Nordrhein-Westfalen kommt

[6] Die von Patterson & Preston (2008, 38 ff.) vorgeschlagene Gleichung lautet $e_0^0 \approx \frac{1}{d\left[e^{-r(A_D - A_P)}\right]}$. Dabei steht die Größe d für die Beendigungsrate der stabilen Population, r für deren Wachstumsrate innerhalb eines Jahres, A_D für die mittlere Dauer der in einem bestimmten Jahr beendeten Vollzugsaufenthalte und A_P für die mittlere Aufenthaltsdauer der stabilen Population. Die Beendigungsrate d ist definiert durch den Quotienten aus der Anzahl der in einem Jahr beendeten Vollzugsaufenthalte und der Anzahl der „Personenjahre" (Preston et al. 2001, 5 ff.) innerhalb dieses Zeitraums.

Tabelle 6: Schätzwerte zur Dauer lebenslanger Freiheitsstrafen in Deutschland nach Wachstums- und Beendigungsraten (Basisjahr 2012)

(1) Land	(2) Beendigungsrate d	(3) Wachstumsrate r	(4) mittlere Dauer A_D (Jahre)	(5) mittlere Dauer A_P (Jahre)	(6) e_0^0 (Jahre)
Baden-Württemberg*	0,06375	$-0,03089$	16,43	11,61	18,20
Bayern*	0,05735	0	19,93	11,39	17,44
Nordrhein-Westfalen*	0,03653	$-0,04158$	17,58	12,28	34,13
Deutschland**	0,04874	$-0,00830$	17,16	11,82	21,45
Deutschland (ohne Hessen)**	0,04684	$-0,00971$	17,73	11,97	22,58

* Angaben zur Population 2012 nach der Stichtagserhebung (Tabelle 4)
** Angaben zur Population 2012 nach der Strafvollzugsstatistik

dadurch zustande, dass dort im Jahr 2012 aus einer umfangreichen Population von Gefangenen mit lebenslangen Freiheitsstrafen nur ein relativ kleiner Anteil den Vollzugsaufenthalt beenden konnte; für ein anderes Basisjahr würde sich etwas anderes ergeben. In diesem Bundesland weisen die Beendigungen lebenslanger Freiheitsstrafen in den letzten zehn Jahren stärkere Schwankungen auf als anderswo.[7]

Die ermittelten Prognosewerte erscheinen trotz solcher Einschränkungen im Vergleich mit den empirischen Aufenthaltsdauern aus den retrospektiven Erhebungen des letzten Jahrzehnts insgesamt nicht unplausibel. Gleichwohl zieht dieses Prognoseverfahren allein solche Merkmalsbereiche heran, die unmittelbar mit der Entwicklung der entsprechenden Vollzugspopulation in der Vergangenheit verbunden sind. Die Forschung zur Entwicklung von Vollzugspopulationen auf der Grundlage von Zeitreihenanalysen zeigt andererseits, dass diese zu einem guten Teil durch Einflussfaktoren wie die Entwicklung der Tatverdächtigen, der ausländischen Bevölkerung oder der Arbeitslosigkeit erklärt werden kann (Metz 2013, 415 ff.; Sohn 2013, 765 ff.) – Variablen, die hier nicht berücksichtigt wurden, obwohl sie möglicherweise von Bedeutung sind. Anders als bei einer Zeitreihenanalyse wird auch nicht die längerfristige historische Entwicklung einbezogen, sondern lediglich die kurzfristige Veränderung innerhalb eines Jahres. Daher können die hier vorgelegten Prognosen zur Vollzugsdauer der lebenslangen Freiheitsstrafe nicht mehr liefern als einen ersten Ansatz, dessen Verlässlichkeit und Gültigkeit erst die weitere Forschung wird zeigen können.

3.6 Zusammenfassung

Die hier vorgelegten Auswertungen der bundesweit erhobenen Stichtagsdaten über Strafgefangene mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe, die sich noch im Strafvollzug befinden, bestätigen die Vermutung, dass ihre mittlere Aufenthaltsdauer deutlich geringer ausfällt als diejenige ehemaliger Gefangener, deren Vollzugsdauer nach der Beendigung des Vollzugsaufenthalts festgestellt wird. Auf der anderen Seite ergeben alle verfügbaren statistischen Prognoseverfahren zur voraussichtlichen Aufenthaltsdauer von Gefangenen, deren Vollzugsaufenthalt erst begonnen hat, erheblich höhere Schätzwerte.

[7] Eine gewisse Verbreiterung der Prognosegrundlage könnte dadurch erreicht werden, dass man nicht von einem einzelnen Bezugsjahr, sondern von einem Durchschnittswert mehrerer Jahre ausgeht. Allerdings würde dies nach der Logik des herangezogenen Schätzverfahrens voraussetzen, dass entsprechende Stichtagsdaten regelmäßig gemessen würden, was nicht der Fall ist.

4 Rückwirkende Erhebungen zur Sicherungsverwahrung

4.1 Überblick

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Länderumfrage über Sicherungsverwahrte dargestellt, bei denen die Maßregel im Jahr 2011 beendet wurde („ehemalige Sicherungsverwahrte").[1] Im Berichtsjahr 2011 wurde der Vollzug der Sicherungsverwahrung bei 129 Personen beendet („ehemalige Sicherungsverwahrte"). Diese Gruppe umfasste neben den aus der Sicherungsverwahrung Entlassenen auch solche Personen, die in den Vollzug einer anderen Maßregel überwiesen wurden oder im Vollzug verstorben sind.

Die Teilgruppe der 114 im Jahr 2011 aus der Sicherungsverwahrung Entlassenen besteht ausschließlich aus den Personen, bei denen entweder die weitere Unterbringung gemäß § 67d II StGB zur Bewährung ausgesetzt oder die Maßregel nach § 67d III StGB oder aufgrund der für „Altfälle" geltenden Übergangsvorschrift des Art. 316e III EGStGB erledigt wurde („entlassene Sicherungsverwahrte").

4.1.1 Ende der Sicherungsverwahrung und Entlassung

Vergleichsdaten über die im Jahr 2011 im Vollzug der Sicherungsverwahrung einsitzenden Personen können der amtlichen Strafvollzugsstatistik entnommen werden, die zum Stichtag 31. März 2011 bundesweit 504 Sicherungsverwahrte verzeichnete, unter denen sich lediglich drei Frauen befanden (Statistisches Bundesamt 2012b, 12). Unterstellt man – teilweise entgegen den empirischen Erkenntnissen (unten S. 45 f.) – eine mindestens einjährige Verweildauer im Vollzug der Sicherungsverwahrung, so lässt sich angeben, dass im Jahr 2011 der Vollzug der Maßregel bei annähernd einem Viertel der Sicherungsverwahrten beendet wurde.

Für die Untersuchungsfrage „Wie lang dauert die Sicherungsverwahrung?" ist vor allem die etwas kleinere Teilgruppe der 114 Verurteilten relevant, die nach Aussetzung oder Er-

[1] Diese Daten wurden für das Jahr 2012 im Hinblick auf die parallele Untersuchung von Ansorge (2013) nicht mehr erhoben.

ledigung der Maßregel in Freiheit entlassen wurden. Bezogen auf die am 31. März 2011 einsitzenden 504 Sicherungsverwahrten, wurden – wieder abgesehen von den unterschiedlichen Erhebungszeiträumen – 22,6 % entlassen.

Die Annahme einer Entlassung „in Freiheit" setzt selbstverständlich voraus, dass sich diese früheren Sicherungsverwahrten frei bewegen können. Daten zu ihrem Aufenthalt und ihren Wohnverhältnissen wurden in der vorliegenden Umfrage nicht erhoben. Das Gesetz sieht vor, dass im Anschluss an freiheitsentziehende Maßregeln Führungsaufsicht eintritt, und zwar auch bei Entlassungen mit eher günstiger Legalprognose (§ 67d II 3 StGB). Gerade bei entlassenen Sicherungsverwahrten wird diese in letzter Zeit verstärkt mit polizeilichen Überwachungsmaßnahmen verbunden (Asprion 2012, 106 ff.; Dessecker 2011b; Popp 2011). Zudem erfolgen Entlassungen zunehmend in betreute Wohnformen, also etwa in Wohn- oder Pflegeheime (Ansorge 2013, 43).

4.1.2 Geschlecht und Nationalität

Bei den 129 ehemaligen Sicherungsverwahrten dieser Erhebung handelte es sich – angesichts der Zusammensetzung der Grundgesamtheit erwartbar – vermutlich ohne Ausnahme um Männer (Tabelle A.27).[2] Während sich im Vollzug der Sicherungsverwahrung im Frühjahr 2011 lediglich 16 Ausländer befanden (3,2 % der Untergebrachten; Statistisches Bundesamt 2011, 15), besaßen vier der in diesem Jahr erfassten ehemaligen Sicherungsverwahrten eine ausländische Staatsangehörigkeit.

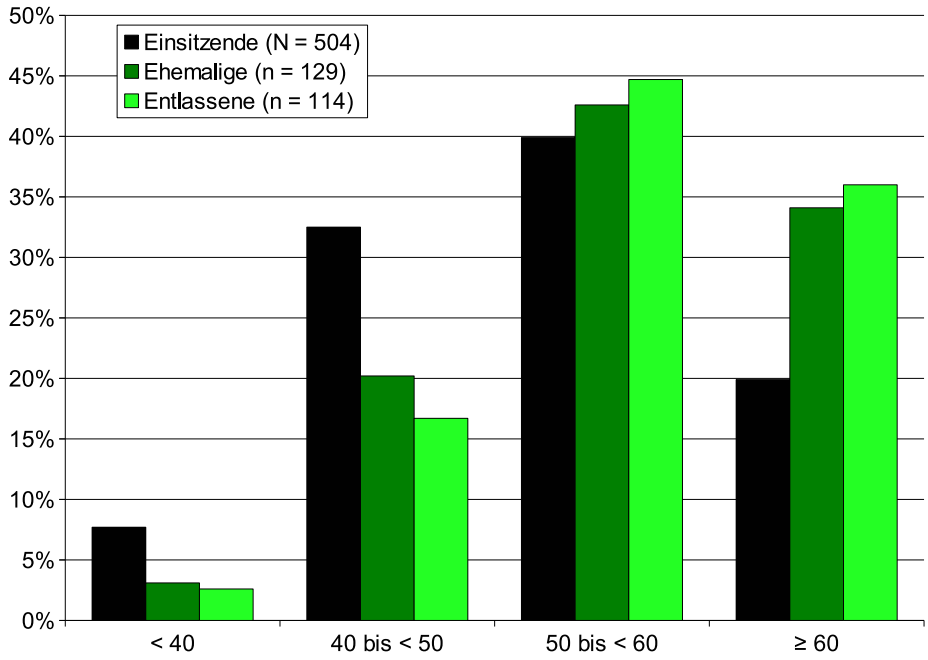
4.1.3 Alter

Die ehemaligen Sicherungsverwahrten verteilten sich nach ihrem Lebensalter hauptsächlich auf die Altersgruppen zwischen 40 und unter 70 Jahren; vier Personen waren unter 40 Jahre alt, jedoch 15 älter als 70 Jahre (Tabelle A.28). Das mittlere Lebensalter der ehemaligen Sicherungsverwahrten lag bei 56 Jahren. In der Strafvollzugsstatistik werden die Altersangaben etwas weniger differenziert dargestellt, sie weisen aber auf ein niedrigeres Durchschnittsalter der Vollzugspopulation hin. Im März 2011 waren danach 33 % der Sicherungsverwahrten 40 bis 49 Jahre alt, 40 % standen im Alter von 50 bis 59 Jahren, und 20 % waren noch älter (Statistisches Bundesamt 2011, 14).

Diese Altersverteilungen veranschaulicht Abbildung 6, die sich an den Altersintervallen der amtlichen Statistik orientiert. Während bei den zum Stichtag im Vollzug der Sicherungsverwahrung Untergebrachten die mittleren Altersgruppen deutlich stärker besetzt

[2] In einem Fall wurde keine Geschlechtsangabe mitgeteilt.

Abbildung 6: Altersverteilungen bei der Sicherungsverwahrung (2011)



sind als die der Gefangenen unter 40 und ab 60 Jahren, ergibt sich bei den ehemaligen Sicherungsverwahrten, die im Berichtsjahr 2011 gemeldet wurden, eine Verschiebung nach rechts: die Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren ist zwar ebenso bedeutsam wie bei den noch Untergebrachten, doch liegt der Anteil der Altersgruppe ab 60 Jahren bei den ehemaligen Sicherungsverwahrten fast doppelt so hoch wie bei den aktuell Untergebrachten. Die Teilgruppe der aus der Sicherungsverwahrung Entlassenen weicht kaum von den ehemaligen Sicherungsverwahrten insgesamt ab.

Während sich in früheren Jahren dieser Erhebung Hinweise darauf ergeben hatten, dass die Chance auf Entlassung in Freiheit mit zunehmendem Lebensalter wächst, zeigen die vorliegenden Daten für das Berichtsjahr 2011 ein abweichendes Muster. In diesem Jahr wurde die Sicherungsverwahrung verstärkt auch bei Untergebrachten jüngerer Altersgruppen beendet.

Der vergleichende Blick auf die Altersverteilung der entlassenen Sicherungsverwahrten im zeitlichen Längsschnitt seit dem Jahr 2002 zeigt allerdings, dass der für das Berichtsjahr 2011 ermittelte Altersdurchschnitt von über 57 Jahren keineswegs aus dem Rahmen

fällt. Während der gesamten Erhebungsreihe lag dieser in sechs Erhebungsjahren über 58 Jahren, in drei Jahren blieb er dagegen sogar im Bereich unter 56 Jahren (Tabelle A.29).

4.1.4 Rechtsgrundlage der Anordnung und maßgebliche Straftaten

Die Beendigungsfälle bezogen sich erwartungsgemäß fast ausschließlich auf die traditionelle Form der Sicherungsverwahrung (§ 66 StGB). In immerhin vier Fällen handelte es sich jedoch um eine nachträgliche Sicherungsverwahrung (§ 66b StGB).

Von den Straftaten der ehemaligen Sicherungsverwahrten, die für die Anordnung der Sanktion maßgeblich waren, entfiel die Hälfte auch im Berichtsjahr 2011 auf schwere Sexual- und Gewaltdelikte. Dabei handelte es sich zu 23 % um sexuelle Gewaltdelikte, zu 18 % um Raubdelikte und zu 10 % um Tötungsdelikte (Tabelle A.30). Allerdings war diese Dominanz weniger ausgeprägt als in den Vorjahren. Vielmehr bildeten gewaltlose Eigentumsdelikte die Einzelkategorie, die mit dem größten Anteil vertreten war, und zwar sowohl bei der umfassenderen Gruppe der ehemaligen (29 %) wie auch bei den in Freiheit entlassenen Sicherungsverwahrten (32 %).

Die Strafvollzugsstatistik für die im März 2011 untergebrachten Sicherungsverwahrten zeigt ein anderes Bild: danach lag der Maßregel in über der Hälfte der Fälle (54,6 %) eine Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung zugrunde, wobei es sich am häufigsten um sexuelle Gewaltdelikte wie sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung (§ 177 StGB) handelte. An zweiter Stelle folgten mit großem Abstand Raub- und Erpressungsdelikte (20 %), darunter vor allem schwerer Raub (§ 250 StGB), räuberische Erpressung und räuberischer Diebstahl (§§ 252, 255 StGB). Dagegen wurde die Sicherungsverwahrung nur noch in 1,4 % der Fälle anlässlich von Diebstahlsdelikten verbüßt (Statistisches Bundesamt 2011, 23 ff.).

Die Jahresvergleiche bezüglich der maßgeblichen Straftat der ehemaligen und entlassenen Sicherungsverwahrten lassen für den Zeitraum zwischen 2002 und 2011 keine linearen Entwicklungen bestimmter Deliktsgruppen erkennen (Tabellen A.31 und A.32). Die Spalten der häufiger genannten Delikte machen vielmehr deutlich, dass sprunghafte Veränderungen von einem Erhebungsjahr zum nächsten nicht ausgeschlossen sind. Angesichts der niedrigen absoluten Zahlen in den Vorjahren sollten daraus keine weiteren Schlüsse gezogen werden. Das Berichtsjahr 2011 fällt eher durch die hohen Beendigungszahlen auf als aufgrund einer besonderen Deliktsstruktur.

4.1.5 Zur Möglichkeit von Vergleichen nach Bundesländern

Für das Berichtsjahr 2011 wurde aus zwölf Bundesländern mindestens eine Person mit Sicherungsverwahrung gemeldet, deren Unterbringung beendet wurde (Tabelle A.33). Das hängt damit zusammen, dass sich diese Vollzugspopulation wegen des Trennungsgrundsatzes,[3] aber auch wegen der verzögerten Einführung der Maßregel in Ostdeutschland[4] regional sehr ungleich verteilt. In den östlichen Bundesländern ohne Berlin waren im Frühjahr 2011 lediglich 33 Personen in Sicherungsverwahrung. Auch hier gilt, dass die geringen Fallzahlen keine weiteren Interpretationen zulassen. Ob eine geplante Beendigung der Sicherungsverwahrung gerade in das Berichtsjahr fällt, hängt von Zufällen ab.

4.2 Dauer und Gründe der Beendigung

4.2.1 Sicherungsverwahrung und vorangehende Freiheitsstrafe

Angaben zur Vollzugsdauer der Sicherungsverwahrung sind aufgrund der von den Landesjustizverwaltungen übersandten Erhebungsbogen für alle 129 Sicherungsverwahrten möglich, deren Unterbringung im Kalenderjahr 2011 beendet wurde. Misst man die Dauer der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung in Zeitintervallen, so verbrachte mit 46 % fast die Hälfte der ehemaligen Sicherungsverwahrten weniger als 5 Jahre im Vollzug dieser Maßregel, und bei weiteren 20 % waren es 5 bis unter 10 Jahre (Tabelle A.34). Die Hälfte der ehemaligen Sicherungsverwahrten des Berichtsjahrs 2011 war länger als 5 Jahre und 4 Monate in der Sicherungsverwahrung. Dabei streuten die ermittelten Werte der Aufenthaltsdauer in der Sicherungsverwahrung sehr breit; die kürzeste gemeldete Unterbringung dauerte eine knappe Woche, bis eine Aussetzung zur Bewährung gem. § 67c I 2 StGB a.F. erfolgte, die längste fast 21 Jahre. Die Teilgruppe der 114 in Freiheit entlassenen Sicherungsverwahrten war im Mittel einige Monate länger im Vollzug als die Gesamtgruppe aller Personen, deren Sicherungsverwahrung 2011 beendet wurde. Die Hälfte der Entlassenen hatte mehr als 6 Jahre und 3 Monate in der Sicherungsverwahrung verbracht.

Eine früher erfolgte Aussetzung der Sicherungsverwahrung wurde in vier Fällen widerrufen (§ 67g StGB). Bei dreien dieser Verurteilten wurde die Vollstreckung der Maßregel

[3] Dieser beruhte im Berichtsjahr 2011 in den meisten Ländern noch auf der früher bundeseinheitlichen Vorschrift des § 140 I StVollzG. Seit Juni 2013 gelten die Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetze der Länder.

[4] In den neuen Bundesländern wurde die Sicherungsverwahrung nicht mit dem Einigungsvertrag eingeführt, sondern erst mit einer späteren Änderung durch das Gesetz zur Rechtsvereinheitlichung der Sicherungsverwahrung (BGBl. 1995 I 818), das am 1. August 1995 in Kraft getreten ist.

im Berichtsjahr 2011 nach der Altfallregelung des Art. 316e III EGStGB für erledigt erklärt, bei einem vierten erfolgte eine Aussetzung der Sicherungsverwahrung zur Bewährung.

Charakteristisch für die Sicherungsverwahrung ist ihr Vollzug erst im Anschluss an die Verbüßung einer Freiheitsstrafe. Obwohl sie als Maßregel eine eigenständige Sanktion darstellt, dürfte sich die bisherige Vollzugspraxis wenig von derjenigen bei langjährigen Freiheitsstrafen unterscheiden, zumal das Vollzugsrecht beider kriminalrechtlicher Sanktionen vor den Veränderungen im Juni 2013 kaum voneinander abwich und nach den Vollstreckungsplänen der Länder in der Regel dieselben Anstalten zuständig waren wie für den Vollzug langer Freiheitsstrafen.[5] Für die Sicherungsverwahrten addiert sich die Maßregel zu einem bereits abgeschlossenen Aufenthalt im Vollzug der Freiheitsstrafe.[6]

Daher wurde auch die Dauer der vorausgegangenen Strafhaft abgefragt. Die verbüßte Freiheitsstrafe überstieg in der Hälfte der Fälle eine Dauer von 6 Jahren (Tabelle A.36). Die kürzeste als vorweg vollzogen angegebene Strafzeit dauerte in zwei Fällen rund 11 Monate,[7] die längste 27 Jahre.

Addiert man Strafhaft und Sicherungsverwahrung, so verbrachte die Hälfte der ehemaligen Sicherungsverwahrten aufgrund derselben Verurteilung insgesamt mehr als 13 Jahre und 4 Monate im Justizvollzug; bei den in Freiheit entlassenen lag der Medianwert der gesamten Aufenthaltsdauer sogar noch um ein halbes Jahr darüber (Tabelle A.37). Im Höchstfall betrug die gesamte Aufenthaltsdauer bis zu einer Entlassung mehr als 40 Jahre.

Vergleicht man die Dauer der Sicherungsverwahrung mit der Dauer der vorangegangenen Freiheitsstrafe für das Berichtsjahr 2011 (Tabelle A.38), so ist kein Zusammenhang zu erkennen. Eine frühere Aktenanalyse von Kinzig (1996, 471 ff.) hatte auf der Grundlage einer umfangreicheren Untersuchungsgruppe eine Tendenz zu einem umgekehrt proportionalen Zusammenhang zwischen der Dauer der Sicherungsverwahrung und der Dauer der vorausgegangenen Strafhaft ermittelt.

[5] Diese Frage spielt in der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wie auch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eine wichtige Rolle. Zum Abstandsgebot BVerfGE 109, 133 (166 f.) und BVerfGE 128, 326 (374 ff.); EGMR, EuGRZ 2010, 25 (40).

[6] Zur früheren Vollzugsgestaltung in der Sicherungsverwahrung liegt eine empirische Untersuchung von Bartsch (2010) vor; siehe weiter die Berichte von Blau (1998), Hackbarth (2006) und Kern (1997).

[7] Dabei handelte es sich einmal um eine Verurteilung wegen Nötigung (§ 240 StGB), im zweiten Fall um eine nachträgliche Sicherungsverwahrung anlässlich schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern (§ 176a StGB) und weiterer Delikte. In diesem letzteren Fall ist zu vermuten, dass die Angabe der Vorverbüßungszeit für die Freiheitsstrafe unvollständig ist.

4.2.2 Gründe der Beendigung

Insgesamt wurde die Sicherungsverwahrung im Berichtsjahr 2011 bei 129 Personen beendet. Am häufigsten wurde die Maßregel gem. § 67d II StGB zur Bewährung ausgesetzt, was bei 38 % der Fall war (Tabelle A.40). Wenig seltener waren im Berichtsjahr die Erledigungen nach § 67d III StGB (30 %) sowie solche Erledigungen, die ausdrücklich aufgrund der für „Altfälle" geltenden Übergangsvorschrift des Art. 316e III EGStGB erfolgten (21 %). Andere Beendigungsgründe kamen dagegen wesentlich seltener vor: in sieben Fällen (5 %) erfolgten Überweisungen in den psychiatrischen Maßregelvollzug, drei Verurteilte verstarben im Vollzug der Sicherungsverwahrung, in zwei Fällen erfolgte eine Überstellung zur weiteren Vollstreckung (§ 71 IRG) nach Italien, und in je einem Fall erfolgte eine Unterbrechung im Hinblick auf eine schwere Krankheit (§ 455 IV StPO), die Erledigung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung „durch Beschluss der Staatsanwaltschaft"[8] sowie eine Aussetzung zur Bewährung gem. § 67c StGB.[9]

Bezieht man die Beendigungsgründe auf die Dauer des Aufenthalts in der Sicherungsverwahrung (Tabelle A.42), so ergibt sich – anders als in Vorjahren – der Eindruck, dass Aussetzungen bereits nach einer relativ kurzen Aufenthaltsdauer von einigen Monaten in der Sicherungsverwahrung in Betracht gezogen wurden, also im Einzelfall unabhängig von der damaligen gesetzlichen Überprüfungsfrist des § 67e II StGB. Diese Frist wurde zwar erst durch das im Juni 2013 in Kraft getretene Änderungsgesetz für die Dauer der ersten zehn Jahre im Vollzug der Sicherungsverwahrung auf ein Jahr, nach dem Vollzug von zehn Jahren der Unterbringung auf neun Monate verkürzt. Dass die frühere Regelüberprüfungsfrist von zwei Jahren aber als unverhältnismäßig lang angesehen wurde, ergab sich bereits aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2011.[10]

Erledigungsentscheidungen sieht die Vorschrift des § 67d III StGB erst nach einem Aufenthalt von 10 Jahren im Vollzug der Sicherungsverwahrung vor. Ob sich damit nur der Maßstab für eine Fortdauerentscheidung verschärft[11] oder eine nachträgliche Aussetzung

[8] Da für die Erledigung der nachträglichen Sicherungsverwahrung keine Sondervorschriften gelten, ist der eigentliche Beendigungsgrund unklar.

[9] Das Fehlen der vor dem Wechsel vom Straf- in den Maßregelvollzug nach § 67c I StGB erforderlichen gerichtlichen Bestätigung der Gefährlichkeitsannahme stand nach bisheriger Rechtsprechung – anerkannt durch BVerfG, Beschluss vom 9. März 1976 – 2 BvR 618/75 (= BVerfGE 42, 1 <9>) – einer weiteren Freiheitsentziehung nicht entgegen, wenn die Gerichte zumindest mit der Prüfung dieser Frage begonnen hatten. Anders mittlerweile EGMR, Kammerurteil vom 24. November 2011, Schönbrod ./. Deutschland – 48038/06.

[10] BVerfGE 128, 326 (384); zu den Folgen Dessecker (2011a, 712) und Mosbacher (2011, 240).

[11] In diesem Sinne OLG Frankfurt, Beschluss vom 2. April 2009 – 3 Ws 281/09 (= NStZ-RR 2009, 221); OLG Hamm, Beschluss vom 4. August 2005 – 4 Ws 343/05 (= StV 2005, 680); OLG Nürnberg, Beschluss vom 29. November 2001 – Ws 1109/01 (= OLGSt StGB § 67d Nr. 6).

der Sicherungsverwahrung mit der Folge einer Widerrufsmöglichkeit (§ 67d II StGB) als allgemeinere Regelung ausgeschlossen wird,[12] ist umstritten, was zu einer regional unterschiedlichen Entscheidungspraxis führen mag. Für Aussetzungen und Erledigungen gem. § 67d II und III StGB wird hier jedoch gleichermaßen angenommen, dass die Sicherungsverwahrten in Freiheit entlassen wurden.

Beendigungsgründe und Dauer der Sicherungsverwahrung werden in den Tabellen A.43 und A.44 nach Bundesländern aufgeschlüsselt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die vier Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen 2011 jeweils mehr als zehn Beendigungen meldeten, bleiben Vergleichsmöglichkeiten angesichts der insgesamt kleinen absoluten Zahlen beschränkt. Im Hinblick auf regionale Unterschiede in der Entscheidungspraxis fällt immerhin auf, dass sich die frühere Konzentration von Verlegungen Sicherungsverwahrter in den psychiatrischen Maßregelvollzug auf Bayern relativiert hat; 2011 wurden solche Entscheidungen vor allem aus Nordrhein-Westfalen mitgeteilt.

4.2.3 Zur Entwicklung im zeitlichen Längsschnitt

Im Jahresvergleich zur Dauer der Sicherungsverwahrung bis zu einer Entlassung können seit 2002 mittlerweile 324 Entlassungsfälle betrachtet werden (Tabelle 7). Die absoluten Zahlen der Entlassungen liegen ziemlich niedrig; bis 2009 waren es jährlich durchschnittlich 19 Sicherungsverwahrte und in keinem Jahr mehr als 25. Bereits das Jahr 2010 war durch vergleichsweise viele Entlassungen unter dem Einfluss der Neubewertung der Sicherungsverwahrung auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention geprägt. Im Berichtsjahr 2011 kam nicht nur das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung hinzu, sondern auch die Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Für die Sicherungsverwahrung allein lag der Median der Vollzugsdauer in den letzten Jahren bei knapp 7 Jahren, für die gesamte Freiheitsentziehung seit Rechtskraft überschritt er die Marke von 14 Jahren. Von Jahr zu Jahr sind über die gesamte Beobachtungszeit deutliche Schwankungen möglich. Insgesamt nähert sich die mittlere Vollzugsdauer der einer lebenslangen Freiheitsstrafe.

Auf Entlassungen in die Freiheit entfiel in der Zeit zwischen 2002 und 2009 ein Anteil von etwas mehr als 60 % der beendeten Aufenthalte in der Sicherungsverwahrung (Tabelle 8). Bereits 2010 wurden aufgrund der menschenrechtlichen Neubewertung des Rückwirkungsverbots mehr Unterbringungen in der Sicherungsverwahrung für erledigt

[12] So Pollähne (2013, Rn. 48 zu § 67d); Rissing-van Saan & Peglau (2008, Rn. 74 zu § 67d); einschränkend Veh (2012, Rn. 14 zu § 67d).

Tabelle 7: Dauer der Sicherungsverwahrung bis zur Entlassung

	entlassene Sicherungsverwahrte mit Angaben zur Dauer der SV	SV allein Median in Jahren	SV + Strafe Median in Jahren
2002	18	4,5	13,0
2003	13	6,6	17,4
2004	15	4,7	10,5 *
2005	22	6,5	12,6 *
2006	24	5,0	12,7 **
2007	16	5,2	13,3
2008	17	7,3	13,1
2009	25	6,8	16,7
2010	60	10,6	17,6 *
2011	114	6,2	13,9 #
2002–2011	324	6,8	14,3 ***

\# 1 fehlender Wert
* 2 fehlende Werte
** 5 fehlende Werte
*** 12 fehlende Werte

Tabelle 8: Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung im Vergleich

	N	Aussetzung § 67d II	Erledigung § 67d III	Psychiatrie § 67a II	Tod	Sonstiges
2002	22	15	3	1	2	1
2003	21	10	3	7	1	0
2004	26	13	2	9	1	1
2005	41	17	5	13	4	2
2006	37	22	4	5	5	1
2007	35	14	2	8	8	3
2008	29	13	4	8	2	2
2009	37	22	3	6	4	2
2010	74	28	32	9	1	4
2011	129	49	38	7	3	32 *
2002–2011	451	203	96	73	31	48

* einschließlich Art. 316e III EGStGB

erklärt als in den acht vorangegangenen Jahren zusammen genommen. Im Berichtsjahr 2011 lagen die Zahlen sowohl der Aussetzungen wie auch der Erledigungen nochmals deutlich höher, wobei auch die allein in diesem Jahr anwendbare Übergangsregelung des Art. 316e III EGStGB zu berücksichtigen ist. Die Jahre 2010 und 2011 sind damit durch eine atypisch hohe Anzahl von Entlassungen gekennzeichnet, die sowohl aufgrund von Erledigungserklärungen als auch mittels Aussetzungen zur Bewährung erfolgten. Betrachtet man den gesamten Zeitraum dieser Erhebungsreihe seit 2002, so machten die nachträglichen Aussetzungen der Maßregel zur Bewährung rund 45 % der Beendigungen aus, die Erledigungen stellten 27 %, während ein Sechstel der Beendigungen auf Verlegungen in den psychiatrischen Maßregelvollzug (§ 67a II StGB) entfiel.

Der Anteil von Todesfällen in der Sicherungsverwahrung lag mit einem Anteil von knapp 7 % niedriger als bei der lebenslangen Freiheitsstrafe. Die Situation der Sicherungsverwahrten, die trotz schwerer Krankheit bis zu ihrem Tod im Justizvollzug verbleiben, wurde in den letzten Jahren – ebenso wie bei Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe – mehrfach problematisiert.[13] Suizide scheinen in der Sicherungsverwahrung selbst kaum vorzukommen, doch dürfte für Selbsttötungen die Drohung oder bereits erfolgte Anordnung dieser Maßregel bereits vor Beginn ihres Vollzugs eine Rolle spielen.[14] Die Todesfälle im Vollzug der Sicherungsverwahrung betrafen hauptsächlich langjährig Gefangene mit schweren Krankheiten, die dennoch nicht entlassen wurden.

4.3 Zusammenfassung und Diskussion

Von 129 Sicherungsverwahrten, deren Aufenthalt im Vollzug dieser Maßregel während des Berichtsjahres 2011 beendet wurde, wurden 114 nach Aussetzung oder Erledigung der Maßregel in Freiheit entlassen. Dies entspricht mehr als 25 % der im März 2011 einsitzenden Sicherungsverwahrten. Weitere sieben Sicherungsverwahrte wurden in den psychiatrischen Maßregelvollzug verlegt. Drei Personen verstarben im Vollzug der Sicherungsverwahrung, zwei wurden zur weiteren Vollstreckung ins Ausland überstellt.

Die Hälfte der 2011 entlassenen Sicherungsverwahrten verbrachte mehr als 6 Jahre und 3 Monate im Vollzug der Maßregel und einschließlich der zuvor verbüßten Freiheitsstrafe insgesamt länger als 13 Jahre und 10 Monate im Justizvollzug. Die aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Gefangenen waren ausschließlich Männer, deren Altersdurchschnitt

[13] Siehe bereits die Ausführungen oben S. 24. Zur Sicherungsverwahrung Hackbarth (2006) und Skirl (2012, 244 ff.).

[14] Bennefeld-Kersten (2009, 146) hat für den Zeitraum von 2000 bis 2006 bundesweit genau einen Suizid eines Sicherungsverwahrten ermittelt.

über 57 Jahren lag. Sie waren überwiegend wegen schwerer Gewalt- oder Sexualdelikte verurteilt worden, nicht selten aber wegen Eigentumsdelikten.

Im Vergleich zu den Jahren bis 2009 ist das Berichtsjahr 2011 durch außergewöhnlich viele Erledigungen und Aussetzungen der Sicherungsverwahrung gekennzeichnet. Diese Entwicklung begann mit der Leitentscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall M., die im Mai 2010 endgültig wurde (oben S. 7). In der Folge kamen mehr als zehn weitere Entscheidungen des Straßburger Gerichtshofs hinzu (von Arnim 2013), deren innerstaatliche Auswirkungen auf an diesen Verfahren nicht beteiligte weitere Sicherungsverwahrte unter den deutschen Gerichten jedoch umstritten waren. Deutlicher erkennbar sind die Auswirkungen der geänderten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das im Mai 2011 fast das gesamte Recht der Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig erklärt und eine Vollstreckungsanordnung für alle Verfahren getroffen hat, in denen die Sicherungsverwahrung erst nachträglich verhängt oder nachträglich über die frühere Grenze von 10 Jahren hinaus verlängert wurde. Soweit nicht „eine hochgradige Gefahr schwerster Gewalt- oder Sexualstraftaten aus konkreten Umständen in der Person oder dem Verhalten des Untergebrachten abzuleiten" war und zugleich eine psychische Störung im Sinne des Therapieunterbringungsgesetz begründet werden konnte, mussten diese Untergebrachten spätestens zum 31. Dezember 2011 entlassen werden.[15] Hinzu kommt die gesetzliche Übergangsregelung nach Art. 316e III EGStGB, nach der Unterbringungen aus Anlass von Delikten, die nach dem Neuordnungsgesetz seit Januar 2011 nicht mehr als Grundlage einer Sicherungsverwahrung in Frage gekommen wären, spätestens zum 1. Juli 2011 für erledigt zu erklären waren (Pollähne 2011).

Die Unterbringungsdauer bei der Sicherungsverwahrung ist auch deshalb von großer kriminalpolitischer Bedeutung, weil die Anordnungszahlen und vor allem die Zahlen der Gefangenen im Vollzug der Sicherungsverwahrung bei längerfristiger Betrachtung seit Jahren angestiegen sind (oben S. 6). Hier dürfte es sich zumindest teilweise um Folgen mehrfacher Erweiterungen des Anwendungsbereichs dieser Maßregel seit 1998[16] handeln, allerdings nicht in erster Linie um die neuen Formen der vorbehaltenen und nachträglichen Sicherungsverwahrung. Dass diese sich in der vorliegenden Erhebung kaum bemerkbar machen, dürfte mit ihrem insgesamt relativ geringen Fallaufkommen[17] zusammenhängen, aber auch mit erwartbaren zeitlichen Verzögerungen bei auf lange Freiheitsentziehung angelegten, zudem erst nach einer Freiheitsstrafe zu vollziehenden Sanktionen.

Auch wenn die in dieser Untersuchung ermittelte Unterbringungsdauer bis zu einer Ent-

[15] BVerfGE 128, 326 (332 f., 406 f.).
[16] Zusammenfassend Elz (2011, 19 ff.) und Kinzig (2010b, 9 ff.).
[17] Die bisher konkretesten Hinweise finden sich bei Ansorge (2013, 44) und Boetticher (2013, 154).

lassung aus der Sicherungsverwahrung seit 2002 einigen Schwankungen unterworfen ist, liegen die Mittelwerte über denen früherer Untersuchungen. Von den wenigen empirischen Studien, die solche Werte überhaupt ermittelt haben, sind die Arbeiten von Kinzig (1996 und 2010b) am ehesten vergleichbar;[18] dort werden Berechnungen der Unterbringungsdauer für verschiedene Zeiträume durchgeführt, allerdings für die gesamte Untersuchungsgruppe keine Medianwerte, sondern lediglich arithmetische Mittelwerte mitgeteilt. Kinzig kommt für Sicherungsverwahrte, bei denen die Sanktion in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen im Zeitraum zwischen 1981 und 1990 angeordnet und bis zum Zeitpunkt der Datenerhebung angetreten wurde, zu einer mittleren Unterbringungsdauer von 51 Monaten (Kinzig 1996, 469). In der Nachuntersuchung bis 2002 berechnete er einen Mittelwert von 68 Monaten (Kinzig 2010b, 205). Dagegen fand die vorliegende Erhebung der KrimZ bereits für 2002 bei 18 Entlassungen einen Mittelwert von 64 Monaten (Kröniger 2004, 60), und bei den 114 Entlassungen des Berichtsjahrs 2011 waren es über 91 Monate (Tabelle A.34). Bei einer auf längere Sicht zunehmenden Anzahl von Anordnungen der Sicherungsverwahrung verschärft sich die allgemeine Problematik, dass bisher keine wissenschaftliche Untersuchung zur Unterbringungsdauer der noch einsitzenden Sicherungsverwahrten vorliegt.

Nach einer Länderumfrage des Bundesverfassungsgerichts im Frühjahr 2002 ist damit zu rechnen, dass sich die Unterbringungsdauer im Vollzug der Sicherungsverwahrung regional erheblich unterscheidet. Die Darstellung der Ergebnisse in der Entscheidung zur reformierten zeitlichen Begrenzung der ersten Unterbringung in dieser Maßregel (§ 67d III StGB) zeigt für die durchschnittliche Vollzugsdauer der erstmalig angeordneten Sicherungsverwahrung eine Spannweite von 2 Jahren und 3 Monaten in Schleswig-Holstein bis zu 7 Jahren in Bayern.[19] Allerdings ist dieser Zusammenfassung nicht zu entnehmen, wie die entsprechenden Angaben ermittelt wurden.

Kommt es zu einer Entlassung aus der Sicherungsverwahrung, so zeigt die Forschung zur Legalbewährung erstaunlicherweise Ergebnisse, die deutlich günstiger ausfallen als nach einer Entlassung aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe. Nach der bundesweiten Studie von Jehle et al. (2003, 61 ff., 66) wurde nur gegen 22 % der aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Personen während der folgenden 4 Jahre eine neue freiheitsentziehende Sanktion verhängt, aber gegen 35 % der aus einer unbedingten Freiheitsstrafe entlassenen Gefangenen, und bei Vollverbüßung unbedingter Freiheitsstrafen lag der Anteil noch etwas höher. Die neuerliche bundesweite Rückfalluntersuchung ermittelte während 3 Jahren

[18] Ältere Untersuchungsergebnisse werden hier ausgeklammert; zusammenfassend Kinzig (1996, 469 f.).
[19] BVerfG, Urteil vom 5. Februar 2004 – 2 BvR 2029/01 (= BVerfGE 109, 133 <147 f.>).

nach der Entlassung aus der Sicherungsverwahrung nur für einen Entlassenen überhaupt eine Wiederverurteilung; dabei handelte es sich um eine längere Freiheitsstrafe (Jehle et al. 2010, 88).

Demgegenüber konzentrieren sich zwei neuere Untersuchungen auf solche Gefangenen, die für die nachträgliche Sicherungsverwahrung vorgesehen waren, aber gleichwohl entlassen wurden, nachdem rechtskräftig feststand, dass die Voraussetzungen des § 66b StGB oder dessen landesrechtlicher Vorläufer nicht vorlagen. Für diese hoch selektierte Gruppe von Gefangenen wurde während eines Beobachtungszeitraums von durchschnittlich weniger als 3 Jahren festgestellt, dass lediglich 14 von 74 Entlassenen (19 %) erneut zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden (Alex 2013, 112 und 117 ff.). Im Rahmen einer Nachfolgeuntersuchung für eine vergleichbare zweite Gruppe von 52 Verurteilten, die im Zeitraum zwischen 2007 und 2009 ebenfalls nach Ablehnung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung entlassen worden waren, ermittelte Alex (2013, 144 ff.) in 29 % der Fälle eine erneute Freiheitsentziehung im Straf- oder Maßregelvollzug. Nach Müller et al. (2011) kam es unter 25 ausgewerteten Fällen der Ablehnung der nachträglichen Sicherungsverwahrung durch den BGH während eines einheitlich definierten Beobachtungszeitraums von 2 Jahren nach der Entlassung bei 28 % der Verurteilten zu einer neuen Straftat, die eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung, darunter bei 8 % sogar eine Sicherungsverwahrung zur Folge hatte.

Zusätzliche Schwierigkeiten stellen sich für einen internationalen Vergleich zur Dauer der Sicherungsverwahrung. Dies hängt zunächst schlicht damit zusammen, dass es nur wenige Rechtsordnungen gibt, die eine mit den Regelungen der §§ 66 ff. StGB unmittelbar vergleichbare Sanktion gegen schuldfähige gefährliche Straftäter kennen.[20] Das bereits mehrfach zitierte Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall M. nennt unter den 47 Mitgliedsstaaten des Europarats Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Österreich, San Marino, die Schweiz und die Slowakei.[21] Nicht alle diese Sanktionen stellen nach nationaler Rechtsauffassung Sicherungsmaßregeln dar; die Funktion der Sicherung lässt sich auch durch lange oder unbefristete Freiheitsstrafen erreichen. Die Möglichkeiten empirischer Sanktionsforschung hängen zudem davon ab, dass solche Sanktionen in relevantem Ausmaß verhängt werden. Die Situation in einigen Nachbarländern Deutschlands stellt sich gegenwärtig folgendermaßen dar:

- In Frankreich wurde 2008 eine Sanktion eingeführt, die in gewisser Weise der deut-

[20] Einige Hinweise zu internationalen Vergleichen finden sich z.B. bei Padfield (2010) und Trips-Hebert (2010). Auf einer allgemeineren Ebene argumentieren Dünkel et al. (2010).

[21] EGMR, EuGRZ 2010, 25 (31). Die Liste dürfte nicht ganz vollständig sein.

schen nachträglichen Sicherungsverwahrung entspricht (Wyvekens 2010). Die *rétention de sûreté* war nach der Vorstellung des Gesetzgebers als Maßregel mit Rückwirkung ausgestaltet, was durch eine Entscheidung des *Conseil constitutionnel* unter dem verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt des Rückwirkungsverbots verhindert wurde. Im März 2010 erfolgten einige gesetzgeberische Modifikationen. Bis Dezember 2012 waren in der zentralen zuständigen Einrichtung lediglich zwei Personen für eine Zeit von weniger als drei Monaten untergebracht (Comité d'organisation 2013, 111). Die seit Mai 2012 amtierende Justizministerin hat angekündigt, dass die *rétention de sûreté* abgeschafft werden soll.

- Die in Österreich im Anschluss an den Vollzug einer Freiheitsstrafe vorgesehene Unterbringung gefährlicher Rückfallstäter wird nur äußerst selten praktiziert. Die Zahl der Personen im Vollzug dieser Maßnahme lag seit 1989 nie über vier Betroffenen (Bruckmüller 2011, 149; Bundesministerium für Justiz 2013, 101).

- In der Schweiz wurde mit der Teilrevision des Strafrechts und dem zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen neuen Allgemeinen Teil auch das Maßnahmenrecht überarbeitet. Es sieht neben stationären therapeutischen Maßnahmen mehrere Formen der Verwahrung im Anschluss an eine Strafverbüßung wegen schwerer Delikte und bei Annahme besonderer Gefährlichkeit vor, darunter auch eine „lebenslängliche Verwahrung", bei der jede Vollzugslockerung gesetzlich ausgeschlossen wird. Erste Statistiken zur Anwendung des neuen Sanktionenrechts zeigen, dass die Verwahrung (Art. 64 StGB) bis Juni 2011 insgesamt 19 Mal verhängt wurde.[22] Schon nach altem Recht waren die Verurteilungen als „Gewohnheitsverbrecher" langfristig stark zurückgegangen.

- In der Tschechischen Republik gelten seit 2009 gesetzliche Vorschriften, mit denen das Institut der Sicherungsverwahrung (*zabezpečovací detence*) als eine neue strafrechtliche Sanktion für psychisch gestörte und gefährliche Straftäter eingeführt wurde. Diese Maßregel wurde 2011 so erweitert, dass nunmehr auch eine nachträgliche Umwandlung psychiatrischer Unterbringungen in die Sicherungsverwahrung ermöglicht wird. Bis April 2013 wurde die Sanktion gegen immerhin 72 Personen verhängt (Blatníková & Zeman 2013; Válková & Bohata 2012).

- Im Vereinigten Königreich, wo keine Maßregeln der Besserung und Sicherung im

[22] Zu diesen Daten der Schweizer Strafurteilsstatistik `http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/19/03/03/key/Sank/details.html`. Zur Evaluation des Sanktionenrechts Haering et al. (2012, 74 ff. und 100).

Sinne des deutschen Kriminalrechts bestehen, wurde durch den Criminal Justice Act 2003 eine unbestimmte Freiheitsstrafe für gefährliche Straftäter (*indeterminate sentence for public protection – IPP*) eingeführt, auf die mit mehr als 5.600 Gefangenen im Juni 2013 ein erheblicher Anteil der Freiheitsentziehungen entfällt (Ministry of Justice 2013b, 9). Auch wenn schwere Sexual- und Gewaltdelikte im Vordergrund standen, wurde diese unbestimmte Strafe in einem breiten Deliktsspektrum angewandt. Die Voraussetzungen wurden durch den *Criminal Justice and Immigration Act 2008* restriktiver gefasst. Durch den *Legal Aid, Sentencing and Punishment of Offenders Act 2012* wurde die *IPP* bis auf wenige Ausnahmefälle abgeschafft und durch eine verlängerte bestimmte Freiheitsstrafe (*extended determinate sentence – EDS*) ersetzt, mittels der eine schuldangemessene Freiheitsstrafe zur Sicherung um bis zu acht Jahre verlängert werden kann (Strickland & Beard 2012).

Literaturverzeichnis

Aebi, Marcelo F. & Delgrande, Natalia (2013). *Council of Europe annual penal statistics: SPACE I. Survey 2011*. Strasbourg: Council of Europe.

Alex, Michael (2013). *Nachträgliche Sicherungsverwahrung: ein rechtsstaatliches und kriminalpolitisches Debakel*. 2. Aufl. Holzkirchen: Felix.

Ansorge, Nicole (2013). Sicherungsverwahrung in Zahlen: Daten zur Gruppe der Untergebrachten und der Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Maßregel. *Kriminalpädagogische Praxis 41* (49), 38–46.

Anttila, Inkeri & Westling, Achilles (1965). A study in the pardoning of, and recidivism among, criminals sentenced to life imprisonment. *Scandinavian Studies in Criminology 1*, 13–34.

von Arnim, Dorothee (2013). Die Standards des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf die Sicherungsverwahrung. *Kriminalpädagogische Praxis 41* (49), 4–13.

Asprion, Peter (2012). *Gefährliche Freiheit? Das Ende der Sicherungsverwahrung*. Freiburg: Herder.

Bachmann, Mario & Goeck, Ferdinand (2010). Das Urteil des EGMR zur Sicherungsverwahrung und seine Folgen: zugleich Anmerkung zu EGMR, Urteil vom 17.12.2009 – Nr. 19359/04. *Neue Justiz 64*, 457–464.

Bartsch, Tillmann (2010). *Sicherungsverwahrung: Recht, Vollzug, aktuelle Probleme*. Baden-Baden: Nomos.

— (2011). (Schon wieder) Neues von der Sicherungsverwahrung: Konsequenzen des bundesverfassungsgerichtlichen Urteils vom 4.5.2011 für Gesetzgebung und Vollzug. *Forum Strafvollzug 60*, 267–275.

Bennefeld-Kersten, Katharina (2009). *Ausgeschieden durch Suizid: Selbsttötungen im Gefängnis. Zahlen, Fakten, Interpretationen*. Lengerich: Pabst.

Blatníková, Šárka & Zeman, Petr (2013). Sicherungsverwahrung: eine neue Sanktion für gefährliche Straftäter in der Tschechischen Republik. *Bewährungshilfe 60*, 363–376.

Blau, Günter (1998). Die Sicherungsverwahrung: ein Nekrolog? In Hans-Dieter Schwind; Edwin Kube & Hans-Heiner Kühne, Hg., *Festschrift für Hans Joachim Schneider zum 70. Geburtstag am 14. November 1998: Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, (S. 759–776). Berlin: de Gruyter.

Boetticher, Axel (2013). Zur nachhaltigen Reform der Sicherungsverwahrung: eine Antwort auf Jens Peglau. *Neue Kriminalpolitik 25*, 149–165.

Böhm, Bernhard (2010). Ausgewählte Fragen des Maßregelrechts. In Dieter Dölling; Bert Götting; Bernd-Dieter Meier & Torsten Verrel, Hg., *Verbrechen – Strafe – Resozialisierung: Festschrift für Heinz Schöch zum 70. Geburtstag am 20. August 2010*, (S. 755–770). Berlin: De Gruyter.

Bruckmüller, Karin (2011). *Die strafrechtliche Behandlung der Rückfälligkeit im österreichischen StGB: unter Einbeziehung kriminologischer Aspekte*. Wien: Neuer Wissenschaftlicher Verlag.

Bundesministerium der Justiz; Bundesministerium für Justiz & Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (Hrsg.) (2004). *Empfehlungen des Europarates zum Freiheitsentzug 1962-2003*. Mönchengladbach: Forum.

Bundesministerium für Justiz (2013). *Sicherheitsbericht 2012: Bericht über die Tätigkeit der Strafjustiz*. Wien: Bundesministerium für Justiz. Verfügbar unter `http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00025/imfname_331036.pdf`.

Butts, Jeffrey A. & Adams, William (2001). *Anticipating space needs in juvenile detention and correctional facilities*. Washington: Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention. Verfügbar unter `http://www.ncjrs.gov/pdffiles1/ojjdp/185234.pdf`.

Comité d'organisation (2013). *La restructuration du droit pénal autour de la notion de dangerosité*. Paris: Conférence de consensus sur la prévention de la récidive. Verfügbar unter `http://conference-consensus.justice.gouv.fr/wp-content/uploads/2013/01/fiche-3-evolution-du-droit-et-dangerosite.pdf`.

Dessecker, Axel (2008). *Lebenslange Freiheitsstrafe, Sicherungsverwahrung und Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus: Dauer und Gründe der Beendigung im Jahr 2006*. Wiesbaden: KrimZ.

— (2009). Dangerousness, long prison terms, and preventive measures in Germany. *Champ pénal 6*. Verfügbar unter `http://champpenal.revues.org/7546`.

— (2011a). Die Sicherungsverwahrung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 6*, 706–713.

— (2011b). Die Wandlungen der Führungsaufsicht. *Bewährungshilfe 58*, 267–279.

— (2012). Wie lange dauern lebenslange Freiheitsstrafen? *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 95*, 81–92.

Dirkzwager, Anja; Nieuwbeerta, Paul & Blokland, Arjan (2012). Effects of first-time imprisonment on postprison mortality: a 25-year follow-up study with a matched control group. *Journal of Research in Crime and Delinquency 49*, 383–419.

Drenkhahn, Kirstin (2013). Der deutsche Strafvollzug zwischen Über- und Unterbelegung. In Axel Dessecker & Rudolf Egg, Hg., *Justizvollzug in Bewegung*, (S. 67–84). Wiesbaden: KrimZ.

Drenkhahn, Kirstin & Morgenstern, Christine (2012). Dabei soll es uns auf den Namen nicht ankommen: der Streit um die Sicherungsverwahrung. *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 124*, 132–203.

Dünkel, Frieder; Lappi-Seppälä, Tapio; Morgenstern, Christine & van Zyl Smit, Dirk (2010). Gefangenenraten und Kriminalpolitik in Europa: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen. In Frieder Dünkel; Tapio Lappi-Seppälä; Christine Morgenstern & Dirk van Zyl Smit, Hg., *Kriminalität, Kriminalpolitik, strafrechtliche Sanktionspraxis und Gefangenenraten im europäischen Vergleich*, (S. 1023–1118). Mönchengladbach: Forum.

Elz, Jutta (2011). *Gefährliche Sexualstraftäter: Karriereverläufe und strafrechtliche Reaktionen*. Wiesbaden: KrimZ.

Fazel, Seena & Benning, Ram (2006). Natural deaths in male prisoners: a 20-year mortality study. *European Journal of Public Health 16*, 441–444.

Fiedeler, Silke M. (2003). *Das verfassungsrechtliche Hoffnungsprinzip im Strafvollzug: ein hoffnungsloser Fall? Grundlagen, Grenzen und Ausblicke für die Achtung der Menschenwürde bei begrenzter Lebenserwartung eines Gefangenen*. Frankfurt/M.: Lang.

Freiberg, Arie & Biles, David (1975). *The meaning of "life": a study of life sentences in Australia*. Canberra: Australian Institute of Criminology.

Greenfeld, Lawrence A. (1995). *Prison sentences and time served for violence*. Washington: Bureau of Justice Statistics. Verfügbar unter `http://bjs.ojp.usdoj.gov/index.cfm?ty=pbdetail&iid=881`.

Griffin, Diarmuid & O'Donnell, Ian (2012). The life sentence and parole. *British Journal of Criminology 52*, 611–629.

Hackbarth, Joachim (2006). Todsicher verwahrt: eine Innenbetrachtung der Sicherungsverwahrung in der JVA Werl. *Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe 55*, 287–290.

Haering, Barbara; Grütter, Max; Rageth, Ladina; Reber, Corinne; Joris, Chantal; Binder, Anja & Bock, Simon (2012). *Evaluation der Wirksamkeit des revidierten AT-StGB: Schlussbericht, 30. März 2012 erstellt im Auftrag des Bundesamtes für Justiz, BJ*. Zürich: econcept. Verfügbar unter `http://www.ejpd.admin.ch/content/dam/data/sicherheit/gesetzgebung/sanktionensystem/ber-bj-evaluation-at-stgb-d.pdf`.

Heinz, Wolfgang (2006). Freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung: Stand und Entwicklung anhand statistischer Eckdaten der amtlichen Strafrechtspflegestatistiken. In Thomas Feltes; Christian Pfeiffer & Gernot Steinhilper, Hg., *Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen: Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag*, (S. 893–925). Heidelberg: C.F. Müller.

— (2012). Das strafrechtliche Sanktionensystem und die Sanktionierungspraxis in Deutschland 1882–2010. Stand: Berichtsjahr 2012. Verfügbar unter `http://www.ki.uni-konstanz.de/kis/`.

— (2013). Sicherungsverwahrung in Deutschland: Analysen (vornehmlich) auf der Grundlage der amtlichen Strafrechtspflegestatistiken. *Bewährungshilfe 60*, 323–347.

Hillenkamp, Thomas (2009). Zur Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht des Gesetzgebers im Strafrecht. In Henning Ernst Müller; Günther M. Sander & Helena Válková, Hg., *Festschrift für Ulrich Eisenberg zum 70. Geburtstag*, (S. 301–320). München: Beck.

Jehle, Jörg-Martin; Heinz, Wolfgang & Sutterer, Peter (2003). *Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen: eine kommentierte Rückfallstatistik*. Mönchengladbach: Forum.

Jehle, Jörg-Martin; Albrecht, Hans-Jörg; Hohmann-Fricke, Sabine & Tetal, Carina (2010). *Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen: eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2004 bis 2007*. Mönchengladbach: Forum.

Kensey, Annie (2005). Durée effective des peines perpétuelles. *Cahiers de démographie pénitentiaire 18*.

Kern, Johannes (1997). *Brauchen wir die Sicherungsverwahrung? Zur Problematik des § 66 StGB*. Frankfurt/M.: Lang.

Kett-Straub, Gabriele (2011). *Die lebenslange Freiheitsstrafe: Legitimation, Praxis, Strafrestaussetzung und besondere Schwere der Schuld*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Kinzig, Jörg (1996). *Die Sicherungsverwahrung auf dem Prüfstand: Ergebnisse einer theoretischen und empirischen Bestandsaufnahme des Zustandes einer Maßregel*. Freiburg: edition iuscrim.

— (2007). Zur Verfassungsmäßigkeit der gefährlichkeitsbedingten Vollstreckung der lebenslangen Freiheitsstrafe und zu deren Anforderungen. *Juristische Rundschau 61*, 165–169.

— (2010a). Das Recht der Sicherungsverwahrung nach dem Urteil des EGMR in Sachen M. gegen Deutschland. *Neue Zeitschrift für Strafrecht 30*, 233–239.

— (2010b). *Die Legalbewährung gefährlicher Rückfalltäter: zugleich ein Beitrag zur Entwicklung des Rechts der Sicherungsverwahrung*. 2. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.

Konrad, Norbert (1994). Psychische Störung und lange Freiheitsstrafe. In Heike Jung & Heinz Müller-Dietz, Hg., *Langer Freiheitsentzug: wie lange noch? Plädoyer für eine antizyklische Kriminalpolitik*, (S. 125–141). Bonn: Forum.

Kriminologische Zentralstelle (2001). *Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe, der Sicherungsverwahrung und der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus: unveröffentlichter Ergebnisbericht zur Umfrage bei den Landesjustizverwaltungen*. Wiesbaden: KrimZ.

Kröniger, Silke (2004). *Lebenslange Freiheitsstrafe, Sicherungsverwahrung und Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus: Dauer und Gründe der Beendigung. Ergebnisübersicht zur bundesweiten Erhebung für das Jahr 2002*. Wiesbaden: KrimZ.

Langan, Patrick A. & Levin, David J. (2002). Recidivism of prisoners released in 1994. *Federal Sentencing Reporter 15*, 58–65.

Langer, Wolfgang (1994). *Staatsanwälte und Richter: justitielles Entscheidungsverhalten zwischen Sachzwang und lokaler Justizkultur*. Stuttgart: Enke.

Laubenthal, Klaus (1987). *Lebenslange Freiheitsstrafe: Vollzug und Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung*. Lübeck: Schmidt-Römhild.

Leigey, Margaret E. (2010). For the longest time: the adjustment of inmates to a sentence of life without parole. *Prison Journal 90*, 247–268.

Lynch, James P. (1993). A cross-national comparison of the length of custodial sentences for serious crimes. *Justice Quarterly 10*, 639–660.

Lynch, James P. & Sabol, William J. (1997). *Did getting tough on crime pay?*. Washington: Urban Institute. Verfügbar unter `http://www.urban.org/publications/`.

Mauer, Marc; King, Ryan S. & Young, Malcolm C. (2004). *Meaning of "life": long prison sentences in context*. Washington: Sentencing Project. Verfügbar unter `http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/lifers.pdf`.

Metz, Rainer (2013). Zeitreihenanalysen und Strafvollzugsprognosen. In Axel Dessecker & Werner Sohn, Hg., *Rechtspsychologie, Kriminologie und Praxis: Festschrift für Rudolf Egg zum 65. Geburtstag*, (S. 399–434). Wiesbaden: KrimZ.

Ministry of Justice (2013a). *Offender management caseload statistics 2012 tables*. London: Ministry of Justice. Verfügbar unter `https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/194275/omsq-annual-tables-2012.zip`.

— (2013b). *Offender management statistics: quarterly bulletin, January to March 2013, England and Wales*. London: Ministry of Justice. Verfügbar unter `https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/225195/omsq-bulletin-jan-mar-2013.pdf`.

Mosbacher, Andreas (2011). Das aktuelle Recht der Sicherungsverwahrung im Überblick: praktische Folgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung vom 4. Mai 2011. *Höchstrichterliche Rechtsprechung Strafrecht 12*, 229–247.

Müller, Jürgen L.; Stolpmann, Georg; Fromberger, Peter; Haase, Kessy Ann & Jordan, Kirsten (2011). Legalbewährung nach Gutachten zur nachträglichen Sicherungsverwahrung. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 94*, 253–265.

Müller-Isberner, Rüdiger; Jöckel, Dieter; Neumeyer-Bubel, Werner & Imbeck, Jörg (2007). Entwicklungen im psychiatrischen Maßregelvollzug Hessens. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 1*, 43–49.

Mumola, Christopher J. (2007). *Medical causes of death in state prisons, 2001-2004*. Washington: Bureau of Justice Statistics. Verfügbar unter `http://www.ojp.usdoj.gov/`.

Neuilly, Melanie-Angela; Zgoba, Kristen M.; Tita, George E. & Lee, Stephen S. (2011). Predicting recidivism in homicide offenders using classification tree analysis. *Homicide Studies 15*, 154–176.

Newcomen, Nigel (2005). Managing the penal consequences of replacing the death penalty in Europe. In Nicola Browne & Seema Kandelia, Hg., *Managing effective alternatives to capital punishment: 24th June 2005 conference papers*, (S. 30–40). London: Centre for Capital Punishment Studies.

Ostendorf, Heribert (2013). *Jugendgerichtsgesetz: Kommentar*. 9. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Padfield, Nicola (2010). *The sentencing, management and treatment of »dangerous« offenders: final report*. Strasbourg: European Committee on Crime Problems. Verfügbar unter `http://www.coe.int/t/DGHL/STANDARDSETTING/CDPC/Bureau%20documents/PC-CP(2010)10%20rev%205_E%20_vs%2026%2001%2011_%20-%20THE%20SENTENCING%20MANAGEMENT%20AND%20TREATMENT%20OF%20DANGEROUS%20OFFENDERS.pdf`.

Patterson, Evelyn J. & Preston, Samuel H. (2008). Estimating mean length of stay in prison: methods and applications. *Journal of Quantitative Criminology 24*, 33–49.

Pilgram, Arno (1989). ... *endet mit dem Tode: die lebenslange Strafe in Österreich*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

Pollähne, Helmut (2011). Zur Erledigung der Sicherungsverwahrung gem. Art. 316e Abs. 3 EGStGB. *Zeitschrift für das Juristische Studium 4*, 216–221.

— (2013). Vorbemerkungen und Kommentierung zu §§ 67-67h StGB. In Urs Kindhäuser; Ulfrid Neumann & Hans-Ullrich Paeffgen, Hg., *Nomos Kommentar zum Strafgesetzbuch*, 4. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Popp, Andreas (2011). Polizeiarbeit im Windschatten der Justiz: neue Kooperationsformen im Umgang mit entlassenen Straftätern. *Bewährungshilfe 58*, 335–344.

Preston, Samuel H.; Heuveline, Patrick & Guillot, Michel (2001). *Demography: measuring and modeling population processes*. Oxford: Blackwell.

Renzikowski, Joachim (2011). Das Elend mit der rückwirkend verlängerten und der nachträglich angeordneten Sicherungsverwahrung. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 6*, 531–543.

Rissing-van Saan, Ruth & Peglau, Jens (2008). Kommentierung zu §§ 66-67h StGB. In Heinrich Wilhelm Laufhütte; Ruth Rissing-van Saan & Klaus Tiedemann, Hg., *Leipziger Kommentar: Großkommentar*, 12. Aufl. Berlin: de Gruyter.

Schott, Tilmann; Suhling, Stefan; Görgen, Thomas; Löbmann, Rebecca & Pfeiffer, Christian (2004). *Der Anstieg der Belegung im Justizvollzug Niedersachsens und Schleswig-Holsteins: Folge der Kriminalitätsentwicklung oder gerichtlicher Strafhärte? Eine Analyse der Strafverfolgungspraxis auf Grundlage der amtlichen Rechtspflegestatistiken 1990 bis 2002, einer Aktenanalyse 1991, 1995 und 1997 und einer Justizpraktikerbefragung 2002*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

Seifert, Dieter (2007). *Gefährlichkeitsprognosen: eine empirische Untersuchung über Patienten des psychiatrischen Maßregelvollzugs*. Darmstadt: Steinkopff.

Skirl, Michael (2012). *Wegsperren!? Ein Gefängnisdirektor über Sinn und Unsinn der Sicherungsverwahrung*. Frankfurt/M.: Scherz.

Sohn, Werner (2013). Die Entwicklung der Gefangenenzahlen: ein Forschungsdesiderat der Kriminologie. In Dieter Dölling & Jörg-Martin Jehle, Hg., *Täter – Taten – Opfer: Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle*, (S. 759–784). Mönchengladbach: Forum.

Statistisches Bundesamt (2011). *Strafvollzug: demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen zum Stichtag 31.3.2011*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

— (2012a). Strafverfolgung 2011. Verfügbar unter `http://www.destatis.de/`.

— (2012b). Strafvollzug: demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen zum Stichtag 31.3.2012. Verfügbar unter `http://www.destatis.de/`.

— (2013). *Bestand der Gefangenen und Verwahrten in den deutschen Justizvollzugsanstalten nach ihrer Unterbringung auf Haftplätze des geschlossenen und offenen Vollzuges jeweils zu den Stichtagen 31. März, 31. August und 30. November eines Jahres: Stichtag 31. August 2013*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Verfügbar unter `http://www.destatis.de/`.

Strickland, Pat & Beard, Jacqui (2012). *Sentences of imprisonment for public protection*. London: House of Commons Library. Verfügbar unter `http://www.insidetime.org/resources/Parliament/IPP-HoC-SN-HA-6086.pdf`.

Trips-Hebert, Roman (2010). *Der Schutz der Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern: zur Rechtslage im europäischen Ausland*. Berlin: Deutscher Bundestag. Verfügbar unter `http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/gefaehrliche_straftaeter.pdf`.

Veh, Herbert (2012). Kommentierung zu §§ 67a–67d StGB. In Wolfgang Joecks & Klaus Miebach, Hg., *Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch*, 2. Aufl. München: Beck.

Válková, Helena & Bohata, Petr (2012). Sicherungsverwahrung in der Tschechischen Republik: kontroverser Schutz vor gefährlichen oder auch unbequemen Straftätern? *Neue Kriminalpolitik 24*, 82–85.

Weber, Hartmut-Michael (1999). *Die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe: für eine Durchsetzung des Verfassungsanspruchs*. Baden-Baden: Nomos.

Wyvekens, Anne (2010). La rétention de sûreté en France: une défense sociale en trompe-l'œil (ou les habits neufs de l'empereur). *Déviance et société 34*, 503–525.

Zamble, Edward (1992). Behavior and adaptation in long-term prison inmates. *Criminal Justice and Behavior 19*, 409–425.

A Tabellenanhang

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

Daten zu Strafgefangenen, bei denen die lebenslange Freiheitsstrafe im Jahr 2011 beendet wurde („ehemalige Lebenslängliche“).....70

A.1 Geschlecht und Nationalität 2011.....70

A.2 Altersverteilung 2011.....70

A.3 Altersverteilung der entlassenen Lebenslänglichen 2002 – 2012.....71

A.4 Anzahl der Gefangenen, Beendigungs- und Entlassungsquote bei der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2011.....72

A.5 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2011.....73

A.6 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der entlassenen Lebenslänglichen von 2002 – 2012.....74

A.7 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Geschlecht und Nationalität 2011.....74

A.8 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Altersgruppe 2011.....75

A.9 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Geschlecht und Nationalität 2011.....75

A.10 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Altersgruppe 2011.....76

A.11 Gründe der Beendigung nach Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2011..76

A.12 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2011.....77

A.13 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der entlassenen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2011.....78

A.14 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2011.....79

Daten zu Strafgefangenen, bei denen die lebenslange Freiheitsstrafe im Jahr 2012 beendet wurde („ehemalige Lebenslängliche“).....80

A.15 Geschlecht und Nationalität 2012.....80

A.16 Altersverteilung 2012.....80

A.17 Anzahl der Gefangenen, Beendigungs- und Entlassungsquote bei der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2012.....81

A.18 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2012.....82

A.19 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Geschlecht und Nationalität 2012.....82

A.20 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Altersgruppe 2012.....83

A.21 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Geschlecht und Nationalität 2012.....83

A.22 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Altersgruppe 2012.....84

A.23 Gründe der Beendigung nach Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2012..84

A.24 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2012.....85

A.25 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der entlassenen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2012.....86

A.26 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2012.....87

Daten zu Sicherungsverwahrten (§ 66 StGB), bei denen die Unterbringung im Jahr 2011 beendet wurde („ehemalige Sicherungsverwahrte“).....88

A.27 Geschlecht und Nationalität 2011.....88

A.28 Altersverteilung 2011.....88

A.29 Altersverteilung der entlassenen Sicherungsverwahrten von 2002 – 2011.....89

A.30 Maßgebliche Straftat 2011.....90

A.31 Maßgebliche Straftat der ehemaligen Sicherungsverwahrten von 2002 - 2011.....91

A.32 Maßgebliche Straftat der entlassenen Sicherungsverwahrten von 2002 - 2011.....92

A.33 Anzahl der Sicherungsverwahrten und Beendigungsquote nach Bundesländern 2011.....93

A.34 Dauer der Sicherungsverwahrung 2011.....93

A.35 Dauer der Unterbringung der entlassenen Sicherungsverwahrten 2002 - 2011.....94

A.36 Dauer der vorausgegangenen Strafhaft 2011.....95

A.37 Gesamtdauer der Unterbringung im Justizvollzug (vorausgegangene Strafhaft und Sicherungsverwahrung) 2011.....95

A.38 Dauer der Sicherungsverwahrung der ehemaligen Sicherungsverwahrten nach Dauer der vorausgegangenen Strafhaft 2011.....96

A.39 Dauer der Sicherungsverwahrung der ehemaligen Sicherungsverwahrten nach Alter und Deliktgruppe 2011.....96

A.40 Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung nach Nationalität 2011.....97

A.41 Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung nach Alter und maßgeblicher Straftat 2011.....97

A.42 Gründe der Beendigung nach Dauer der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung 2011.....98

A.43 Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung nach Bundesländern 2011.....98

A.44 Dauer der Sicherungsverwahrung nach Bundesländern 2011.....99

Daten zu Strafgefangenen, bei denen die lebenslange Freiheitsstrafe im Jahr 2011 beendet wurde („ehemalige Lebenslängliche“)

A.1 Geschlecht und Nationalität 2011

		Geschlecht		Nationalität		
		Männer	**Frauen**	**Deutsche**	**Nichtdeutsche**	**Gesamt**
Ehemalige Lebenslängliche	Anzahl	101	4	75	30	**105**
	%	*96,2*	*3,8*	*71,7*	*28,3*	***100,0***
Entlassene Lebenslängliche*	Anzahl	62	4	62	4	**66**
	%	*93,9*	*6,1*	*93,9*	*6,1*	***100,0***

* Teilgruppe der ehemaligen Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe, bei denen der Strafrest gemäß § 57a StGB ausgesetzt wurde oder eine Begnadigung erfolgte

A.2 Altersverteilung 2011

Alter (von... bis unter... Jahre)	**Ehemalige Lebenslängliche**		**Entlassene Lebenslängliche**		**Im Strafvollzug Einsitzende*** **(31.3.2011)**	
	Anzahl	***%***	**Anzahl**	***%***	**Anzahl**	***%***
unter 30 Jahre	1	*1,0*	0	*0,0*	99	*4,8*
30 - 40	8	*7,6*	3	*4,5*	459	*22,4*
40 - 50	36	*34,3*	23	*34,8*	736	*35,9*
50 - 60	34	*32,4*	23	*34,8*	483	*23,6*
60 - 70	19	*18,1*	13	*19,7*	212	*10,4*
Ab 70 Jahre	7	*6,7*	4	*6,1*	59	*2,9*
Gesamt	**105**	***100,0***	**66**	***100,0***	**2048**	***100,0***
Mittelwert:	**52,2 Jahre**		**52,8 Jahre**		–	
Median:	**51,0 Jahre**		**51,5 Jahre**		–	
Minimum:	**29 Jahre**		**36 Jahre**		–	
Maximum:	**83 Jahre**		**72 Jahre**		–	

* Statistisches Bundesamt (2011, 17)

A.3 Altersverteilung der entlassenen Lebenslänglichen 2002 – 2012

Jahr	**Alter (von...bis unter...Jahre)**							
Anzahl *%*	**unter 30**	**30-40**	**40-50**	**50-60**	**60-70**	**ab 70**	**Gesamt**	**Mittel-wert**
2002	0	3	18	5	6	1	**33**	**48,67**
	0,0	*9,1*	*54,5*	*15,2*	*18,2*	*3,0*	***100,0***	
2003	0	6	17	10	7	2	**42**	**51,31**
	0,0	*14,3*	*40,5*	*23,8*	*16,7*	*4,8*	***100,0***	
2004	0	1	14	14	5	2	**36**	**51,28**
	0,0	*2,8*	*38,9*	*38,9*	*13,9*	*5,6*	***100,0***	
2005	0	2	18	11	3	2	**36**	**51,31**
	0,0	*5,6*	*50,0*	*30,6*	*8,3*	*5,6*	***100,0***	
2006	0	2	26	9	2	2	**41**	**48,27**
	0,0	*4,9*	*63,4*	*22,0*	*4,9*	*4,9*	***100,0***	
2007	0	6	20	18	6	4	**54**	**51,83**
	0,0	*11,1*	*37,0*	*33,3*	*11,1*	*7,4*	***100,0***	
2008	0	14	26	17	6	0	**63**	**47,54**
	0,0	*22,2*	*41,3*	*27,0*	*9,5*	*0,0*	***100,0***	
2009	0	6	20	9	6	2	**43**	**50,37**
	0,0	*14*	*46,5*	*20,9*	*14,0*	*4,7*	***100,0***	
2010	0	2	27	19	8	4	**60**	**51,67**
	0,0	*3,3*	*45*	*31,7*	*13,3*	*6,7*	***100,0***	
2011	0	3	23	23	13	4	**66**	**52,83**
	0,0	*4,5*	*34,8*	*34,8*	*19,7*	*6,1*	***100,0***	
2012	0	4	27	23	8	1	**63**	**50,49**
	0,0	*6,3*	*42,9*	*36,5*	*12,7*	*1,6*	***100,0***	

A.4 Anzahl der Gefangenen, Beendigungs- und Entlassungsquote bei der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2011

Bundesland	Anzahl der ehemaligen Lebens-länglichen	Anzahl der einsitzenden Lebens-länglichen (31.3.2011)*	Beendigungs-quote	Anzahl der entlassenen Lebens-länglichen	Entlassungs-quote
Baden-Württemberg	23	259	8,9%	12	4,6%
Bayern	13	279	4,7%	6	2,2%
Berlin	9	116	7,8%	7	6,0%
Brandenburg	5	72	6,9%	3	4,2%
Bremen	0	0	–	0	–
Hamburg	1	60	1,7%	1	1,7%
Hessen	11	194	5,7%	7	3,6%
Mecklenburg-Vorpommern	1	34	2,9%	0	–
Niedersachsen	8	210	3,8%	7	3,3%
Nordrhein-Westfalen	13	457	2,8%	7	1,5%
Rheinland-Pfalz	6	117	5,1%	4	3,4%
Saarland	1	30	3,3%	1	3,3%
Sachsen	5	91	5,5%	4	4,4%
Sachsen-Anhalt	0	61	–	0	–
Schleswig-Holstein	5	23	21,7%	5	21,7%
Thüringen	4	35	11,4%	2	5,7%
Gesamt	**105**	**2048**	5,1%	**66**	3,2%

* Statistisches Bundesamt (2011, 13)

A.5 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2011

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Ehemalige Lebenslängliche**		**Entlassene Lebenslängliche**	
	Anzahl	***%***	**Anzahl**	***%***
bis 5	4	*3,8*	0	*0,0*
5 - 10	8	*7,6*	1	*1,5*
10 - 15	13	*12,4*	4	*6,1*
15 - 20	52	*49,5*	40	*60,6*
20 - 25	13	*12,4*	11	*16,7*
Ab 25	15	*14,3*	10	*15,2*
Gesamt	**105**	***100,0***	**66**	***100,0***
Lagemaße (in Jahren)	Mittelwert:	17,35	Mittelwert:	18,95
	Median:	15,53	Median:	16,26
	Minimum:	1,49	Minimum:	8,89
	Maximum:	38,83	Maximum:	38,83

A.6 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der entlassenen Lebenslänglichen von 2002 – 2012

Jahr	**Dauer** (von... bis unter... Jahre)							
Anzahl *%*	**unter 5**	**5 - 10**	**10 - 15**	**15 - 20**	**20 - 25**	**ab 25**	**Gesamt**	**Median**
2002	0	0	2	25	4	2	33	**17,00**
	0,0	*0,0*	*6,1*	*75,8*	*12,1*	*6,1*	*100,0*	
2003	0	0	2	27	11	2	42	**17,42**
	0,0	*0,0*	*4,8*	*64,3*	*26,2*	*4,8*	*100,0*	
2004	0	1	2	20	8	5	36	**18,29**
	0,0	*2,8*	*5,6*	*55,6*	*22,2*	*13,9*	*100,0*	
2005	1	0	2	21	10	2	36	**19,00**
	2,8	*0,0*	*5,6*	*58,3*	*27,8*	*5,6*	*100,0*	
2006	0	0	4	27	7	3	41	**17,00**
	0,0	*0,0*	*9,8*	*65,9*	*17,1*	*7,3*	*100,0*	
2007	0	0	4	36	9	5	54	**16,17**
	0,0	*0,0*	*7,4*	*66,7*	*16,7*	*9,3*	*100,0*	
2008	0	0	1	46	12	4	63	**16,08**
	0,0	*0,0*	*1,6*	*73,0*	*19,0*	*6,3*	*100,0*	
2009	0	0	2	29	5	8	43	**16,41**
	0,0	*0,0*	*2,3*	*65,4*	*11,6*	*18,6*	*100,0*	
2010	0	2	0	36	8	14	60	**17,80**
	0,0	*3,3*	*0*	*60*	*13,3*	*23,3*	*100,0*	
2011	0	1	4	40	11	10	66	**16,26**
	0,0	*1,5*	*6,1*	*60,6*	*16,7*	*15,2*	*100,0*	
2012	0	0	13	33	9	8	63	**15,59**
	0,0	*0,0*	*20,6*	*52,4*	*14,3*	*12,7*	*100,0*	

A.7 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Geschlecht und Nationalität 2011

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Geschlecht**		**Nationalität**	
	Männer	**Frauen**	**Deutsch**	**Nichtdeutsch**
bis 5	4	0	2	2
5- - 10	8	0	4	4
10 - 15	13	0	6	7
15 - 20	48	4	40	12
20 - 25	13	0	10	3
ab 25	15	0	13	2
Gesamt	**101**	**4**	**75**	**30**

A.8 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Altersgruppe 2011

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Altersgruppe (von... bis unter... Jahre)**						**Gesamt**
	unter 30	**30 - 40**	**40 - 50**	**50 - 60**	**60 - 70**	**ab 70**	
unter 5	1	0	1	1	1	0	**4**
5 – 10	0	2	1	5	0	0	**8**
10 - 15	0	4	6	3	0	0	**13**
15 - 20	0	2	23	15	11	1	**52**
20 - 25	0	0	5	4	1	3	**13**
ab 25	0	0	0	6	6	3	**15**
Gesamt	**1**	**8**	**36**	**34**	**19**	**7**	**105**

A.9 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Geschlecht und Nationalität 2011

Grund		**Geschlecht**		**Nationalität**		**Gesamt**
		Männer	Frauen	Deutsch	Nichtdeutsch	
§ 57a StGB – Aussetzung		62	4	62	4	**66**
§ 456a StPO – Ausweisung		21	0	0	21	**21**
Transferabkommen		3	0	0	3	**3**
Verstorben	**Natürlicher Tod**	10	0	8	2	**10**
	Suizid	3	0	3	0	**3**
Begnadigung		0	0	0	0	**0**
Sonstige		2	0	2	0	**2**
Gesamt		**101**	**4**	**75**	**30**	**105**

A.10 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Altersgruppe 2011

Alter (von... bis unter... Jahre)	**Grund**							**Gesamt**	
	§ 57a StGB – Aussetzung		**§ 456a StPO – Ausweisung**	**Transferabkommen/ Überstellung**	**Begnadigung**	**Verstorben**	**Sonstige**		
	n	*%*	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	*%*
bis 30	0	*0,0*	0	1	0	0	0	**1**	***1,0***
30 - 40	3	*4,5*	4	1	0	0	0	**8**	***7,6***
40 - 50	23	*34,8*	9	1	0	2	1	**36**	***34,3***
50 - 60	23	*34,8*	5	0	0	6	0	**34**	***32,4***
60 - 70	13	*19,7*	1	0	0	4	1	**19**	***18,1***
ab 70	4	*6,1*	2	0	0	1	0	**7**	***6,7***
Gesamt	**66**	***100,0***	**21**	**3**	**0**	**13**	**2**	**105**	***100,0***
Mittelwert:	**52,8**		**48,6**	**36,7**	**0,0**	**58,4**	**54,5**		

A.11 Gründe der Beendigung nach Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2011

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Grund**							**Gesamt**	
	§ 57a StGB – Aussetzung		**§ 456a StPO – Ausweisung**	**Transferabkommen/ Überstellung**	**Begnadigung**	**Verstorben**	**Sonstige**		
	n	*%*	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	*%*
bis 5	0	*0,0*	0	1	0	3	0	**4**	***3,8***
5 - 10	1	*1,5*	3	1	0	3	0	**8**	***7,6***
10 - 15	4	*6,1*	6	1	0	2	0	**13**	***12,4***
15 - 20	40	*60,6*	10	0	0	0	2	**52**	***49,5***
20 - 25	11	*16,7*	2	0	0	0	0	**13**	***12,4***
ab 25	10	*15,2*	0	0	0	5	0	**15**	***14,3***
Gesamt	**66**	***100,0***	**21**	**3**	**0**	**13**	**2**	**105**	***100,0***

A.12 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2011

Bundesland	Dauer (von... bis unter...Jahre)						n	Lagemaße			
	1-5	5-10	10-15	15-20	20-25	ab 25		Mittel-wert	Median	Min.	Max.
Baden-Württemberg	1	2	2	14	2	2	**23**	15,8	15,0	1,5	32,9
Bayern	2	1	1	4	4	1	**13**	16,1	16,5	2,2	28,7
Berlin	0	0	1	3	2	3	**9**	21,9	22,5	12,2	32,6
Brandenburg	0	0	1	2	0	2	**5**	21,3	18,6	14,8	29,3
Bremen	–	–	–	–	–	–	**0**	–	–	–	–
Hamburg	0	0	0	1	0	0	**1**	–	–	18,5	–
Hessen	1	1	1	5	2	1	**11**	16,1	15,6	4,4	29,3
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	0	**1**	–	–	5,9	–
Niedersachsen	0	0	0	6	1	1	**8**	18,6	15,2	15,0	32,5
Nordrhein-Westfalen	0	0	4	5	0	4	**13**	19,8	15,3	10,0	38,8
Rheinland-Pfalz	0	2	0	2	1	1	**6**	17,1	17,6	6,5	26,9
Saarland	0	0	0	0	1	0	**1**	–	–	21,8	–
Sachsen	0	0	1	4	0	0	**5**	16,0	15,0	14,4	18,7
Sachsen-Anhalt	–	–	–	–	–	–	**0**	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	0	1	2	2	0	0	**5**	14,0	14,8	8,9	16,2
Thüringen	0	0	0	4	0	0	**4**	15,5	15,4	15,0	16,1
Gesamt	**4**	**8**	**13**	**52**	**13**	**15**	**105**				

A.13 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der entlassenen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2011

Bundesland	Dauer (von... bis unter...Jahre)						n	Lagemaße			
	1-5	5-10	10-15	15-20	20-25	ab 25		Mittel-wert	Median	Min.	Max.
Baden-Württemberg	0	0	0	8	2	2	**12**	19,0	15,1	15,0	32,9
Bayern	0	0	0	3	2	1	**6**	20,1	18,5	15,7	28,7
Berlin	0	0	0	3	2	2	**7**	21,7	22,5	15,0	30,8
Brandenburg	0	0	1	2	0	0	**3**	16,4	15,7	14,8	18,6
Bremen	–	–	–	–	–	–	**0**	–	–	–	–
Hamburg	0	0	0	1	0	0	**1**	–	–	18,5	–
Hessen	0	0	0	5	2	0	**7**	17,7	17,2	15,1	22,1
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	–	–	–	**0**	–	–	–	–
Niedersachsen	0	0	0	6	1	0	**7**	16,7	15,0	15,0	24,3
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	3	0	4	**7**	24,2	26,8	15,0	38,8
Rheinland-Pfalz	0	0	0	2	1	1	**4**	21,7	21,5	16,7	26,9
Saarland	0	0	0	0	1	0	**1**	–	–	21,8	–
Sachsen	0	0	1	3	0	0	**4**	15,8	15,0	14,4	18,7
Sachsen-Anhalt	–	–	–	–	–	–	**0**	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	0	1	2	2	0	0	**5**	14,0	14,8	8,9	16,2
Thüringen	0	0	0	2	0	0	**2**	15,9	15,9	15,6	16,1
Gesamt	**0**	**1**	**4**	**40**	**11**	**10**	**66**				

A.14 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2011

Bundesland	Grund					Gesamt
	§ 57a StGB – Ausset-zung	§ 456a StPO Ausweisung	Transfer-abkommen/ Überstellung	Verstorben	Sonstige	
Baden-Württemberg	12	7	1	2	1	**23**
Bayern	6	4	1	2	0	**13**
Berlin	7	1	0	1	0	**9**
Brandenburg	3	0	0	2	0	**5**
Bremen	0	0	0	0	0	**0**
Hamburg	1	0	0	0	0	**1**
Hessen	7	1	0	3	0	**11**
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	1	0	**1**
Niedersachsen	7	0	0	1	0	**8**
Nordrhein-Westfalen	7	6	0	0	0	**13**
Rheinland-Pfalz	4	0	1	1	0	**6**
Saarland	1	0	0	0	0	**1**
Sachsen	4	0	0	0	1	**5**
Sachsen-Anhalt	0	0	0	0	0	**0**
Schleswig-Holstein	5	0	0	0	0	**5**
Thüringen	2	2	0	0	0	**4**
Gesamt	**66**	**21**	**3**	**13**	**2**	**105**

Daten zu Strafgefangenen, bei denen die lebenslange Freiheitsstrafe im Jahr 2012 beendet wurde („ehemalige Lebenslängliche“)

A.15 Geschlecht und Nationalität 2012

		Geschlecht		Nationalität		
		Männer	**Frauen**	**Deutsche**	**Nichtdeutsche**	**Gesamt**
Ehemalige Lebenslängliche	Anzahl	91	8	68	31	**99**
	%	*91,9*	*8,1*	*68,7*	*31,3*	***100,0%***
Entlassene Lebenslängliche*	Anzahl	58	5	60	3	**63**
	%	*92,1*	*7,9*	*95,2*	*4,8*	***100,0%***

* Teilgruppe der ehemaligen Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe, bei denen der Strafrest gemäß § 57a StGB ausgesetzt wurde oder eine Begnadigung erfolgte

A.16 Altersverteilung 2012

Alter (von... bis unter... Jahre)	**Ehemalige Lebenslängliche**		**Entlassene Lebenslängliche**		**Im Strafvollzug Einsitzende* (31.3.2012)**	
	Anzahl	***%***	**Anzahl**	***%***	**Anzahl**	***%***
unter 30 Jahre	0	*0,0*	0	*0,0*	90	*4,4*
30 - 40	7	*7,1*	4	*6,3*	447	*22,0*
40 - 50	42	*42,4*	27	*42,9*	705	*34,7*
50 - 60	32	*32,3*	23	*36,5*	515	*25,4*
60 - 70	16	*16,2*	8	*12,7*	213	*10,5*
Ab 70 Jahre	2	*2,0*	1	*1,6*	61	*3,0*
Gesamt	**99**	***100,0%***	**63**	***100,0%***	**2031**	***100,0%***
Mittelwert:	**51,3**		**50,5**		–	
Median:	**50,0**		**50,0**		–	
Minimum:	**33**		**36**		–	
Maximum:	**77**		**71**		–	

* Statistisches Bundesamt (2012b, 17)

A.17 Anzahl der Gefangenen, Beendigungs- und Entlassungsquote bei der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2012

Bundesland	Anzahl der ehemaligen Lebens-länglichen	Anzahl der einsitzenden Lebens-länglichen (31.3.2012)*	Beendigungs-quote	Anzahl der entlassenen Lebens-länglichen	Entlassungs-quote
Baden-Württemberg	16	252	6,3%	10	4,0%
Bayern	16	274	5,8%	8	2,9%
Berlin	6	114	5,3%	5	4,4%
Brandenburg	4	71	5,6%	3	4,2%
Bremen	0	1	–	0	–
Hamburg	4	57	7,0%	3	5,3%
Hessen	13	195	6,7%	4	2,1%
Mecklenburg-Vorpommern	2	34	5,9%	2	5,9%
Niedersachsen	4	205	2,0%	3	1,5%
Nordrhein-Westfalen	16	452	3,5%	12	2,7%
Rheinland-Pfalz	6	116	5,2%	2	1,7%
Saarland	2	31	6,5%	2	6,5%
Sachsen	5	93	5,4%	4	4,3%
Sachsen-Anhalt	3	62	4,8%	3	4,8%
Schleswig-Holstein	1	36	2,8%	1	2,8%
Thüringen	1	38	2,6%	1	2,6%
Gesamt	**99**	**2031**	4,9%	**63**	3,1%

* Statistisches Bundesamt (2012b, 13)

A.18 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2012

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Ehemalige Lebenslängliche**		**Entlassene Lebenslängliche**	
	Anzahl	***%***	**Anzahl**	***%***
bis 5	2	*2,0*	0	*0,0*
5 - 10	4	*4,0*	0	*0,0*
10 - 15	22	*22,2*	13	*20,6*
15 - 20	47	*47,5*	33	*52,4*
20 - 25	13	*13,1*	9	*14,3*
Ab 25	11	*11,1*	8	*12,7*
Gesamt	**99**	***100,0%***	**63**	***100,0%***
Lagemaße (in Jahren)	Mittelwert:	17,33	Mittelwert:	18,32
	Median:	15,15	Median:	15,59
	Minimum:	2,88	Minimum:	13,50
	Maximum:	40,14	Maximum:	40,11

A.19 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Geschlecht und Nationalität 2012

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Geschlecht**		**Nationalität**	
	Männer	**Frauen**	**Deutsch**	**Nichtdeutsch**
bis 5	2	0	1	1
5 - 10	4	0	1	3
10 - 15	19	3	12	10
15 - 20	42	5	32	15
20 - 25	13	0	11	2
ab 25	11	0	11	0
Gesamt	**91**	**8**	**68**	**31**

A.20 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Altersgruppe 2012

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Altersgruppe (von... bis unter... Jahre)**						**Gesamt**
	unter 30	**30 - 40**	**40 - 50**	**50 - 60**	**60 - 70**	**ab 70**	
unter 5	0	0	0	0	1	1	**2**
5 – 10	0	2	1	1	0	0	**4**
10 - 15	0	1	13	6	2	0	**22**
15 - 20	0	4	26	12	5	0	**47**
20 - 25	0	0	1	8	4	0	**13**
ab 25	0	0	1	5	4	1	**11**
Gesamt	**0**	**7**	**42**	**32**	**16**	**2**	**99**

A.21 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Geschlecht und Nationalität 2012

Grund		**Geschlecht**		**Nationalität**		**Gesamt**
		Männer	Frauen	Deutsch	Nichtdeutsch	
§ 57a StGB – Aussetzung		58	5	60	3	**63**
§ 456a StPO – Ausweisung		18	2	0	20	**20**
Transferabkommen		4	0	0	4	**4**
Verstorben	**Natürlicher Tod**	9	0	7	2	**9**
	Suizid	1	0	0	1	**1**
Begnadigung		0	0	0	0	**0**
Sonstige		1	1	1	1	**2**
Gesamt		**91**	**8**	**68**	**31**	**99**

A.22 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Altersgruppe 2012

Alter (von... bis unter... Jahre)	**Grund**							**Gesamt**	
	§ 57a StGB – Aussetzung		**§ 456a StPO – Ausweisung**	**Transferabkommen/ Überstellung**	**Begnadigung**	**Verstorben**	**Sonstige**		
	n	*%*	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	*%*
bis 30	0	*0,0*	0	0	0	0	0	**0**	***0,0***
30 - 40	4	*6,4*	1	2	0	0	0	**7**	***7,1***
40 - 50	27	*42,9*	13	0	0	2	0	**42**	***42,4***
50 - 60	23	*36,5*	4	1	0	3	1	**32**	***32,3***
60 - 70	8	*12,7*	2	1	0	5	0	**16**	***16,2***
ab 70	1	*1,6*	0	0	0	0	1	**2**	***2,0***
Gesamt	**63**	***100,0***	**20**	**4**	**0**	**10**	**2**	**99**	***100,0%***
Mittelwert:	**50,5**		**49,7**	**46,5**	**–**	**57,9**	**67,0**		

A.23 Gründe der Beendigung nach Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe 2012

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Grund**							**Gesamt**	
	§ 57a StGB – Aussetzung		**§ 456a StPO – Ausweisung**	**Transferabkommen/ Überstellung**	**Begnadigung**	**Verstorben**	**Sonstige**		
	n	*%*	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	**n**	*%*
bis 5	0	*0,0*	0	1	0	0	1	**2**	***2,0***
5 - 10	0	*0,0*	0	2	0	2	0	**4**	***4,0***
10 - 15	13	*20,6*	6	0	0	2	1	**22**	***22,2***
15 - 20	33	*52,4*	13	1	0	0	0	**47**	***47,5***
20 - 25	9	*14,3*	1	0	0	3	0	**13**	***13,1***
ab 25	8	*12,7*	0	0	0	3	0	**11**	***11,1***
Gesamt	**63**	***100,0***	**20**	**4**	**0**	**10**	**2**	**99**	***100,0%***

A.24 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der ehemaligen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2012

Bundesland	Dauer (von... bis unter...Jahre)						n	Lagemaße			
	1-5	5-10	10-15	15-20	20-25	ab 25		Mittel-wert	Median	Min.	Max.
Baden-Württemberg	1	2	3	6	1	3	**16**	16,6	15,0	4,0	32,7
Bayern	0	0	1	10	1	4	**16**	19,9	16,8	15,0	40,1
Berlin	0	0	0	4	1	1	**6**	18,4	16,2	15,0	27,2
Brandenburg	0	0	0	1	2	1	**4**	25,7	22,5	17,5	40,1
Bremen	0	0	0	0	0	0	**0**	–	–	–	–
Hamburg	0	0	4	0	0	0	**4**	13,4	13,7	11,5	14,8
Hessen	0	1	7	5	0	0	**13**	14,7	15,0	10,0	19,5
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	1	1	0	0	**2**	15,7	15,7	14,9	16,4
Niedersachsen	0	1	1	0	1	1	**4**	17,6	18,3	6,7	27,3
Nordrhein-Westfalen	0	0	1	10	5	0	**16**	17,8	16,0	13,9	25,0
Rheinland-Pfalz	0	0	4	1	1	0	**6**	14,8	14,9	10,2	20,8
Saarland	0	0	0	1	1	0	**2**	19,4	19,4	17,0	21,8
Sachsen	1	0	0	4	0	0	**5**	13,3	15,0	2,9	18,3
Sachsen-Anhalt	0	0	0	2	0	1	**3**	19,2	15,1	15,0	27,7
Schleswig-Holstein	0	0	0	1	0	0	**1**	15,0	15,0	15,0	15,0
Thüringen	0	0	0	1	0	0	**1**	19,0	19,0	19,0	19,0
Gesamt	**2**	**5**	**22**	**47**	**12**	**11**	**99**				

A.25 Dauer der lebenslangen Freiheitsstrafe der entlassenen Lebenslänglichen nach Bundesländern 2012

Bundesland	Dauer (von... bis unter...Jahre)						n	Lagemaße			
	1-5	5-10	10-15	15-20	20-25	ab 25		Mittel-wert	Median	Min.	Max.
Baden-Württemberg	0	0	2	5	1	2	**10**	18,9	16,6	15,0	29,3
Bayern	0	0	1	3	1	3	**8**	22,2	18,6	15,0	40,1
Berlin	0	0	0	3	1	1	**5**	19,0	16,7	15,0	27,2
Brandenburg	0	0	0	1	2	0	**3**	20,8	20,8	17,5	24,1
Bremen	0	0	0	0	0	0	**0**	–	–	–	–
Hamburg	0	0	3	0	0	0	**3**	14,1	13,9	13,5	14,8
Hessen	0	0	3	1	0	0	**4**	16,0	15,0	14,4	19,5
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	1	1	0	0	**2**	15,7	15,7	14,9	16,4
Niedersachsen	0	0	1	0	1	1	**3**	21,3	22,1	14,5	27,3
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	10	2	0	**12**	17,1	15,0	15,0	25,0
Rheinland-Pfalz	0	0	2	0	0	0	**2**	14,9	14,9	14,8	15,0
Saarland	0	0	0	1	1	0	**2**	19,4	19,4	17,0	21,8
Sachsen	0	0	0	4	0	0	**4**	16,0	15,3	15,0	18,3
Sachsen-Anhalt	0	0	0	2	0	1	**3**	19,2	15,1	15,0	27,7
Schleswig-Holstein	0	0	0	1	0	0	**1**	15,0	15,0	15,0	15,0
Thüringen	0	0	0	1	0	0	**1**	19,0	19,0	19,0	19,0
Gesamt	**0**	**1**	**13**	**33**	**8**	**8**	**63**				

A.26 Gründe der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach Bundesländern 2012

Bundesland	Grund					Gesamt
	§ 57a StGB – Ausset-zung	§ 456a StPO Ausweisung	Transfer-abkommen/ Überstellung	Verstorben	Sonstige	
Baden-Württemberg	10	2	3	1	0	**16**
Bayern	8	6	1	1	0	**16**
Berlin	5	1	0	0	0	**6**
Brandenburg	3	0	0	1	0	**4**
Bremen	0	0	0	0	0	**0**
Hamburg	3	1	0	0	0	**4**
Hessen	4	7	0	1	1	**13**
Mecklenburg-Vorpommern	2	0	0	0	0	**2**
Niedersachsen	3	0	0	1	0	**4**
Nordrhein-Westfalen	12	2	0	2	0	**16**
Rheinland-Pfalz	2	1	0	3	0	**6**
Saarland	2	0	0	0	0	**2**
Sachsen	4	0	0	0	1	**5**
Sachsen-Anhalt	3	0	0	0	0	**3**
Schleswig-Holstein	1	0	0	0	0	**1**
Thüringen	1	0	0	0	0	**1**
Gesamt	**63**	**20**	**4**	**10**	**2**	**99**

Daten zu Sicherungsverwahrten (§ 66 StGB), bei denen die Unterbringung im Jahr 2011 beendet wurde („ehemalige Sicherungsverwahrte“)

A.27 Geschlecht und Nationalität 2011

		Geschlecht		Nationalität		
		Männer	**Frauen**	**Deutsche**	**Nichtdeutsche**	**Gesamt**
Ehemalige Sicherungsverwahrte	**Anzahl**	128	0	125	4	**129***
	%	*99,2*	*0*	*96,9*	*3,1*	***100***
Entlassene Sicherungsverwahrte	**Anzahl**	113	0	112	2	**114***
	%	*99,1*	*0*	*98,2*	*1,8*	***100***

* Eine fehlende Angabe zum Geschlecht

A.28 Altersverteilung 2011

Altersgruppe (von ... bis unter ... Jahre)	**Ehemalige Sicherungsverwahrte**		**Entlassene Sicherungsverwahrte**[1]		**Untergebrachte Sicherungsverwahrte**[2] **(31.3.2011)**	
	Anzahl	*%*	**Anzahl**	*%*	**Anzahl**	*%*
unter 30	0	*0,0*	0	*0,0*	1	*0,2*
30 - 40	4	*3,1*	3	*2,6*	38	*7,5*
40 - 50	26	*20,2*	19	*16,7*	164	*32,5*
50 - 60	55	*42,6*	51	*44,7*	201	*39,9*
60 - 70	29	*22,5*	28	*24,6*	100	*19,9*
über 70	15	*11,6*	13	*11,4*		
Gesamt	**129**	***100,0***	**114**	***100,0***	**504**	*100,0*
Mittelwert:	**56,8 Jahre**		**57,4 Jahre**		**–**	
Median:	**56,0 Jahre**		**56,5 Jahre**		**–**	
Minimum:	**32 Jahre**		**33 Jahre**		**–**	
Maximum:	**79 Jahre**		**78 Jahre**		**–**	

1 Teilgruppe der ehemaligen Sicherungsverwahrten, bei denen entweder die weitere Unterbringung gemäß § 67d II StGB ausgesetzt oder die Maßregel für erledigt erklärt (§ 67d III StGB, Art. 316e III EGStGB) wurde

2 Statistisches Bundesamt (2011, 14)

A.29 Altersverteilung der entlassenen Sicherungsverwahrten von 2002 – 2011

		Alter (von... bis unter... Jahre)							
Jahr	Anzahl %	**unter 30**	**30-40**	**40-50**	**50-60**	**60-70**	**ab 70**	**Gesamt**	**Mittel-wert**
2002		0	0	3	8	7	0	**18**	**55,78**
		0,0	*0*	*16,7*	*44,4*	*38,9*	*0,0*	***100,0***	
2003		0	0	0	6	6	1	**13**	**58,38**
		0,0	*0,0*	*0,0*	*46,1*	*46,1*	*7,8*	***100,0***	
2004		0	0	4	5	4	2	**15**	**58,67**
		0,0	*0,0*	*26,7*	*33,3*	*26,7*	*13,3*	***100,0***	
2005		0	0	4	7	8	3	**22**	**58,32**
		0,0	*0,0*	*18,2*	*31,8*	*36,4*	*13,6*	***100,0***	
2006		0	1	10	4	9	2	**26**	**55,15**
		0,0	*3,8*	*38,5*	*15,4*	*34,6*	*7,7*	***100,0***	
2007		0	0	2	5	8	1	**16**	**59,69**
		0,0	*0,0*	*12,5*	*31,3*	*50,0*	*6,3*	***100,0***	
2008		0	0	8	3	5	1	**17**	**54,94**
		0,0	*0*	*47,1*	*17,6*	*29,4*	*5,9*	***100,0***	
2009		0	1	4	10	7	3	**25**	**58,08**
		0,0	*4,0*	*16,0*	*40,0*	*28,0*	*12,0*	***100,0***	
2010		0	0	10	23	21	6	**60**	**58,90**
		0,0	*0,0*	*16,7*	*38,3*	*35,0*	*10,0*	***100,0***	
2011		0	3	19	51	28	13	**114**	**57,41**
		0,0	*2,6*	*16,7*	*44,7*	*24,6*	*11,4*	***100,0***	

A.30 Maßgebliche Straftat 2011

Maßgebliche Straftat		Ehemalige Sicherungsverwahrte		Entlassene Sicherungsverwahrte	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Sexualdelikte	ohne Gewalt	13	*10,1*	11	*9,6*
	mit Gewalt	29	*22,5*	26	*22,8*
Tötungsdelikte		13	*10,1*	11	*9,6*
Körperverletzung		3	*2,3*	3	*2,6*
Gefährliche Körperverletzung		6	*4,7*	1	*0,9*
Eigentumsdelikte	ohne Gewalt	37	*28,7*	36	*31,6*
	mit Gewalt	23	*17,8*	22	*19,3*
Brandstiftung		3	*2,3*	2	*1,8*
Sonstige		2	*1,6*	2	*1,8*
Gesamt		**129**	***100,0***	**114**	***100,0***

A.31 Maßgebliche Straftat der ehemaligen Sicherungsverwahrten von 2002 - 2011

Jahr	**Deliktgruppe**									
	Sexual-delikte		**Tötungsdelikte**	**Körper-verletzung**		**Eigentums-delikte**		**Brandstiftung**	**Sonstige**	**Gesamt**
Anzahl %	ohne Gewalt	mit Gewalt		**insgesamt**	gefährliche	ohne Gewalt	mit Gewalt			
2002	0	5	2	2	2	11	2	0	0	**22**
	0,0	*22,7*	*9,1*	*9,1*		*50,0*	*9,1*	*0,0*	*0,0*	***100,0***
2003	1	4	3	1	1	4	7	0	1	**21**
	4,8	*19,1*	*14,3*	*4,8*		*19,1*	*33,3*	*0,0*	*4,8*	***100,0***
2004	1	10	4	1	0	5	5	0	0	**26**
	3,9	*38,5*	*15,4*	*3,9*		*19,2*	*19,2*	*0,0*	*0,0*	***100,0***
2005	6	13	4	6	4	5	4	1	1	**40**
	15,0	*32,5*	*10,0*	*15,0*		*12,5*	*10,0*	*2,5*	*2,5*	***100,0***
2006	1	6	5	3	2	10	9	0	3	**37**
	2,7	*16,2*	*13,5*	*8,1*		*27,0*	*24,3*	*0,0*	*8,1*	***100,0***
2007	7	6	3	2	2	7	9	0	1	**35**
	20,0	*17,1*	*8,6*	*5,7*		*20,0*	*25,7*	*0,0*	*2,9*	***100,0***
2008	1	14	3	1	0	1	8	1	0	**29**
	3,4	*48,3*	*10,3*	*3,4*		*3,4*	*27,6*	*3,4*	*0,0*	***100***
2009	3	14	3	2	0	7	5	1	3	**37**
	8,1	*37,8*	*8,1*	*5,4*		*18,9*	*13,5*	*2,7*	*8,1*	***100,0***
2010	7	27	7	5	2	12	13	0	3	**74**
	9,5	*36,5*	*9,5*	*6,8*		*16,2*	*17,6*	*0*	*4,1*	***100,0***
2011	13	29	13	9	6	37	23	3	2	**129**
	10,1	*22,5*	*10,1*	*7,0*		*28,7*	*17,8*	*2,3*	*1,6*	***100,0***

A.32 Maßgebliche Straftat der entlassenen Sicherungsverwahrten von 2002 - 2011

Jahr	**Deliktgruppe**									
	Sexual-delikte		**Tötungsdelikte**	**Körper-verletzung**		**Eigentums-delikte**		**Brandstiftung**	**Sonstige**	**Gesamt**
Anzahl %	ohne Gewalt	mit Gewalt		**insgesamt**	gefährliche	ohne Gewalt	mit Gewalt			
2002	0	4	2	1	1	10	1	0	0	**18**
	0,0	*22,2*	*11,1*	*5,6*	*5,6*	*55,6*	*5,6*	*0,0*	*0,0*	***100,0***
2003	0	1	1	1	0	4	5	0	1	**13**
	0,0	*7,7*	*7,7*	*7,7*	*0,0*	*30,8*	*38,5*	*0,0*	*7,7*	***100,0***
2004	1	4	3	1	1	5	1	0	0	**15**
	6,7	*26,7*	*20,0*	*6,7*	*6,7*	*33,3*	*6,7*	*0,0*	*0,0*	***100,0***
2005	3	8	1	1	0	5	3	0	1	**22**
	13,6	*36,4*	*4,5*	*4,5*	*0,0*	*22,7*	*13,6*	*0,0*	*4,5*	***100,0***
2006	0	2	4	2	1	9	6	0	3	**26**
	0,0	*7,7*	*15,4*	*7,7*	*3,8*	*34,6*	*23,1*	*0,0*	*11,5*	***100,0***
2007	3	3	1	0	0	5	4	0	0	**16**
	18,8	*18,8*	*6,3*	*0,0*	*0,0*	*31,3*	*25,0*	*0,0*	*0,0*	***100,0***
2008	0	6	3	1	0	0,0	6	1	0	**17**
	0,0	*35,3*	*17,6*	*5,9*	*0,0*	*0,0*	*35,3*	*5,9*	*0,0*	***100,0***
2009	2	7	2	1	0	7	4	0	2	**25**
	8,0	*28,0*	*8,0*	*4,0*	*0,0*	*28,0*	*16,0*	*0,0*	*8,0*	***100,0***
2010	5	23	4	3	0	10	13	0	2	**60**
	8,3	*38,8*	*6,7*	*5,0*	*0,0*	*16,7*	*21,7*	*0,0*	*3,3*	***100,0***
2011	11	26	11	4	1	36	22	2	2	**114**
	9,6	*22,8*	*9,6*	*3,5*	*0,9*	*31,6*	*19,3*	*1,8*	*1,8*	***100,0***

A.33 Anzahl der Sicherungsverwahrten und Beendigungsquote nach Bundesländern 2011

Bundesland	Anzahl der ehemaligen Sicherungs-verwahrten	Anzahl der untergebrachten Sicherungsverwahrten zum 31.3.2011*	Verhältnis der ehemaligen zu den untergebrachten Sicherungsverwahrten
Baden-Württemberg	14	73	19,2%
Bayern	32	68	47,1%
Berlin	11	40	27,5%
Brandenburg	1	8	12,5%
Bremen	0	–	–
Hamburg	5	21	23,8%
Hessen	9	53	17,0%
Mecklenburg-Vorpommern	1	4	25,0%
Niedersachsen	8	41	19,5%
Nordrhein-Westfalen	39	118	33,1%
Rheinland-Pfalz	5	44	11,4%
Saarland	0	1	–
Sachsen	0	1	–
Sachsen-Anhalt	1	18	5,6%
Schleswig-Holstein	3	12	25,0%
Thüringen	0	2	–
Gesamt	**129**	**504**	25,6%

* Statistisches Bundesamt (2011, 13)

A.34 Dauer der Sicherungsverwahrung 2011

Dauer (von..bis unter..Jahre)	**Ehemalige Sicherungsverwahrte**		**Entlassene Sicherungsverwahrte**	
	Anzahl	***%***	**Anzahl**	**%**
unter 1	14	*10,9*	10	*8,8*
1 - 2	15	*11,6*	13	*11,4*
2 - 3	11	*8,5*	6	*5,3*
3 - 4	9	*7,0*	8	*7,0*
4 - 5	10	*7,8*	10	*8,8*
5 - 10	26	*20,2*	23	*20,2*
10 - 15	30	*23,3*	30	*26,3*
ab 15	14	*10,9*	14	*12,3*
Gesamt	**129**	***100,0***	**114**	***100,0***
Lagemaße (in Jahren)	Mittelwert:	**7,0 Jahre**	Mittelwert:	**7,6 Jahre**
	Median:	**5,4 Jahre**	Median:	**6,2 Jahre**
	Minimum:	**0,02 Jahre**	Minimum:	**0,1 Jahre**
	Maximum:	**20,7 Jahre**	Maximum:	**20,7 Jahre**

A.35 Dauer der Unterbringung der entlassenen Sicherungsverwahrten 2002 - 2011

Jahr	**Dauer** (von...bis unter...Jahre)									
Anzahl *%*	**unter 1**	**1-2**	**2-3**	**3-4**	**4-5**	**5-10**	**10-15**	**ab 15**	**Gesamt**	**Median**
2002	2	2	1	2	3	4	4	0	**18**	**4,46**
	11,1	*11,1*	*5,6*	*11,1*	*16,7*	*22,2*	*22,2*	*0,0*	***100,0***	
2003	0	0	3	0	1	5	4	0	**13**	**6,58**
	0,0	*0,0*	*23,1*	*0,0*	*7,7*	*38,5*	*30,8*	*0,0*	***100,0***	
2004	1	4	0	2	2	5	1	0	**15**	**4,67**
	6,7	*26,7*	*0,0*	*13,3*	*13,3*	*33,3*	*6,7*	*0,0*	***100,0***	
2005	0	1	1	1	2	10	5	2	**22**	**6,54**
	0,0	*4,6*	*4,6*	*4,6*	*9,1*	*45,5*	*22,1*	*9,1*	***100,0***	
2006	2	0	1	3	2	6	7	2	**25**	**5,04**
	8,3	*8,3*	*8,3*	*12,5*	*8,3*	*37,5*	*16,7*	*0,0*	***100,0***	
2007	2	0	3	1	1	3	3	3	**16**	**5,17**
	12,5	*0,0*	*18,8*	*6,3*	*6,3*	*18,8*	*18,8*	*18,8*	***100,0***	
2008	0	0	4	2	1	4	4	2	**17**	**7,25**
	0,0	*0,0*	*23,5*	*11,8*	*5,9*	*23,5*	*23,5*	*11,8*	***100,0***	
2009	1	1	1	4	2	6	8	2	**25**	**7,12**
	4,0	*4,0*	*4,0*	*16,0*	*8,0*	*24,0*	*32,0*	*8,0*	***100,0***	
2010	3	0	4	1	3	11	28	10	**60**	**10,71**
	5,0	*0,0*	*5,0*	*3,3*	*3,3*	*18,3*	*45,0*	*20,0*	***100,0***	
2011	10	13	6	8	10	23	30	14	**114**	**6,23**
	8,8	*11,4*	*5,3*	*7,0*	*8,8*	*20,2*	*26,3*	*12,3*	***100,0***	

A.36 Dauer der vorausgegangenen Strafhaft 2011

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Ehemalige Sicherungsverwahrte**		**Entlassene Sicherungsverwahrte**	
	Anzahl	**%**	**Anzahl**	**%**
unter 1	2	*1,6*	2	*1,8*
1 - 2	4	*3,1*	3	*2,7*
2 - 3	9	*7,0*	8	*7,1*
3 - 4	13	*10,2*	11	*9,7*
4 - 5	16	*12,5*	16	*14,2*
5 - 10	62	*48,4*	54	*47,8*
10 - 15	16	*12,5*	14	*12,4*
ab 15	6	*4,7*	5	*4,4*
Gesamt	**128***	***100,0***	**113***	***100,0***
Lagemaße (in Jahren)	Mittelwert:	**6,9 Jahre**	Mittelwert:	**6,8 Jahre**
	Median:	**6,0 Jahre**	Median:	**6,0 Jahre**
	Minimum:	**0,9 Jahre**	Minimum:	**0,9 Jahre**
	Maximum:	**27,0 Jahre**	Maximum:	**27,0 Jahre**

* Ein Fall ohne Angabe der vorausgegangenen Strafhaft

A.37 Gesamtdauer der Unterbringung im Justizvollzug (vorausgegangene Strafhaft und Sicherungsverwahrung) 2011

Dauer (von ... bis unter... Jahre)	**Ehemalige Sicherungsverwahrte**		**Entlassene Sicherungsverwahrte**	
	Anzahl	**%**	**Anzahl**	**%**
unter 3	2	*1,6*	2	*1,8*
3 – 5	2	*1,6*	1	*0,9*
5 - 10	32	*24,8*	24	*21,2*
10 - 15	45	*34,9*	41	*36,3*
ab 15	47	*36,4*	45	*39,8*
Gesamt	**128***	***100,0***	**113***	***100,0***
Lagemaße (in Jahren)	Mittelwert:	**13,9 Jahre**	Mittelwert:	**14,5 Jahre**
	Median:	**13,3 Jahre**	Median:	**13,9 Jahre**
	Minimum:	**2,4 Jahre**	Minimum:	**2,4 Jahre**
	Maximum:	**40,4 Jahre**	Maximum:	**40,4 Jahre**

* Ein Fall ohne Angabe der vorausgegangenen Strafhaft

A.38 Dauer der Sicherungsverwahrung der ehemaligen Sicherungsverwahrten nach Dauer der vorausgegangenen Strafhaft 2011

Dauer Sicherungsverwahrung (von... bis unter... Jahre)	**Dauer vorausgegangener Strafhaft** (von... bis unter... Jahre)					
	unter 3	**3 – 5**	**5 - 10**	**10 - 15**	**ab 15**	**Gesamt**
unter 1	2	2	7	3	0	**14**
1 - 2	1	1	7	2	3	**14**
2 - 3	0	1	7	2	1	**11**
3 - 4	1	1	5	1	1	**9**
4 - 5	1	1	7	1	0	**10**
5 - 10	5	7	12	2	0	**26**
10 - 15	3	11	12	3	1	**30**
ab 15	2	5	5	2	0	**14**
Gesamt	**15**	**29**	**62**	**16**	**6**	**128***

A.39 Dauer der Sicherungsverwahrung der ehemaligen Sicherungsverwahrten nach Alter und Deliktgruppe 2011

Dauer (von... bis unter... Jahre)	**Altersgruppe** (von... bis unter... Jahre)					**Deliktgruppe**								**Gesamt**
	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	ab 70	**Sonstige Delikte**	**Sexual-delikte**		**Tötungsdelikte**	**Körper-ver-letzung**	**Eigen-tums-delikte**		**Brandstiftung**	
							ohne Gewalt	mit Gewalt			ohne Gewalt	mit Gewalt		
unter 1	1	4	8	0	1	1	0	1	2	3	5	2	0	14
1 - 2	1	5	4	5	0	0	1	2	2	0	9	1	0	15
2 - 3	0	3	4	3	1	0	1	2	2	0	5	1	0	11
3 - 4	0	2	4	2	1	0	0	1	1	1	4	2	0	9
4 - 5	2	2	3	3	0	0	3	0	0	0	4	3	0	10
5 - 10	0	7	9	4	6	1	1	6	3	2	6	6	1	26
10 - 15	0	3	15	8	4	0	3	10	3	3	3	7	1	30
ab 15	0	0	8	4	2	0	4	7	0	0	1	1	1	14
Gesamt	**4**	**26**	**55**	**29**	**15**	**2**	**13**	**29**	**13**	**9**	**37**	**23**	**3**	**129**

A.40 Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung nach Nationalität 2011

Grund der Beendigung	Ehemalige Sicherungsverwahrte			
	Nationalität		Gesamt	
	deutsch	andere	Anzahl	%
§ 67a II StGB – andere Maßregel	7	0	7	*5,4*
§ 67d II StGB – Aussetzung	48	1	49	*38,0*
§ 67d III StGB – Erledigung	37	1	38	*29,5*
Art. 316e III EGStGB - „Altfall“	27	0	27	*20,9*
Verstorben	3	0	3	*2,3*
Sonstige	3	2	5	*3,9*
Gesamt	**125**	**4**	**129**	***100,0***

A.41 Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung nach Alter und maßgeblicher Straftat 2011

Grund der Beendigung	Altersgruppe (von... bis unter... Jahre)					Deliktgruppe								Gesamt
	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	ab 70	Sonstige Delikte	Sexualdelikte		Tötungsdelikte	Körperverletzung	Eigentumsdelikte		Brandstiftung	
							ohne Gewalt	mit Gewalt			ohne Gewalt	mit Gewalt		
§ 67a II StGB – andere Maßregel	1	2	4	0	0	0	2	2	1	2	0	0	0	7
§ 67d II StGB – Aussetzung	1	12	23	11	2	2	5	13	6	4	5	14	0	49
§ 67d III StGB – Erledigung	0	3	20	8	7	0	6	12	5	0	7	6	2	38
Art. 316e Abs. 3 EGStGB - „Altfall“	2	4	8	9	4	0	0	1	0	0	24	2	0	27
Verstorben	0	1	0	1	1	0	0	1	0	0	0	1	1	3
Sonstige	0	4	0	0	1	0	0	0	1	3	1	0	0	5
Gesamt	**4**	**26**	**55**	**29**	**15**	**2**	**13**	**29**	**13**	**9**	**37**	**23**	**3**	**129**

A.42 Gründe der Beendigung nach Dauer der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung 2011

Dauer (von ... bis unter ... Jahre)	**Grund der Beendigung**						**Gesamt**
	§ 67a II StGB – andere Maßregel	**§ 67d II StGB – Aussetzung**	**§ 67d III StGB – Erledigung**	**Art. 316e III EGStGB - „Altfall“**	**Verstorben**	**Sonstige**	
unter 1	2	6	2	2	0	2	**14**
1 - 2	1	4	1	8	1	0	**15**
2 - 3	3	1	1	4	1	1	**11**
3 - 4	0	4	3	1	0	1	**9**
4 - 5	0	3	3	4	0	0	**10**
5 - 10	1	16	3	4	1	1	**26**
10 - 15	0	9	18	3	0	0	**30**
ab 15	0	6	7	1	0	0	**14**
Gesamt	**7**	**49**	**38**	**27**	**3**	**5**	**129**

A.43 Gründe der Beendigung der Sicherungsverwahrung nach Bundesländern 2011

Bundesland	**Grund der Beendigung**						**Gesamt**
	§ 67a II StGB – andere Maßregel	§ 67d II StGB – Aussetzung	§ 67d III StGB – Erledigung	Art. 316e III EGStGB – „Altfall“	Verstorben	Sonstige	
Baden-Württemberg	0	6	2	5	0	1	**14**
Bayern	1	3	16	10	0	2	**32**
Berlin	1	3	6	0	0	1	**11**
Brandenburg	0	0	1	0	0	0	**1**
Bremen	–	–	–	–	–	–	**0**
Hamburg	0	2	3	0	0	0	**5**
Hessen	0	2	5	0	2	0	**9**
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	0	**1**
Niedersachsen	0	4	1	2	1	0	**8**
Nordrhein-Westfalen	5	21	3	9	0	1	**39**
Rheinland-Pfalz	0	5	0	0	0	0	**5**
Saarland	–	–	–	–	–	–	**0**
Sachsen	–	–	–	–	–	–	**0**
Sachsen-Anhalt	0	0	0	1	0	0	**1**
Schleswig-Holstein	0	2	1	0	0	0	**3**
Thüringen	–	–	–	–	–	–	**0**
Gesamt	**7**	**49**	**38**	**27**	**3**	**5**	**129**

A.44 Dauer der Sicherungsverwahrung nach Bundesländern 2011

Bundesland	Dauer der Sicherungsverwahrung (von…bis unter…Jahre)								Gesamt
	unter 1	1 - 2	2 - 3	3 - 4	4 - 5	5 - 10	10 - 15	ab 15	
Baden-Württemberg	1	2	1	0	0	5	2	3	**14**
Bayern	2	5	2	2	6	3	10	2	**32**
Berlin	1	0	1	1	0	0	5	3	**11**
Brandenburg	0	1	0	0	0	0	0	0	**1**
Bremen	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**
Hamburg	3	0	0	1	0	1	0	0	**5**
Hessen	1	1	2	2	0	0	3	0	**9**
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	1	0	0	0	**1**
Niedersachsen	1	0	0	1	0	2	2	2	**8**
Nordrhein-Westfalen	5	4	5	1	3	12	5	4	**39**
Rheinland-Pfalz	0	1	0	1	0	1	2	0	**5**
Saarland	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**
Sachsen	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**
Sachsen-Anhalt	0	1	0	0	0	0	0	0	**1**
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	0	2	1	0	**3**
Thüringen	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**
Gesamt	**14**	**15**	**11**	**9**	**10**	**26**	**30**	**14**	**129**

B Erhebungsbogen

Erhebung in den Justizvollzugsanstalten

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch dieses Jahr bittet Sie die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) wieder um Ihre Mithilfe.

Diese Umfrage soll die Datenlage bezüglich der tatsächlichen Vollzugsdauer der lebenslangen Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung verbessern. Hierzu werden seit 2002 bundesweit jedes Jahr diejenigen Personen erfasst, bei denen der Vollzug dieser Sanktionen **beendet** wurde. Für Ihre Mitwirkung möchten wir uns heute schon bedanken. Selbstverständlich werden wir Sie über die Justizverwaltung Ihres Landes über die Ergebnisse informieren; Sie können uns zu diesem Zweck auch gern eine Email-Adresse Ihrer Anstalt nennen. Die bisher erschienenen Forschungsberichte finden Sie auch auf unserer Internetseite (http://www.krimz.de/index.php?id=texte#c96). Angesichts des Umfangs der Datenerhebung bitten wir Sie jedoch um Verständnis, dass bis zum Erscheinen des Forschungsberichts einige Zeit vergehen kann.
Wir bitten Sie, die personenbezogenen Bogen Ihrer Anstalt inklusive dieses Deckblatts wieder an Ihre Landesjustizverwaltung zurück zu senden und für Ihre Unterlagen je eine Kopie zurück zu behalten.

Für eventuelle Rückfragen bitten wir noch um die Nennung der Bearbeiterin / des Bearbeiters aus Ihrem Hause:

Name / Tel. _____

Anstalt _____

Email _____

Anmerkungen, Kommentare oder Verbesserungsvorschläge:

_____

_____

Bei Rückfragen zu den Erhebungsbogen können Sie sich gerne wenden an
Axel Dessecker, Tel.: 0611 / 157 58-14, E-Mail: a.dessecker@krimz.de

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Erhebung in den Justizvollzugsanstalten

Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe

Fragebogen Nr.: _____

Entlassungs-/Beendigungsjahr: **2011**

A. Grund der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe:
Für jeden Gefangenen ist nur eine Nennung möglich.

☐ § 57a StGB - **Aussetzung** des Strafrestes bei lebenslanger Freiheitsstrafe

☐ § 456a StPO - Absehen von Vollstreckung bei **Auslieferung oder Ausweisung**

☐ **Überstellung** zur Vollstreckung dieser Strafe im Ausland
(z.B. § 71 IRG oder Überstellungsübereinkommen)

☐ **Begnadigung**

☐ **Verstorben**, und zwar:
☐ natürlicher Tod ☐ Suizid ☐ Unfall ☐ Opfer einer Straftat

☐ **Flucht** als faktischer Beendigungsgrund

☐ **Sonstiger** Grund *(bitte nennen:)* _____

B. Vollzugsdauer der lebenslangen Freiheitsstrafe einschließlich für dasselbe Verfahren vollstreckter Untersuchungshaft**:**

_____Jahre _____Monate
(_____Tage)

Wurde eine frühere Aussetzung dieser lebenslangen Strafe widerrufen?

☐ ja ☐ nein

C. Für die lebenslange Freiheitsstrafe maßgebliche Straftat:

§ _____

D. Zusätzliche Angaben zur Person:

Geburtsjahr: 19_____

Geschlecht: ☐ männlich ☐ weiblich

Nationalität: _____

Erhebung in den Justizvollzugsanstalten

Beendigung der Sicherungsverwahrung (§§ 66–66b StGB)

Fragebogen Nr.: _____

Entlassungs-/Beendigungsjahr: **2011**

A. Grund der Beendigung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung:

Für jeden Untergebrachten ist nur eine Nennung möglich.

☐ § 67a Abs. 2 StGB – Überweisung in den Vollzug einer **anderen Maßregel**

☐ § 67d Abs. 2 StGB – **Aussetzung** der Sicherungsverwahrung zur Bewährung

☐ § 67d Abs. 3 StGB – **Erledigung** der Sicherungsverwahrung

☐ Art. 316e Abs. 3 EGStGB – **Erledigung** der Sicherungsverwahrung in **„Altfällen“**

☐ **Verstorben**, und zwar:
☐ natürlicher Tod ☐ Suizid ☐ Unfall ☐ Opfer einer Straftat

☐ **Flucht** als faktischer Beendigungsgrund

☐ **Sonstiger Grund**, z.B. § 67c StGB *(bitte nennen:)* _____

B. Dauer:

Vollzugsdauer der **Sicherungsverwahrung**: _____Jahre _____Monate (_____Tage)

*(auch bei Vollzug mehrerer freiheitsentziehender Maßregeln – § 67a StGB – **nur** Dauer der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung)*

Wurde eine frühere Aussetzung der Sicherungsverwahrung widerrufen?

☐ ja ☐ nein

Dauer der vorausgehenden **Strafhaft**: _____Jahre _____Monate (_____Tage)

C. Für die Sicherungsverwahrung maßgebliche Straftat: § _____

D. Grundlage der Sicherungsverwahrung:

☐ § 66 StGB

☐ § 66a StGB (Vorbehalt der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung)

☐ § 66b StGB (nachträgliche Anordnung)

E. Zusätzliche Angaben zur Person:

Geburtsjahr: 19_____

Geschlecht: ☐ männlich ☐ weiblich

Nationalität: _____

Erhebung in den Justizvollzugsanstalten

Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe

Fragebogen Nr.: _____

Entlassungs-/Beendigungsjahr: **2012**

A. Grund der Beendigung der lebenslangen Freiheitsstrafe:
Für jeden Gefangenen ist nur eine Nennung möglich.

☐ § 57a StGB - **Aussetzung** des Strafrestes bei lebenslanger Freiheitsstrafe

☐ § 456a StPO - Absehen von Vollstreckung bei **Auslieferung oder Ausweisung**

☐ **Überstellung** zur Vollstreckung dieser Strafe im Ausland
(z.B. § 71 IRG oder Überstellungsübereinkommen)

☐ **Begnadigung**

☐ **Verstorben**, und zwar:
☐ natürlicher Tod ☐ Suizid ☐ Unfall ☐ Opfer einer Straftat

☐ **Flucht** als faktischer Beendigungsgrund

☐ **Sonstiger** Grund *(bitte nennen:)* _____

B. Vollzugsdauer der lebenslangen Freiheitsstrafe einschließlich für dasselbe Verfahren vollstreckter Untersuchungshaft**:**

_____Jahre _____Monate
(_____Tage)

Wurde eine frühere Aussetzung dieser lebenslangen Strafe widerrufen?

☐ ja ☐ nein

C. Für die lebenslange Freiheitsstrafe maßgebliche Straftat:

§ _____

D. Zusätzliche Angaben zur Person:

Geburtsjahr: 19_____

Geschlecht: ☐ männlich ☐ weiblich

Nationalität: _____